



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

18. Sitzung

7. Wahlperiode

Freitag, 14. Juli 2017, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider und Vizepräsidentin Beate Schlupp

Inhalt

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Breitbandausbau forcieren, Netzausbaukosten minimieren; Mitverlegung von Leerrohren in (Landes-)Straßen – Drucksache 7/790 –	3	Antrag der Fraktion DIE LINKE Rentenungerechtigkeit beseitigen – Drucksache 7/787 –	11
Philipp da Cunha, SPD	3, 6	Torsten Koplín, DIE LINKE	11, 16
Minister Christian Pegel	4	Ministerin Stefanie Drese	13
Bert Obereiner, AfD	5	Holger Arppe, AfD	14
Christiane Berg, CDU	5	Jörg Heydorn, SPD	15
Helmut Holter, DIE LINKE	6	Torsten Renz, CDU	17
B e s c h l u s s	8	B e s c h l u s s	19
Antrag der Fraktion der AfD Windenergieerlass Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 7/778 –	8	Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Ausbildung von „Staatlich anerkannten Erzieherinnen bzw. Erziehern für 0- bis 10-Jährige“ auch an Schulen in freier Trägerschaft ermöglichen – Drucksache 7/791 –	20
Ralf Borschke, AfD	8	Maika Friemann-Jennert, CDU	20, 24
Minister Christian Pegel	9	Ministerin Birgit Hesse	20
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	9	Christel Weißig, AfD	21
Philipp da Cunha, SPD	10	Andreas Butzki, SPD	22
Franz-Robert Liskow, CDU	10	Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	22
B e s c h l u s s	11	Torsten Renz, CDU	25
		B e s c h l u s s	25

Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT
zum Thema

**Schluss mit dem „Schönrechnen“ – unbequeme
Fakten zur Energiewende müssen auf den Tisch ...** 26

Ralf Borschke, AfD	26
Philipp da Cunha, SPD	27, 30
Dr. Ralph Weber, AfD	30
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	30
Franz-Robert Liskow, CDU	32
Leif-Erik Holm, AfD	33
Minister Christian Pegel	33, 36, 37
Jürgen Strohschein, AfD	36, 37

Antrag der Fraktion der AfD

**Erhalt der Bahnstrecke von Stralsund nach Barth
und gleichzeitige Wiederbelebung der Darß-Bahn
für eine bessere Anbindung und mehr Fahrgäste**

– Drucksache 7/781 – 37

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

– Drucksache 7/850 – 37

Ralf Borschke, AfD	37
Minister Christian Pegel	38
Dietmar Eifler, CDU	40
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	42
Patrick Dahlemann, SPD	44
Stephan J. Reuken, AfD	45

B e s c h l u s s 46

Nächste Sitzung

Mittwoch, 27. September 2017 46

Beginn: 9.03 Uhr

(Martina Tegtmeier, SPD: He!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 18. Sitzung des Landtages und stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Im eigenen Wirkungsbereich wollen wir uns dazu verpflichten, dort, wo es sinnvoll ist, bei anfallenden Tiefbauarbeiten gleich noch eine sogenannte passive Infrastruktur mitzuverlegen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Breitbandausbau forcieren, Netzausbaukosten minimieren; Mitverlegung von Leerrohren in (Landes-)Straßen, auf Drucksache 7/790.

die bei Bedarf später dazu genutzt werden kann, Medien entlang der jeweiligen Trassenführung zu verlegen, ohne noch mal die Erde öffnen zu müssen. Wir wollen also sogenannte Leerrohre mitverlegen lassen. Das ist vor allem dann sinnvoll, wenn wir von Straßenbaumaßnahmen sprechen. Sie kennen sicherlich alle mindestens ein Beispiel, wo eine Straße komplett neu gemacht wurde, eventuell auch Strom, Gas, Abwasser, Telefon oder Trinkwasser mitverlegt wurden, aber nicht alles gleichzeitig. Und irgendwann, ein paar Jahre später, wird die eigentlich frisch sanierte Straße aufgerissen, um beispielsweise ein Glasfaserkabel zu verlegen oder um die Trinkwasserleitung zu erneuern. Solche Dinge sind mehrfach ärgerlich: aus Sicht der Anwohner, weil es mehrfach Tiefbaumaßnahmen vor ihrer Wohnung gibt, aus Sicht der Steuerzahler, weil, auch wenn die Straße wieder ordentlich gemacht wird, eine solche Straße doch nie wieder die Haltbarkeit einer komplett sanierten Straße erhält, ganz einfach, weil die gleichmäßige Verdichtung des Erdreichs zum umgebenden Erdreich kaum mehr möglich ist.

**Antrag der Fraktionen der SPD und CDU
Breitbandausbau forcieren, Netzausbaukosten
minimieren; Mitverlegung von Leerrohren
in (Landes-)Straßen
– Drucksache 7/790 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Philipp da Cunha für die Fraktion der SPD.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen schönen guten Morgen erst mal!

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Moin!)

Wenn ein finanzschwaches Land wie Mecklenburg-Vorpommern einen ausgeglichenen Haushalt hat,

Leerrohre werden uns also zukünftig helfen können, teure Tiefbaukosten zu vermeiden oder zumindest zu minimieren. Der anstehende Ausbau des Breitbandnetzes in Mecklenburg-Vorpommern wird da der erste Punkt sein, an dem wir perspektivisch profitieren können.

(Torsten Renz, CDU: Dann ist das ein Erfolg.)

verstärkt im Bereich der Investitionen tätig werden möchte – wir haben es am Mittwoch in der Regierungserklärung gehört –, dann muss so ein Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern einige ziemlich richtige und wichtige Entscheidungen getroffen haben. Solche Entscheidungen sind selten sexy, aber sie sind wichtig, pragmatisch und sinnvoll.

Der nächste Punkt ist zudem bereits in der Planung. Aktuell nutzen Sie, wenn Sie im mobilen Internet unterwegs sind, meine Damen und Herren Abgeordnete, das sogenannte 4G-Netz oder auch LTE-Netz genannt. Der nächste Standard, das Netz der fünften Generation, das 5G-Netz, wird auf Ebene der EU bereits vorangetrieben. Und wenn dieser Ausbau kommt, wird es sich als nützlich erweisen, wenn entlang unserer Straßen bereits eine Infrastruktur aus Leerrohren besteht, denn für ein gut funktionierendes 5G-Netz, das deutlich schnellere Verbindungsgeschwindigkeiten bei geringerem Stromverbrauch ermöglicht, benötigen wir Glasfaserleitungen entlang der Straßen, die wir abdecken wollen. Wohl dem, der dann solche Leerrohre hat, die man nutzen kann! Darum wollen wir nicht nur im eigenen Wirkungsbereich Leerrohre verlegen, überall dort, wo es sinnvoll ist, sondern ermuntern auch andere Baulastträger, unserem Beispiel zu folgen.

Der heute vorliegende Antrag meiner Fraktion ist ein solcher Antrag.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Aber er ist nicht sexy?)

Er ist nicht wirklich sexy, denn wir reden davon, Rohre in die Erde zu verlegen. Der Antrag ist aber wichtig,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

denn es geht darum, den künftigen Breitbandausbau, die Anbindung des schnellen Internets auch und gerade in den ländlichen Räumen zu vereinfachen, denn wenn wir sowieso einmal Tiefbauarbeiten machen, dann sollte man die geschaffenen Gräben auch gleich optimal nutzen. Der Antrag ist sinnvoll, denn er hilft, bei überschaubaren Mehrkosten jetzt deutlich Kosten in der Zukunft zu sparen und sogar im Idealfall zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Ich würde mich freuen – eben ist es schon angeklungen –, wenn unser Antrag, obwohl er vermeintlich unsexy und pragmatisch ist, heute auch eine breite Zustimmung aller Fraktionen erhalten würde. Ich freue mich auf die angeregte Debatte. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

(Thomas Krüger, SPD: Genau so.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Unser Antrag ist aber so schlicht, dass man ihn fast genial nennen könnte.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe

und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat der Energieminister Herr Christian Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vernünftige Breitbandverbindungen in einem dünn besiedelten Flächenbundesland sind rein wirtschaftlich betrieben durch private Unternehmen flächendeckend kaum realisierbar. Das erleben wir hier im Land auch täglich in der Internetpraxis, vor allen Dingen im ländlichen Raum. Deshalb hat sich das Land bewusst entschieden – gemeinsam mit Ihnen allen hier im Hohen Hause –, möglichst umfassend am Bundesförderprogramm teilzunehmen.

Wie Sie wissen, werden wir dank der umfangreichen Finanzhilfe des Bundes in den kommenden Jahren unser Bundesland nahezu flächendeckend mit Datenleitungen von mindestens 50 Megabit pro Sekunde versorgen. Für die Förderanträge haben wir die förderfähigen Gebiete des Landes in insgesamt 93 Projektgebiete aufgeteilt. Für 92 dieser 93 Gebiete haben wir die Förderzusage vom Bund bereits erhalten, die Entscheidung über das letzte, das 93. Gebiet, wird jetzt im vierten Förderdurchlauf erfolgen.

Insgesamt haben wir – und „wir“ meint in diesem Fall Land, Kommunen, Landkreise, Zweckverbände – damit nach dem dritten Förderdurchlauf, neudeutsch heißt das dann dritter Call, knapp 830 Millionen Euro aus dem Bundesförderprogramm ins Land Mecklenburg-Vorpommern holen können. Mit den dank der Entscheidungen dieses Hohen Hauses im letzten Juli beschlossenen Nachtragshaushaltsmitteln können wir diese Bundeshilfe mit knapp einer halben Milliarde Euro kofinanzieren und den kommunalen Eigenanteil aus der Rücklage des Landes unterstützen. Insgesamt werden damit im Land in den nächsten Jahren rund 1,3 Milliarden Euro in moderne, leistungsstarke Breitbandnetze investiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus den beiden zu Beginn unserer Übernahme der Breitbandausbauaufgabe im Energieministerium angefertigten Gutachten zur Bestandsanalyse der damaligen Situation Anfang 2015, quasi zur Inventur, wissen wir, dass 65 bis 70 Prozent der Kosten allein im Tiefbau liegen. Wenn wir seit Anfang der 90er-Jahre – rein hypothetisch – konsequent Leerrohre verlegt hätten, wären angesichts der seitdem fast flächendeckend durchsanierten Städte, Gemeinden und Straßen heute beinahe in allen Teilen des Landes Leerrohre verfügbar. Die gerade erwähnten beiden Gutachten aus dem Frühjahr 2015 mit der Inventur des damaligen Istzustandes wiesen für den flächendeckenden Glasfaserausbau im Land Kosten zwischen 2,3 und 2,5 Milliarden Euro aus. Wenn wir davon die Tiefbaukosten zwischen 65 und 70 Prozent abgezogen hätten, abziehen würden, hätten wir also in diesem hypothetischen Fall einer Leerrohrverlegung seit Anfang der 90er-Jahre im ganzen Land heute mit 700 bis 800 Millionen Euro das gesamte Land auf dem modernsten Breitbandstandard mit Glasfaser bringen können.

Nun weiß ich, dass das eine Diskussion unter der Überschrift ist „hättste, wennste, könntste“, die nützt uns nichts, das ist mir klar, ich bin aber auch überzeugt davon, dass wir bei dem jetzt begonnenen Ausbau mithilfe

der Bundesförderung in guten Teilen auf erheblichen Ausbau mit neuen Glasfaserleitungen kommen werden. Lassen Sie uns dazu bitte Anfang 2020 erneut eine Inventur machen. Wir werden dann deutlich mehr Glasfaserleitungen im Lande haben als heute.

Das im Übrigen mal als Ergänzung: An den bisherigen Ausschreibungen hat sich die Telekom, die ja hier im Hohen Hause immer in dem Verdacht stand, vielleicht vor allen Dingen Vectoring, also nicht primär Glasfaser anzubieten, sich nach eigener Angabe in allen bisherigen Bereichen nur mit FTTB-Ausschreibungen und -Angeboten beteiligt, also mit reinen Glasfaserangeboten. Von daher glaube ich, dass wir ein gutes Signal dafür haben, dass große Teile auch so Glasfaser bekommen werden.

Aber noch mal: Mit Leerrohren aus der Vergangenheit wäre diese landesweit flächendeckende Glasfaserversorgung deutlich günstiger und noch einmal deutlich sicherer geworden, nämlich mit weniger als 1 Milliarde Euro. Das zeigt, wie sinnvoll eine vorsorgliche Leerrohrmitverlegung ist, wenn man denn ohnehin Straßen baut oder ohnehin andere Tiefbauarbeiten durchführt. Deshalb hat im Übrigen die Europäische Union die Mitgliedsstaaten auch im Rahmen einer Richtlinie angehalten, zur Kostensenkung des Breitbandausbaus in nationalen Gesetzen die Verpflichtung zur Leerrohrverlegung bei Tiefbauarbeiten vorzusehen. Dieser Landtag hat das noch in der letzten Legislatur – kurz vor der Sommerpause übrigens – für Wohngebäude in die Landesbauordnung implementiert. Der Bundesgesetzgeber seinerseits hat in der zweiten Jahreshälfte 2016 das sogenannte DigiNetz-Gesetz geschaffen, in dem genau diese Pflichten umgesetzt sind.

Die Idee ist eben vom Abgeordneten Kollegen da Cunha bereits vorgetragen worden und ist relativ schlicht: Überall, wo ohnehin tief gebaggert wird, sollen gleich Leerrohre mit in den Boden. Wenn dort dann später Kabel verlegt werden sollen, beispielsweise Glasfaserkabel, bleibt die Straße unversehrt und das Kabel wird mit Hochdrucktechnik in das Leerrohr eingeblasen. Das geht über Distanzen von mehr als einem Kilometer, sodass ich an relativ wenigen Stellen in die Tiefe muss und dann mit entsprechender Technik die Verlegung relativ zügig vornehmen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist überaus sinnvoll, dass wir beim Neu-, Aus- und Umbau von Landesstraßen, für die wir als Land im Übrigen als Straßenbaulasträger zuständig sind, die Gelegenheit nutzen, bei den Erdarbeiten auch Leerrohre für zukünftige Datenleitungen mitzuverlegen. In diesem Zusammenhang muss natürlich auch geklärt werden, dass die Kosten, die uns dafür heute entstehen, von den künftigen Nutzern zurückerstattet werden. Der Antrag ruft daher diese Frage zu Recht in einer seiner Ziffern auf. Es wäre aber wünschenswert, dass auch andere Straßenbaulasträger animiert werden, bei ihren Baumaßnahmen Leerrohre vorsorglich mitzuverlegen.

Nur unter Nutzung aller Infrastrukturebenen, also der des Landes genauso wie bei den Straßen der Landkreise und der Gemeinden, kann dann am Ende ein halbwegs lückenloses Netz bis zum Bürger entstehen. Es ist deshalb sinnvoll zu prüfen, ob durch die Anpassung von Landesförderprogrammen auf eine freiwillige Mitverlegung von passiver Netzinfrastruktur, zu gut Deutsch, von Leerrohren, hingewirkt werden kann, genauso, wie es der Antrag

anregt zu prüfen. Dafür könnten wir, so hoffen wir, in den Förderrichtlinien des Landes Anreize setzen, sodass wir diesen Prozess unterstützen können.

Und auch ein weiterer Punkt ist dabei klar: Das Vorhaben, sinnvoll Leerrohre für den künftigen Breitbandbetrieb zu verlegen, erfordert ein großes Maß an Kooperation und Koordination, im Übrigen von allen Beteiligten. Wenn der eine nicht vom anderen weiß, was wo wann gebaut wird und was es an dieser Stelle schon gibt, funktioniert das hier vorgeschlagene Vorgehen nicht. Es ist deshalb unabdingbar, dass die Träger der übrigen Versorgungsnetze in Mecklenburg-Vorpommern ihren Informationspflichten aus dem eben schon genannten DigiNetz-Gesetz nachkommen. Nur so kann beim Bund zeitnah ein aussagekräftiges Verzeichnis von zur Mitnutzung geeigneten Infrastrukturen, zu gut Deutsch, Leerrohren, entstehen, entweder in Form eines Infrastrukturatlasses oder in Form einer zentralen Informationsstelle. Wenn die geeigneten Bauvorhaben dann bekannt sind, erfordert es ein gehöriges Maß an Absprachen, um die Baustellen zur Zufriedenheit aller Beteiligten zu planen und zu realisieren. Das haben wir bereits, auch jetzt bauen wir eine Straße und versuchen zugleich, Abwasser, Wasser, Strom und alles andere, was drinliegt, zu koordinieren. Das klappt nicht immer, aber es klappt immer besser und das gehört natürlich auch an dieser Stelle dazu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie erfolgreich wir sind, wenn wir alle an einem Strang ziehen, hat die Akquise der Fördermittel des Bundes bewiesen. Wenn wir beim Umsetzen des Breitbandausbaus weiterhin Hand in Hand gehen, sollte dem flächendeckenden schnellen Internet in ganz Mecklenburg-Vorpommern noch in diesem Jahrzehnt nichts mehr entgegenstehen, und genau dafür ist das ein weiterer Schritt, um es kostengünstig und gesichert zu machen. Ich hoffe daher, dass wir da zu einem konstruktiven Miteinander und einer breiten Zustimmung kommen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns eine erfolgreiche Debatte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Vincent Kokert, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Obereiner von der Fraktion der AfD.

Bert Obereiner, AfD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir können es kurz machen: Der flächendeckende Ausbau der Versorgung mit 50 Megabit je Sekunde schreitet voran, die Attraktivität für die Anwohner und für die Wirtschaft im ländlichen Raum steigt. Die digitale Kluft wird sukzessive geschlossen.

Wichtig ist natürlich auch das Bundesprogramm, das das breit unterstützt, wie der Minister es auch dargestellt hat. Die nötige Kofinanzierung wurde durch die Kommunen und auch durch die Landesregierung sichergestellt. Die bereits erwähnten Zuschläge in den bisherigen Calls sprechen für die Arbeit des Energieministeriums, das möchte ich an der Stelle mal sagen, da ist relativ wenig Luft nach oben.

Die Kosten des Netzausbaus werden gesenkt, eine spätere Leistungssteigerung und ein Ausbau werden ermög-

licht und vereinfacht. Die neu in das Telekommunikationsgesetz eingefügten Vorschriften verbessern die Kooperation zwischen den Baulastträgern und den Trägern öffentlicher Belange.

Wichtig ist noch, dass man eine entsprechende Digitalisierungsplattform für den fortgeschrittenen Ausbau, speziell im Grenzbereich zwischen den verschiedenen Baulastträgern schafft, um dort eine nötige Kompatibilität zu gewährleisten. Zu prüfen wäre vielleicht noch eine Leerrohrverlegung auch dann, wenn man nur Deckenerneuerung im Straßenbau durchführt. Ein früherer Ausbau war aufgrund des eben jetzt erst beschlossenen Bundesprogramms kaum möglich. Wir stimmen dem Antrag zu, ausnahmsweise einmal eine völlig unideologische Sache. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Berg für die Fraktion der CDU.

Christiane Berg, CDU: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Tag 3, Freitagmorgen, aufregendes Thema, besser geht es gar nicht.

(Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Bereits im Januar vergangenen Jahres hat die Bundesregierung das Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze, das DigiNetz-Gesetz, beschlossen. Es trat im November 2016 in Kraft und ist somit eine Grundlage für die Verwirklichung des digitalen Zeitalters in Deutschland und natürlich vor allem hier bei uns im Land. Es ermöglicht, die zukünftigen Ausbaukosten um circa 25 Prozent zu senken und gleichzeitig die Ausbaugeschwindigkeit zu erhöhen. Es sieht vor, dass bei jeder öffentlichen Baustelle von Verkehrsinfrastrukturvorhaben der weitere Bedarf für den Breitbandausbau durch Mitverlegung von Glasfaserkabeln geprüft werden muss. Bei der Erschließung von Neubaugebieten ist die Mitverlegung immer zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, das DigiNetz-Gesetz schafft die Voraussetzungen, Synergien beim Breitbandausbau deutlich besser als bisher zu nutzen. Der Minister nannte es eben „Infrastrukturatlas“, den es zu erstellen gilt. Das macht Sinn und das macht Arbeit, das ist etwas, was wir gestern als „dickes Brettbohren“ bezeichnet haben, denn das ist eine sehr große Aufgabe. Die insgesamt zu erzielenden Kosteneinsparungen werden von Experten auf zweistellige Milliardenbeträge geschätzt. Darüber kann man gern diskutieren, auf jeden Fall kommt es zu enormen Einsparungen.

Versorgungsnetze für Energie und Abwasser, Infrastrukturen wie Straßen, Schiene und Wasserwege sollen künftig für den Breitbandausbau mit genutzt werden und die Baumaßnahmen koordiniert sowie die Transparenz über zur Verfügung stehende Infrastrukturen geschaffen werden. Wer also künftig Verkehrswege oder Neubaugebiete erschließt, muss Glasfaserkabel direkt mit verlegen. Unzählige Straßen im Land – auch das klang bereits an – müssen nicht mehr doppelt aufgerissen werden, solange Leerrohre darin liegen oder, korrekter ausgedrückt, eine passive Infrastruktur vorhanden ist.

Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir eine zügige Umsetzung des Rechtsrahmens realisieren. Insbesondere

die Fälle, in denen die Kosten für die zusätzlich zu verlegende Infrastruktur vom Straßenbaulastträger zu tragen sind, müssen haushaltstechnisch aber abgesichert werden. Klarstellen möchte ich für meine Fraktion, dass gesetzliche Vorschriften für Telekommunikationsunternehmen unmittelbar wie für jedermann gelten. Inwieweit für die Umsetzung des DigiNetz-Gesetzes zusätzliche Mittel des Landes ausgereicht werden müssen, muss geprüft werden. Hier ist meines Erachtens der sorgsame Umgang mit Haushaltsmitteln und Steuergeldern vordergründig zu betrachten.

Meine Damen und Herren, mit der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation – man nennt das kurz die Kostensenkungsrichtlinie – und dem Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze, also unserem DigiNetz-Gesetz, wurden die rechtlichen Vorgaben für eine verpflichtende Schaffung von passiven Infrastrukturen für den künftigen Ausbau geschaffen.

Die rechtlichen Vorgaben mit Leben zu erfüllen, ist die Aufgabe der Landesregierung. Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir sie hierzu auffordern und ein klares Bekenntnis zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur in unserem Land ablegen. Aus diesem Grund und den genannten Gründen bleibt Ihnen fast nichts weiter übrig, als zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Philipp da Cunha für die Fraktion der SPD.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich über die bisherige Diskussion. „Breitbandausbau forcieren, Netzausbaukosten minimieren“ – uns war klar, dass wir mit diesem nicht ganz so sexy Antrag etwas Gutes für unser Land machen, etwas Weises für morgen. Und wer hätte am Ende der gestrigen Sitzung gedacht, dass wir heute Morgen so stilvoll über das Verlegen von Rohren diskutieren können?!

(allgemeine Heiterkeit)

Zwei Punkte wurden eben noch mal gesagt. Diese finde ich auch gar nicht so unwichtig, so die Kompatibilität an Grenzpunkten. Ja, der Vorteil an der Netzinfrastruktur ist, dass, wenn wir die Knotenpunkte austauschen, es deutlich einfacher ist als bei den Materialien auf dem Mittelweg. Das muss im Auge behalten werden. Beim einfachen Erneuern der Decke, glaube ich – wir haben ja vom Aus- und Umbau gesprochen –, wird das berücksichtigt. Ich meine, da kommt eher das Problem hinzu, dass wir noch in der Frostschicht sind und die Kabel das möglicherweise nicht aushalten. Dies soll aber bedacht werden.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken, auch bei den Vorrednern, und ich freue mich ganz ehrlich auf den nachfolgenden Redner. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Helmut Holter für die Fraktion DIE LINKE.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hätte nicht gedacht, dass ich mich in dieser Minute etwas verwirrt zeigen muss, denn wir haben eigentlich eine schizophrene Situation. Gehen wir mal nach Neustrelitz.

(Andreas Butzki, SPD:
Komme ich ja genau richtig.)

Vincent Kokert und Lorenz Caffier sind ja dort zu Hause, Herr Butzki auch. Dann kann man in der „Strelitzer Zeitung“ lesen: „fix wie nix“. Neustrelitz macht es vor und sagt, die Telekom setzt weiter auf Vectoring, also nutzt die alten vorhandenen Kupferleitungen, aber Neustrelitz spielt da nicht mit und sagt: Stadtwerke, wir machen Tempo, fix wie nix, machen Glasfaserversorgung und legen eigentlich einen Stil vor, wie ich das hier in den letzten Reden zur Digitalisierung beziehungsweise zum Breitbandausbau immer wieder gefordert habe. Also, gutes Beispiel, es sollten sich viele daran halten.

Die schizophrene Situation besteht genau darin, dass die Telekom – und, Frau Berg, da haben Sie vollkommen recht, dass sich alle daran halten sollten, alle Telekommunikationsunternehmen – weiterhin auf die Kupferleitungen setzt, aber jeder, der sich mit dem Thema auseinandersetzt, weiß, wir brauchen Glasfaser bis in jedes Haus. Das ist ja unser Grundprinzip und da, glaube ich, gibt es auch gar keinen Dissens. Deswegen ist die schizophrene Situation folgende, dass auf der einen Seite ein großer Anbieter, ein Monopolist, weiter auf Vectoring, also Kupfer setzt – im Wesentlichen, natürlich macht er auch Glasfaser – und wir hier seit vielen Monaten, Herr da Cunha, da bin ich Ihnen auch dankbar, Sie seit vielen Monaten, wir seit Jahren hier Glasfaser fordern.

Als Technologe, der ich ja von der Ausbildung her bin, habe ich mal ein Betonwerk mit aufgebaut und die Projektanten haben alles berücksichtigt, bloß die Telefonleitungen nicht. Wir mussten nach Fertigstellung dieses Betonwerkes in der Uckermark dann entscheiden, wie die Telefonleitungen eigentlich in die Erde und dann zu den einzelnen Endpunkten kommen.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Das ist einfach eine Lehre.

Neben der Frage, dass ich Technologe bin und damit die Schritte vorausdenke, die im Einzelnen zu gehen sind – Herr da Cunha hat das ja in seiner Begründung noch mal gemacht –, bin ich auch der Überzeugung, dass wir als Politiker eine vorausschauende Politik betreiben sollten, und die vorausschauende Politik besteht genau in Ihrem Antrag.

Nun will ich aber sagen, woher die Verwirrung kommt. Frau Berg ist im Einzelnen darauf eingegangen. Die EU hat uns 2014 vorgegeben: Kosten senken bei Hochgeschwindigkeitsnetzen. Die Nummer dieser Richtlinie haben Sie ja auch in Ihrem Antrag noch mal mit aufgenommen in der Begründung. Der Bund hat dann reagiert, hat im Herbst 2016 das erwähnte Gesetz, also das Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochge-

schwindigkeitsnetze, erlassen – DigiNetz-Gesetz, auch mehrfach erwähnt –, und im April 2016 lief allerdings schon ein Vertragsverletzungsverfahren seitens der EU, weil irgendwie Deutschland gepennt hat.

Dann konnte man feststellen, dass die Länder auch ein Stück Verantwortung haben bei der Umsetzung dieser EU-Richtlinie. Wenn Sie heute – und das ist hier meine Verwirrung –, nachdem der Prozess so durchgelaufen ist, mit dem Antrag sagen, liebe Landesregierung, mach doch mal, sage ich mir, die Genialität, glaube ich, besteht nicht darin zu verkünden, liebe Landesregierung, mach doch mal, sondern noch mal ein klares Zeichen zu setzen, wir stehen jetzt zu Glasfaserausbau in Mecklenburg-Vorpommern und wollen, dass jedes Haus, auch jedes Unternehmen selbstverständlich mit Glasfaser versorgt wird. Das stelle ich mir eigentlich unter einer vorausschauenden Politik und unter dem vor, was eine Regierung zu machen hat, denn Sie hätten auch kurz sagen können, liebe Regierung, mach deinen Job, und dann bräuchten wir diesen Antrag nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Frau Präsidentin, mit Ihrer Genehmigung möchte ich die Gelegenheit nutzen, Tschüs zu sagen. Wie Sie alle erfahren haben, steht ein Wechsel bevor. Ich will mich an Ernest Hemingway halten, der sinngemäß sagte, der Leser wird das Ausgelassene genauso stark empfinden, als hätte der Autor es zu Papier gebracht. Also werde ich alles auslassen und weglassen, was selbstverständlich ist und was Sie sowieso schon wissen.

Nach einer chinesischen Weisheit soll man am Fluss sitzen und geduldig auf das warten, was der Strom mit sich bringt. Bis vor Kurzem ging ich – wie auch Sie – davon aus, dass mein beruflicher und politischer Weg sein Ende hier in Mecklenburg-Vorpommern, in diesem Landtag finden wird. Der Fluss brachte mir eine neue spannende Herausforderung. Wie Sie wissen, kommt der Ruf aus dem Thüringer Wald in die norddeutsche Tiefebene. Ab Mitte August werde ich, so ist der Plan, im rot-rot-grünen Kabinett Bodo Ramelow's arbeiten. Damit ist die Zeit des Abschieds für mich gekommen, sie hat begonnen.

Ich will Ihnen sagen, dass zwei Tage mein Leben entscheidend beeinflusst haben. Der erste Tag liegt vor meiner Geburt, das ist der 8. Mai 1945. Der Schwur von Buchenwald – „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ – war und bleibt meine Maxime. Der zweite Tag ist der 3. Oktober 1990. Ich habe ihn immer als Chance für ein besseres Deutschland und ein besseres Europa gehalten. Ich halte mich – und ich hoffe, Sie haben es gemerkt – an ein unumstößliches Prinzip: Alles, was ein Mensch macht, sollte mindestens ein Stück besser sein als er selbst. Dieser Grundsatz wurde durch vielfältige Erfahrungen in mehr als einem Vierteljahrhundert politischen Engagements hier in Mecklenburg-Vorpommern ergänzt. Es geht doch nicht nur darum, Gutes zu wollen, sondern es geht darum, gute Ideen und Konzepte umzusetzen.

Wir haben uns hier im Parlament und auch anderswo hart auseinandergesetzt. Die Fetzen flogen, kann man sagen, aber wir haben uns dabei immer als Menschen geachtet. Und da bin ich froh, auch viele gute Freundinnen und Freunde in anderen Parteien zu haben.

Abschied nehmen heißt zu danken. Mein erster Dank gilt denen im Hintergrund. Da möchte ich zuerst die Frauen – und ich habe gestern auch einen Mann getroffen – nennen, die hier saubermachen, die Reinigungskräfte. Ich habe heute Morgen mit einer noch kurz sprechen können. Ich möchte auch den Frauen und Männern des Wachsches danken, den Sekretärinnen, den Damen vom Protokoll und in den Ausschussekretariaten, den Männern aus der Technik, den Kolleginnen und Kollegen der Fahrdienste und nicht zuletzt, das ist nicht vielen bekannt, aber nicht zuletzt den Polizeibeamtinnen und -beamten, die sich um mich gekümmert haben.

Zweitens danke ich allen ausgeschiedenen und den jetzigen Abgeordneten und den Regierungsmitgliedern. Sie alle haben mich herausgefordert und haben mir viel gegeben. Sie alle – aus der Politik, aus der Verwaltung, aus der Gesellschaft – werde ich vermissen. Ja, Sie werden mir fehlen.

Und drittens – ich habe lange überlegt, wen ich noch konkret nenne, da müsste ich viele aufzählen – möchte ich einen Menschen und Politiker besonders hervorheben. Man soll einen Stein nur bewegen, wenn man weiß, was darunterliegt, heißt es. Harald Ringstorff und ich haben Steine bewegt, ohne zu wissen, was uns erwartet. Uns verbindet eine besondere Beziehung, da ist mehr als Freundschaft. Danke, Harald Ringstorff!

In den letzten Tagen erfahre ich eine große Welle der Sympathie. Nicht nur dafür bin ich den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern dankbar. Nun gehe ich nach Thüringen, aber eines weiß ich: Man kann Mecklenburg-Vorpommern verlassen, aber Mecklenburg-Vorpommern verlässt einen nie. Alles Gute! – Ich danke Ihnen.

(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, AfD, CDU, DIE LINKE, im Präsidium
und auf der Regierungsbank)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Holter, bleiben Sie bitte noch einen Moment hier vorn!

(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, AfD, CDU, DIE LINKE, im Präsidium
und auf der Regierungsbank)

Herr Holter, Sie waren vom 15. November 1994 bis zum 31. Dezember 2002 und seit 16. Oktober 2006 hier in diesem Haus. Sie waren nicht die ganze Zeit Abgeordneter, aber das hing eigentlich nur damit zusammen, dass DIE LINKE seinerzeit mal einen Beschluss gefasst hat, dass Amt und Mandat zu trennen sind, sonst hätte es diese Unterbrechung auch nicht gegeben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut.)

Wir beide haben hier zusammen angefangen, am selben Tag, und viele der Abgeordneten, die hier heute in den Reihen sitzen, waren damals noch im Kindergarten oder in der Grundschule.

(allgemeine Heiterkeit –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Das ist also eine sehr, sehr lange Zeit.

Von Beginn an haben Sie in herausgehobenen Funktionen die Geschicke unseres Landes mitgestalten dürfen.

In der 2. Wahlperiode waren Sie Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zur Privatisierung der Werften und alle, die damals dabei waren, wissen, was das bedeutet hat. Sie waren stellvertretender Vorsitzender Ihrer Fraktion und von April 2009 bis September 2016 deren Vorsitzender. Von November 1998 bis November 2001 waren Sie Minister für Arbeit und Bau und stellvertretender Ministerpräsident unseres Landes. In der 4. Wahlperiode waren Sie Minister für Arbeit, Bau und Landesentwicklung.

Sie haben in diesem Hohen Haus – und da addiere ich jetzt noch mal die drei Reden von dieser Sitzung dazu – 424 Reden gehalten, davon 90 als Minister. Und das sind, glaube ich, schon beeindruckende Zahlen. Wir haben Sie immer als einen sachorientierten und verlässlichen Kollegen kennengelernt, der sich mit ganzem Engagement für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes und für die Menschen, die hier arbeiten und leben, eingesetzt hat.

Für Ihre neue Aufgabe wünschen wir Ihnen alles Gute, viel Kraft und Erfolg bei der Bewältigung dieser neuen und sicher nicht kleinen Herausforderung. Sie wissen ja, bei Bildung können alle mitreden, weil jeder mal in der Schule war.

Also ganz herzlichen Dank für Ihre Arbeit für dieses Land Mecklenburg-Vorpommern und viel, viel Erfolg. Und damit Sie unser Schloss nicht ganz vergessen, habe ich Ihnen ein kleines mitgebracht.

(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD, CDU, DIE LINKE, im Präsidium und auf der Regierungsbank – Die Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE erheben sich von ihren Plätzen. – Gratulationen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach dieser doch etwas emotionalen Situation müssen wir natürlich jetzt noch den Tagesordnungspunkt zu Ende bringen und abstimmen.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/790. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/790 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Windenergieerlass Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 7/778.

**Antrag der Fraktion der AfD
Windenergieerlass Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 7/778 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Borschke für die Fraktion der AfD.

(Torsten Renz, CDU: Wer?)

Ralf Borschke, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Minister Pegel! Laut Koalitionsvertrag will die Regierung einen Windenergieerlass auf den Weg bringen, ein Vorhaben, das auch meine Fraktion für notwendig erachtet und ausdrücklich unterstützt. Nach unseren Informationen soll der Windenergieerlass im Jahre 2019 veröffentlicht werden. Aufgrund der Komplexität der Thematik, der unterschiedlichsten Interessen aller Beteiligten und der Vielzahl an zu berücksichtigenden Belangen ist eine langfristige Vorbereitung sinnvoll. Bereits im Rahmen der Vorbereitung des Erlasses ist ein konsensuales Verfahren zielführend, um sowohl die Nutzungsinteressen der Windenergieanlagenbetreiber als auch die Schutzinteressen der Bürger, der Landschaft und des Naturhaushaltes in Einklang zu bringen und Folgekonflikte zu vermeiden.

(Beifall Christoph Grimm, AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Laues Lüftchen!)

Für die Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen sind insbesondere immissionsschutz-, bau- und planungsrechtliche sowie natur- und artenschutzrechtliche Belange zu berücksichtigen.

(Unruhe bei Enrico Komning, AfD, und Torsten Renz, CDU)

Der Ausbau der Windenergienutzung ist umwelt- und sozial verträglich sowie wirtschaftlich zu gestalten. Stellungnahmen und Anhörungen sämtlicher Beteiligten im Vorfeld des Erlasses dienen dazu, durch höchstmögliche Transparenz das Konfliktpotenzial zu minimieren. Sehr geehrte Abgeordnete, unsere Bürger und alle anderen Beteiligten haben ein Recht auf Transparenz. Es darf keinen Erlass, keine Regelung am Bürger vorbei geben!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Unser Anliegen muss die Schaffung von Rechtssicherheit sein, wenn es uns denn gelingt, einen breiten Konsens zu schaffen, und damit eine hohe Tragweite der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Dieses komplexe Thema mit diversen Regelungen muss zusammengefasst einen einheitlichen Fahrplan für die Genehmigungsverfahren ergeben. Ohne breite Beteiligung aller Betroffenen ist eine Akzeptanz schwer hinzubekommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thomas Krüger, SPD: Sie wollen doch gar keine Akzeptanz! Sie wollen doch einfach nur, dass das nicht stattfindet!)

Die bisherigen vielen Klagen aus allen Bereichen belegen dies mehr als deutlich. Wenn aber die Entwicklung auch im Konsens mit Beteiligten aller Parteien erfolgt, ist mit hoher Zustimmung zu rechnen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thomas Krüger, SPD: Die wollen Sie erreichen, ja?)

Herr Krüger,

(Thomas Krüger, SPD: Ich frag doch bloß!)

es sei denn, das wäre gar nicht gewünscht und es ginge nur um das Durchboxen ideologischer Ziele. Dann wird das ganze Vorhaben am Widerstand der Betroffenen scheitern.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sehr richtig, Herr Borschke.)

Aber das wissen wir ja zu verhindern, indem wir das Verfahren zum Windenergieerlass schon jetzt auf den richtigen Weg bringen und einvernehmlich mit allen Beteiligten im Energieausschuss vorbereiten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Also lassen Sie uns jetzt beginnen, damit das Murreltier in der nächsten Plenarwoche auch mal Pause hat!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten beschlossen worden. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Christian Pegel.

(Thomas Krüger, SPD: Der
antwortet jetzt auf das Murreltier.)

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie greifen mit Ihrem Antrag einen Auftrag auf, den sich die Koalitionspartner in ihrem Koalitionsvertrag selbst vorgenommen haben. Wir werden in den kommenden Jahren einen Windenergieerlass fertigen. Er soll ein Leitfaden für Ausbauprojekte im Windenergiebereich in unserem Land sein.

Die Idee ist, eine praxisorientierte Handreichung für alle zu schaffen, die an der Planung, an der Genehmigung und an dem Bau von Windenergieanlagen beteiligt sind – ein Leitfaden für Behörden und Kommunen, aber auch für Bürgerinnen und Bürger und natürlich für Investoren. Das Ziel ist klar: Der Windenergieerlass steht für Planungssicherheit und Transparenz. Er soll helfen, die Verfahren zum Ausbau der Windenergie zu vereinfachen und auch ein Stück weit die Verwaltungsverfahren zu beschleunigen. Er soll Orientierungshilfe geben und Interessierten als Planungsgrundlage dienen. Wir werden damit den Auftrag aus der Koalitionsvertragsziffer 72 umsetzen. Mit der haben sich die Koalitionspartner vorgenommen, die Rechts- und Investitionssicherheit zu erhöhen, und sie haben sich ebenso vorgenommen, einheitliche Rahmenbedingungen und ein transparentes Vorgehen sicherzustellen.

Der Windenergieerlass, meine Damen und Herren, ist aber ein Erlass. Erlasse sind verwaltungsinterne Richtschnüre. Die Verwaltung bindet damit ihre eigenen Entscheidungsspielräume im Interesse der Vorhersehbarkeit behördlicher Entscheidungen. Solch ein Erlass ist aber kein Gesetz, er regelt nur die Durchführung von längst vorhandenen Gesetzen. Diese Durchführung obliegt der Exekutive, der Verwaltung. Wir werden diese Aufgabe genau dort wahrnehmen.

Während der Erstellung soll es aber selbstredend gern Informationen geben. Tun Sie mir einen Gefallen, lassen Sie uns dafür erst einmal Stück für Stück in die Erarbeitung einsteigen, die im Übrigen mehrere Ministerien einbinden muss, weil verschiedene Belange berührt

werden. Aber um Ihre Sorge aufzugreifen, dass es bisher keine hinreichenden Grundlagen gab: Dem würde ich gern entgegenreten. Schon jetzt sind alle relevanten Punkte in Gesetzen geregelt. Das gilt für alle erforderlichen Schutzbestimmungen und Schutzvorschriften.

Es handelt sich dabei allerdings um sehr unterschiedliche Gesetze. Die Gesetze fordern die Kolleginnen und Kollegen heraus, wenn sie sie konkret anwenden. Und genau da wollen wir mit dem Erlass bei der Auslegung helfen. Wir wollen die verschiedenen Gesetze mit den verschiedenen Behörden, die zuständig sind, in einem Erlass zusammenführen, damit man wechselseitig weiß, nach welchen Handlungsvorgaben die anderen Entscheidungen treffen werden. Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Diskussion. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ja etwas beruhigt, Herr Minister, ich habe schon gedacht, Sie wollen wirklich 15 Minuten über diesen Antrag reden, so, wie es angemeldet war.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der lernt auch dazu.)

Aber unabhängig davon, dass ich nicht so richtig oder, besser gesagt, dass ich schon weiß, was das Motiv für diesen Antrag ist, aber unabhängig davon bin ich bei dem Sinn dieses Antrags bei Ihnen. Doch dafür brauchen wir den Antrag nicht. Ich mache es diesmal sehr kurz: Der Energieausschuss hat die Kompetenzen, die Landesregierung zu jedem Thema im Ausschuss berichten zu lassen, dann Stellung zu nehmen und Handlungsaufträge an die Landesregierung zu formulieren. Gerade im Energieausschuss – das haben Sie sicherlich auch schon mitgekriegt in diesem Jahr, Herr Borschke – habe ich weder in der vergangenen Legislatur noch in der laufenden erlebt, dass ein Thema, das die Opposition auf die Tagesordnung setzen wollte, nicht aufgesetzt worden ist.

Na klar, ich habe nichts dagegen, wenn wir uns im Ausschuss von der Landesregierung über den aktuellen Stand zum Windenergieerlass berichten lassen und zu gegebener Zeit sicherlich auch eine Anhörung durchführen. Im Gegenteil, das wäre gut. Ich habe nichts dagegen. Doch dafür brauchen wir definitiv keinen Beschluss im Plenum des Landtages. Der Antrag ist, aus meiner Sicht zumindest, hier schlicht und ergreifend fehl am Platz.

(Torsten Renz, CDU: Sehr richtig!)

Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Beauftragen Sie doch Ihren Mitarbeiter, im Ausschusssekretariat bei Herrn Gutzeit, dem Ausschusssekretär, anzurufen! Ich kann Ihnen auch noch die Durchwahl sagen: 1580.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Bitten Sie darum, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen! Er spricht mit dem Ausschussvorsitzenden und dann ist das Problem erledigt.

(Rainer Albrecht, SPD: So kann man es machen.)

Oder Sie schalten selbst den Computer an, formulieren Ihren Wunsch als Antrag an den Ausschussvorsitzenden, schicken den ab, und dann geht das auch seinen Gang.

(Torsten Renz, CDU: Na, nun nicht überfordern, nicht überfordern jetzt! Der Vorschlag war gut.)

Sie haben jedes Recht dazu, Herr Borschke. Lesen Sie das auch in der Geschäftsordnung nach! Wenn dann im Ergebnis der Selbstbefassung des Ausschusses nicht das herauskommt, was Sie sich vorgestellt haben, dann wäre es gerechtfertigt, einen Antrag in den Landtag einzubringen mit konkreten Handlungsanweisungen für die Landesregierung. Hier zu fordern, die Landesregierung möge im Ausschuss berichten, das ist nicht nötig. Sie können das Thema ganz alleine auf die Tagesordnung des Energieausschusses setzen lassen. Wir lehnen deshalb den Antrag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Schwenke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr da Cunha für die Fraktion der SPD.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin hin- und hergerissen, ob ich der AfD-Fraktion nun ein „Thema verfehlt“ oder ein „Wir sind all hier“ zurufen soll. Leider haben wir für diese Frage noch keine Dartscheibe gebastelt, die wir nutzen können.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir können uns, das möchte ich voranstellen, im Energieausschuss jederzeit mit dem Thema Windenergieerlass beschäftigen. Wir können jederzeit den Minister zum aktuellen Sachstand berichten lassen. Das macht er auch sehr gerne, so, wie ich ihn kenne. Aber warum sollen wir jetzt im Energieausschuss auch noch in die Erarbeitung eines Erlasses zur Umsetzung geltender Gesetze eingreifen?

Den Rahmen, innerhalb dessen der Erlass überhaupt stattfinden kann, haben wir doch hier im Landtag und unsere Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag längst gesetzt, nämlich mit den Gesetzgebungen zum Thema. Und wir sind längst dran beziehungsweise die Landesregierung ist längst dran, den Windenergieerlass auf das Tapet zu bringen. Thema verfehlt. Das findet übrigens nicht im luftleeren Raum statt, sondern wir haben uns immer fachlich mit den handelnden Akteuren abgestimmt. Insoweit: Wir sind all hier.

Meine Fraktion ist überzeugt, dass die Regierung und insbesondere auch das Energieministerium bei der Erarbeitung des Windenergieerlasses eine sehr gute Arbeit leisten. Wir sehen keinen Anlass, das irgendwie in Zweifel zu ziehen und bei der Windenergie jetzt eine Extrawurst zu braten. Wir lehnen Ihren Antrag daher ab. Wir lehnen ihn vor allem ab, weil Ihr Antrag unter der Oberfläche ein Antrag ist, der eben nicht das Wohl von Bürgerinnen und Bürgern im Sinn hat, sondern dessen Ziel es ist, das Vertrauen der Menschen in die Demokratie und in gewählte Regierungen nachhaltig zu erschüt-

tern. Sie suggerieren, dass man „die da oben“ ganz eng kontrollieren müsse.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das ist unsere Aufgabe.)

Sie suggerieren, dass Bürgerinteressen bei Entscheidungen auf Regierungsebene eben keine Rolle spielen würden. Beides sind, um mal in der Sprache der Populisten zu bleiben, Fake News, vielleicht ist es auch covfefe. Und mal ehrlich, am Ende ginge es Ihnen doch nur darum, jeden einzelnen Punkt eines Windenergieerlasses kritisieren zu können, weil die Koalitionsfraktionen Ihre völlig unsinnigen Forderungen aus sehr gutem Grund ablehnen würden.

Auch ohne Ihren Antrag werden die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen daran arbeiten, einen Windenergieerlass vorzulegen, der Planungssicherheit für beteiligte Akteure schafft, der Klarheit schafft und der die verschiedenen Interessen der im Bereich der Windkraft beteiligten Akteure auf einen Nenner zu bringen versucht. An der Stelle begrüße ich auch meinen Vorgänger in der Fraktion Herrn Rudolf Borchert als Vorsitzenden des Landesverbandes Erneuerbare Energien,

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

einen der Akteure, der die Interessen von allen abzuwägen versucht. Da gehören auch und gerade die Interessen der Bürgerinnen und Bürger dazu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Nur ein kleiner Hinweis: Ich kann das zwar verstehen, aber wir begrüßen eigentlich die Gäste auf der Besuchertribüne nicht explizit.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Obereiner für die Fraktion der AfD.

(Dr. Matthias Manthei, AfD:
Ich ziehe den Beitrag zurück.)

Der Wortbeitrag ist zurückgezogen. Dann hat das Wort der Abgeordnete Herr Franz-Robert Liskow für die Fraktion der CDU.

Franz-Robert Liskow, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen! Einen wunderschönen guten Morgen! Die Diskussion gerade hat gezeigt, dass der Windenergieerlass durchaus ein wichtiges Thema ist. Aus diesem Grund haben sich die Koalitionäre ja unter Punkt 72 im Koalitionsvertrag darauf verständigt, einen solchen Erlass zu erstellen. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen, um Planungssicherheit für Gemeinden, Behörden, aber auch für Projektentwickler sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund ist es zwingend notwendig, dass der zu erarbeitende Erlass sich an den rechtlichen Vorgaben des Baurechtes des Emissionsschutzrechtes, des Arten- und Naturschutzrechtes ausrichtet.

Dieser Antrag ist allerdings aus meiner Sicht und aus Sicht meiner Fraktion völlig überflüssig. Dieses Thema, das wurde hier schon mehrfach erwähnt, kann sich der Energieausschuss jederzeit im Zuge der Selbstbefas-

sung auf die Tagesordnung setzen. Ich bin mir außerdem sehr sicher, dass unser Energieminister diesen Antrag auch nicht benötigt, um den Ausschuss ausführlich bei der Erarbeitung dieses Erlasses mit einzubeziehen. Deswegen vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Wir lehnen ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/778. Wer dem AfD-Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/778 bei Zustimmung der Fraktion der AfD und Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Rentenungerechtigkeit beseitigen, auf Drucksache 7/787.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Rentenungerechtigkeit beseitigen
– Drucksache 7/787 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Torsten Koplin für die Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Renten sind regelmäßige Geldzahlungen nach Abschluss des Arbeitslebens oder im Fall dauernder Arbeitsunfähigkeit. Sie sind für mehr als 371.000 Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes die Existenzgrundlage. Sie sind maßgeblich für den Erhalt des Lebensstandards und sie sind eine Anerkennung von Lebensleistungen. Rentenungerechtigkeit ist nicht hinnehmbar, weil sie Existenzgrundlagen nicht sichert, Lebensstandards absenkt und Lebensleistungen abwertet.

Rentenungerechtigkeit hat viele Facetten: Sozial ungerecht ist es, wenn jemand nach einem harten Arbeitsleben so geringe Altersbezüge hat, dass es für Miete, Kleidung, gesunde Ernährung et cetera und für all das, was ein eigenständiges Leben ausmacht, nicht reicht. Sozial ungerecht ist es, wenn die von CDU/CSU, FDP, SPD und den GRÜNEN getragenen sogenannten Dämpfungsfaktoren in der Rentenformel bewirken, dass das Rentenniveau sinkt mit der Folge, dass die durchschnittliche Höhe der Renten im Verhältnis zum Durchschnittseinkommen der Erwerbstätigen im selben Jahr immer geringer wird. Betrug das Rentenniveau im Jahr 2000 53 Prozent, so lag es im Jahr 2016 ausweislich des Wahlprogramms der CDU/CSU zur Bundestagswahl bei 48,2 Prozent und wird 2029 bei 37 Prozent liegen. Erhielten Neurentner 2003 durchschnittlich 931 Euro und Neurentnerinnen durchschnittlich 665 Euro monatliche Rente, so waren es 2012 bei Neurentnern durchschnittlich 894 Euro und bei Neurentnerinnen durchschnittlich 754 Euro. Und sozial ungerecht ist es, dass geschiedene DDR-Frauen in ihren Rentenansprüchen benachteiligt werden. Deren vormaliger Staat kannte keinen Versorgungsausgleich und deren heutiger Staat gewährt diesen auch nicht nachträglich.

Erfreulich war es zu hören, dass Sie, Frau Ministerpräsidentin, in Ihrer Regierungserklärung am Mittwoch dieser Woche diesen Umstand problematisiert haben und Ihren Einsatz für die Herstellung von Rentengerechtigkeit in Aussicht gestellt haben. Das ist, wie gesagt, sehr erfreulich. Gleichwohl habe ich mich gefragt, warum die Erkenntnis erst jetzt reift. Martina Bunge – wenn ich das in Erinnerung rufen darf –,

(Torsten Renz, CDU:
Kennen wir, kennen wir. Weiter!)

auch Abgeordnete des Hauses, und mit ihr DIE LINKE haben seit fast 25 Jahren auf das Rentenunrecht an dieser Stelle und auch an anderen Stellen hingewiesen

(Torsten Renz, CDU: Mit welchem Ergebnis?)

und entsprechende Anträge in den Deutschen Bundestag eingebracht.

(Torsten Renz, CDU: Mit welchem Ergebnis?)

Diese Anträge, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mit dem Ergebnis, dass Sie das immer abgelehnt haben, Herr Renz.)

Genau!

... diese Anträge wurden regelmäßig

(Peter Ritter, DIE LINKE: Solche dämlichen Fragen würde ich nicht stellen.)

auch mit den Stimmen der SPD abgelehnt.

(Torsten Renz, CDU: Da sagt sich der Wähler, ja, warum soll ich die denn noch wählen, wenn das nichts bewirkt?!)

Das ist der falsche Zirkelschluss, Herr Renz.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist ein typischer Renz.)

Viele sagen, die will ich starkmachen, die will ich wählen.

(Torsten Renz, CDU: Das muss mehr werden.)

Sie werden sehen, wir werden stark in den Deutschen Bundestag, der im Herbst gewählt wird, einziehen.

(Torsten Renz, CDU: Wie viel Prozent schätzen Sie? Über zehn?)

Wir werden nicht spekulieren.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Es geht ja um Inhalte.)

Wissen Sie, es geht um Inhalte und nicht um Geikel.

(Torsten Renz, CDU: Ach so?! –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Genauso ist es. Genauso ist es.)

Es geht hier um die Existenzgrundlagen von Tänzerinnen, die in der DDR als Tänzerinnen tätig waren, es geht

um die geschiedenen Ehefrauen, es geht um mitarbeitende Ehefrauen, die in Handwerksbetrieben tätig waren.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das sind teilweise schon dramatische Schicksale.

(Torsten Renz, CDU: Und Sie haben sich zu DDR-Zeiten besonders gekümmert um die Frauen in Handwerksbetrieben?)

Sie können sich mal kundig machen, wenn wir schon dabei sind. In der „Märkischen Zeitung“ ist vor ein paar Tagen so ein Schicksal einer Frau, die zu DDR-Zeiten geschieden wurde, dargelegt worden.

(Thomas Krüger, SPD: Deswegen hat die SPD es in ihr Wahlprogramm aufgenommen.)

Das ist doch wunderbar, Herr Krüger. Ich freue mich darüber, aber ich bin traurig darüber, denn der Sachverhalt ist ja nicht neu und das hätte man schon lange,

(Torsten Renz, CDU: Dass Sie es nie durchsetzen, wenn Sie dran sind.)

das hätte man schon lange klären können.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, interessant war es, am Mittwoch aus dem Munde der Ministerpräsidentin zu erfahren, dass in Fragen der Rentenangleichung Ost an West im politischen Berlin ein hartes Ringen zwischen CDU/CSU und SPD stattfand. Es klang so, als wenn die SPD der CDU/CSU die siebenstufige Rentenangleichung mit Finale im Jahr – man höre und staune – 2025 geradezu abtrotzen musste. Liest man das Bundestagswahlprogramm der CDU/CSU auf der Seite 42 hierzu,

(Torsten Renz, CDU: Nee, der Kompromiss, der jetzt gefunden wurde, wird mitgetragen.)

so entsteht der Eindruck, Herr Renz, als haben wir diesen weiteren Schritt zur Vollendung der deutschen Einheit der CDU/CSU zu verdanken.

(Torsten Renz, CDU:
Im wahrsten Sinne des Wortes.)

Und das kann ich nicht so recht glauben, denn ich habe den Eindruck, da schmücken Sie sich seitens der CDU mit fremden Federn

(Torsten Renz, CDU: Wir waren die Einzigen, die die deutsche Einheit überhaupt nach vorne gebracht haben.)

und versuchen, uns die Taschen vollzuhaufen.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Wie auch immer, sehr geehrte Damen und Herren, die Tatsache, dass die Rentenangleichung,

(Unruhe bei Torsten Renz, CDU,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

die Tatsache, dass die Rentenangleichung erst 2025 kommen soll, ist ein Skandal schlechthin. Meine vormalige Abgeordnetenkollegin Karen Stramm hat einmal völlig zutreffend vorgerechnet: Wer 1990 mit 65 Jahren in Rente gegangen ist, muss sage und schreibe 100 Jahre alt werden, um diese Rentenangleichung zu erleben.

(Torsten Renz, CDU: Machen Sie sich das Beispiel zu eigen?)

Das Beispiel ist ein Fakt, das ist ein Fakt.

(Torsten Renz, CDU:
Sie stehen zu dem Beispiel, ja?)

Das ist doch ein Fakt, Herr Renz.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie reden so einen Stuss, das ist nicht auszuhalten. Mann, Mann, Mann! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wie bitte?

(Torsten Renz, CDU: Also Sie machen sich das Beispiel zu eigen?)

Dieses Beispiel wird häufig zitiert

(Peter Ritter, DIE LINKE: Torsten, geh darauf nicht ein, das ist doch so was von Unfug.)

und ich bin froh darüber. Ich habe das angebracht, weil Frau Stramm das als Erste überhaupt hochgezogen hat. Und ich finde, das an dieser Stelle zu betonen, ist ganz einfach wichtig, nämlich auch zu nennen, wer hat das im Grunde genommen mal analysiert. Sonst geht man schnell darüber hinweg. Sie verkaufen ja Dinge, die eigentlich sehr beklagenswert sind, als Erfolg. Aber ich komme zum Text zurück.

Sehr geehrte Damen und Herren, unser Antrag nimmt unter anderem Bezug auf die aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung „Entwicklung der Altersarmut bis 2036“. Auf Basis einer Simulation wird sich die Altersarmutsquote von gegenwärtig 16 Prozent auf 20 Prozent im Jahr 2036 erhöhen. Die besagten Werte und Zahlen, die ich jetzt genannt habe, sind bundesdurchschnittlich. Das zu betonen ist wichtig, denn die Armutsquote bei der Personengruppe 65 plus beträgt in Mecklenburg-Vorpommern bereits heute 19 Prozent. Im Grunde genommen durchleben wir in Mecklenburg-Vorpommern jetzt schon das, was die Bertelsmann-Studie für die Zeit in knapp 20 Jahren deutschlandweit prognostiziert.

Bemerkenswert ist, dass das Armutsrisiko in der Gesellschaft sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Von Armut sind besonders Personen mit geringer Bildung, Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose und Personen mit Migrationshintergrund betroffen. Zitat aus der Studie: „Für Haushalte in Ostdeutschland steigt das Armutsrisiko stark an.“

Sehr geehrte Damen und Herren, mit unserem Antrag bleiben wir nicht bei Feststellungen. Wir stellen klar, was wir für notwendig halten, um die gesetzliche Rentenversicherung sozial gerecht weiterzuentwickeln und wo wir diesbezüglich Handlungserfordernisse für die Landesregierung sehen. Erstaunlicherweise diskutiert die Bertelsmann-Studie Überlegungen, die den Vorschlägen des

Antrags der LINKEN nahekommen. Hierzu gehören erstens, dass das Rentenniveau eben nicht weiter abgesenkt werden darf und keinesfalls unter 46 Prozent sinken darf, zweitens, dass die progressiven Elemente der Idee einer Solidarrente angewandt werden sollten, und drittens, dass bei den Erwerbsunfähigkeitsrenten die Abschläge gestrichen werden müssen.

Worin bestehen die Vorschläge der LINKEN, Rentengerechtigkeit zu beseitigen?

Erstens. Das Rentenniveau soll wieder auf mindestens 53 Prozent angehoben werden.

Zweitens. Die Rentenberechnung Ost soll unverzüglich und nicht erst 2025 an die Rentenberechnung West angeglichen werden.

Drittens. Es soll eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro eingeführt werden.

Viertens. Es soll wieder ein abschlagsfreier Renteneintritt mit 65 Jahren möglich werden.

Fünftens, und das ist der zentrale Punkt unserer Überlegungen und Forderungen: Die gesetzliche Rentenversicherung soll in eine solidarische Versicherung für alle Bürgerinnen und Bürger überführt werden, für die alle Einkommen bei stufenweiser Erhöhung der Bemessungsgrenze beitragspflichtig sind.

Stimmen Sie unserem Antrag zu, sehr geehrte Damen und Herren, wenn Sie tatsächlich an einer armutsfesten Rente interessiert sind! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Christoph Grimm, AfD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat die Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung. Bitte, Frau Hesse, Entschuldigung, Frau Drese.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es gibt wohl kaum eine Landesregierung, die sich so vehement für die Beseitigung der Rentengerechtigkeit eingesetzt hat und einsetzen wird wie diese. Deshalb ist es gut, dass wir heute darüber sprechen können. Ich glaube, niemand hier im Landtag bestreitet ernsthaft, dass besonders Erwin Sellering beim Bund und bei seinen Ministerpräsidentenkollegen für eine rasche Angleichung der Ostrenten an die Westrenten gekämpft hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Thomas Krüger, SPD: Genau so!)

Natürlich hätten wir in Mecklenburg-Vorpommern gern eine schnellere Angleichung der Ostrenten gehabt, doch ich bin davon überzeugt, ohne die kontinuierliche und hartnäckige

Arbeit von Erwin Sellering gemeinsam mit seinen ostdeutschen Amtskollegen wäre es noch nicht einmal gelungen, dass die gesetzliche Angleichung bis 2025 kommt, denn die Anhebung des Rentenwertes Ost ist gegen sehr harte Widerstände erkämpft worden, meine Damen und Herren. Deshalb ist die Festschreibung der Anhebung auf den Rentenwert West in sieben Schritten ein großer Erfolg, zu dem maßgeblich Erwin Sellering beigetragen hat. Der erste Schritt erfolgt bereits im Jahr 2018.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch Manuela Schwesig hat bereits deutlich gemacht, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene weiterhin vehement dafür einsetzt, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land im Alter verlässliche Leistungen für ein würdiges Leben erhalten. Das Thema Rente bleibt in Mecklenburg-Vorpommern also in den besten Händen. So hat die Ministerpräsidentin unmittelbar nach Amtsantritt neue Initiativen angekündigt. In ihrer Regierungserklärung hat Manuela Schwesig einen Gerechtigkeitsfonds angeregt, der die Probleme der Rentenüberleitung Ost löst. Dieser Fonds soll für Personengruppen zur Verfügung stehen, die bei der Überleitung vergessen oder benachteiligt wurden, zum Beispiel Frauen, die zu DDR-Zeiten geschieden wurden, oder diejenigen, die Herr Koplin eben erwähnt hat. Die Ministerpräsidentin wird zunächst bei ihren ostdeutschen Kollegen dafür werben. Wir würden uns sehr darüber freuen, Herr Koplin, wenn Sie Herrn Ramelow frühzeitig mit ins Boot holen. Das wäre eine gute und sachdienliche Unterstützung in dieser Sache.

Sehr geehrte Damen und Herren, selbstverständlich muss dringend etwas gegen Altersarmut getan werden. Darüber besteht, glaube ich, große Einigkeit. Insbesondere Erwerbstätige mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, wie es typisch in den neuen Bundesländern nach der Wende war, sind betroffen, genauso wie Erwerbstätige in strukturschwachen Regionen, die von Langzeitarbeitslosigkeit, Teilzeit und niedrigen Löhnen geprägt sind. All das schlägt sich in niedrigen Renten nieder und sind wesentliche Gründe für eine zu geringe Versorgung im Alter und damit für die drohende Altersarmut.

(Torsten Renz, CDU: Wir sprechen jetzt aber von der Zukunft, oder?!)

Mit Ihrem Antrag, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Linksfraktion, machen Sie es sich ziemlich einfach. Das ist ein typischer Oppositionsantrag wenige Wochen vor einer Wahl. Ich halte Ihre Forderung nach einer Mindestrente von 1.050 Euro für alle, ohne dass irgendwelche Voraussetzungen erfüllt werden müssen, weder für darstellbar noch für finanzierbar. Auch das Modell der Union mit sinkendem Rentenniveau und der Verlängerung der Arbeitszeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zum 70. Lebensjahr überzeugt mich nicht. Das wird Sie nicht überraschen. Ich halte diese Vorschläge den hart arbeitenden Menschen gegenüber nach einem langen Arbeitsleben für ungerecht und unzumutbar.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir brauchen aus meiner Sicht ein Bündel an Maßnahmen, damit alle Menschen nach einem langen Arbeitsleben im Alter gut abgesichert sind. Wir brauchen zunächst Anstrengungen auf allen Ebenen, um die Löhne im Osten auf das Westniveau zu bringen. Das ist gerade für uns in Mecklenburg-Vorpommern von überragender Bedeutung. Die Landesregierung begrüßt deshalb Tarifverträge in

allen Branchen und wirkt gegenüber Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern darauf hin. Das haben wir im Koalitionsvertrag festgehalten und dies ist eine absolute Leitlinie des Regierungshandelns.

Auch Mecklenburg-Vorpommern hat sich wirtschaftlich gut entwickelt. Die Bilanz bei der Wirtschaftsleistung und auf dem Arbeitsmarkt in M-V ist positiv. Das Land hat sich beinahe bei allen wichtigen Indikatoren weiter deutlich verbessert. Neue zukunftsfähige Arbeitsplätze sind entstanden und die Arbeitslosenzahlen sind spürbar zurückgegangen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung steigt. Jetzt muss es darum gehen, dass allgemein die Löhne und Gehälter steigen. Kluge Unternehmen haben sich in Mecklenburg-Vorpommern bereits dazu auf den Weg gemacht, auch angesichts des immer größer werdenden Fachkräftebedarfs. Weitere müssen folgen. Mecklenburg-Vorpommern wird deshalb alle Aktivitäten unterstützen, mit denen die gesetzliche Privilegierung von Tarifpartnerschaft fortgesetzt wird. Tarifgebundene Betriebe müssen mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten als Betriebe ohne Tarifbindung.

Frauen müssen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie Männer erhalten.

(Torsten Renz, CDU: Das ist ja das komplette Programm hier wieder.)

Frauen brauchen ein Rückkehrrecht, wenn sie aus der Elternzeit oder einer Pflegezeit in den Beruf zurückkehren. Nur so können sie aus der Teilzeitfalle geholt werden. Prekäre Arbeitsverhältnisse müssen zurückgedrängt werden. Auch in sozialen Berufen muss mehr verdient werden. Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf muss noch besser möglich sein. Betriebsrenten und die private Altersvorsorge müssen attraktiver werden, besonders für Geringverdiener.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir brauchen darüber hinaus eine große Rentenreform, mit der das Absinken des Rentenniveaus gestoppt wird. Gemeinsam mit der Ministerpräsidentin werbe ich für die Einführung einer Solidarrente. Wer jahrzehntelang gearbeitet und sich angestrengt hat, muss im Alter mehr haben als die Grundsicherung.

(Thomas Krüger, SPD: So heißt die doch bei den LINKEN aber auch?!)

Menschen mit kleinen Löhnen und Gehältern müssen eine auskömmliche Rente haben. Das gilt übrigens auch für Selbstständige, die nicht abgesichert sind. All diese Menschen dürfen nicht in der Altersarmut landen. Die Solidarrente soll allen, die 35 Jahre und länger gearbeitet haben, eine Rente von zehn Prozent über der Grundsicherung garantieren und Altersarmut verhindern. Sie stabilisiert seriös finanziert das Rentenniveau langfristig. Das ist auch mit Blick auf die Generationengerechtigkeit von hoher Bedeutung. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin Drese.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Arppe für die Fraktion der AfD.

Holger Arppe, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Kollegen! Liebe Bürger! In einem Punkt dürften wir alle in diesem Hause in der Tat einer Meinung sein: Die Suche nach neuen Wegen, um möglichst allen Bundesbürgern eine auskömmliche Rente sichern zu können, wird eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit sein.

Bis zum Jahr 2040 erwarten Experten ein durchschnittliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 1,3 Prozent pro Jahr. Langfristig bremsend auf die wirtschaftliche Dynamik Deutschlands wirken insbesondere die fortschreitende Alterung der Bevölkerung und der damit einhergehende Rückgang der Erwerbstätigen. Die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen wird laut wissenschaftlichen Untersuchungen bis zum Jahr 2040 um 1,7 Millionen auf 78,9 Millionen Menschen sinken. Bedingt durch die Schrumpfung der Bevölkerung wächst das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf langfristig mit knapp 1,4 Prozent pro Jahr. In einer vergleichbaren Dynamik entwickelt sich in den kommenden 25 Jahren – zumindest der Theorie nach – wahrscheinlich auch die Durchschnittslöhne.

Trotz einer angenommenen Steigerung der Erwerbsquoten wird die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt bis 2040 sinken. Während die Gesamtbevölkerung bis zum Jahr 2040 um gut 2 Prozent zurückgeht, schrumpft die Zahl der Erwerbstätigen um 8 Prozent. Noch stärker fällt der Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter mit 13,7 Prozent aus. Insbesondere zwischen 2025 und 2035 beschleunigt sich der Rückgang des Arbeitskräftepotenzials durch das Ausscheiden der Babyboom-Generation aus dem Erwerbsleben. Für die Rentenperspektiven folgt daraus über den in der Rentenreform hinterlegten Mechanismus zur Rentenanpassung eine zunehmende Dämpfung des Rentenniveaus. Über die jährliche Rentenanpassung nehmen die Renten zwar an der wirtschaftlichen Entwicklung der Löhne und Gehälter teil – so zumindest die Theorie –, aber der Schein trügt leider, denn die Löhne werden im gleichen Zeitraum, wie schon in der Vergangenheit, schneller wachsen als die Renten.

Experten der Versicherungswirtschaft gehen davon aus, dass der Beitragssatz zwar von derzeit 18,7 Prozent auf 24 Prozent bis 2040 steigen wird, gleichzeitig jedoch das Rentenniveau weiter sinken wird. Derzeit bekommt ein Rentner im Schnitt 44 Prozent des Durchschnittseinkommens von Erwerbstätigen. In 25 Jahren allerdings werden es nur noch 39 Prozent sein. Obwohl man also eigentlich mehr Geld bekommt, hat man dennoch weniger. Im Verhältnis zu den zuvor verdienten Einkommen wird die Rente eben niedriger ausfallen.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE reagiert nun auf diesen Übelstand. In der Analyse, nämlich, dass Altersarmut zu verhindern ist, stimmen wir mit Ihnen, Werte Kollegen, durchaus überein. Gleichwohl atmet Ihr Antrag wie immer den Geist der sozialistischen Umverteilung – ein Konzept, welches eher dazu führen dürfte, dass es am Ende allen schlechter geht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dabei genügt ein Blick gen Süden nach Österreich, um mit einem Beispiel positiver Rentenpolitik konfrontiert zu werden, welches von der Fraktion DIE LINKE freilich als neoliberal disqualifiziert werden dürfte. Im Vergleich zu Deutschland gibt es in Österreich für jedes Versicherungsjahr eine höhere Rentengutschrift. Da gilt immer noch der Grundsatz, die gesetzliche Rente muss im Alter

den Lebensstandard sichern. Nach 45 Arbeitsjahren bekommt ein Rentner in Österreich um die 80 Prozent seines durchschnittlichen Bruttoeinkommens, in Deutschland sind es nur gut 44 Prozent – Tendenz fallend.

Wie schafft die Alpenrepublik so etwas? Nun, das ist für wahr kein Hexenwerk. Anders als in Deutschland zahlen in Österreich alle Erwerbstätigen in die Rentenkasse ein, auch Selbstständige und Geringverdiener. Bis zur Einkommensgrenze von 4.980 Euro müssen Beiträge bezahlt werden. Die Versicherungspflicht beginnt dort ab einem Einkommen von rund 450 Euro. Die Grenze für beitragsfreie, geringfügige Beschäftigung liegt bei 425,70 Euro. Wer mehr verdient, muss Beiträge in die Rentenkasse einzahlen. Ferner gibt Deutschland nur knapp 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Renten aus, Österreich dagegen 14 Prozent.

90 Prozent der Österreicher verlassen sich auf die gesetzliche Rente, nur 10 Prozent haben eine zusätzliche Betriebsrente. Eine teure, staatlich geförderte Privatvorsorge auf Kosten der gesetzlichen Rente blieb den Österreichern erspart. Dafür ist der Beitragssatz zur gesetzlichen Rente mit 22,8 Prozent zwar höher als in Deutschland, die Arbeitnehmer zahlen dort aber nur 10,25 Prozent, die Arbeitgeber dagegen 12,5 Prozent. Wir sehen, es geht auch anders. In der Schweiz hat man ebenfalls einen Weg eingeschlagen, dessen Früchte unsere deutschen Rentner neidvoll über den Bodensee schauen lassen.

Insofern ist eine Reform des Rentensystems ein Gebot der Stunde und sollte auch nicht länger aufgeschoben werden. Allerdings lehnen wir als AfD-Fraktion sozialistische Umverteilungsorgien auch in diesem Kontext strikt ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Stattdessen sollten wir uns vielleicht mehr an solchen Ländern orientieren, die mit ihrem Rentensystem wesentlich erfolgreicher sind als wir. Gleichwohl enthält der Antrag der Fraktion DIE LINKE zwei Punkte, denen auch wir zustimmen können, wenn es nämlich um die Angleichung der Ostrenten an die Westrenten geht. Darum beantragen wir, dass die Punkte dieses Antrags einzeln abgestimmt werden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn für die Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Abgeordnete Arppe hat gerade vorgetragen, die Umverteilung nach sozialistischem Muster lehnen sie auch bei der Rente ab. Ich bin jetzt kein Spezialist für das österreichische Rentensystem, aber ich frage mich gerade, was da anders ist als bei der Umverteilung.

(Holger Arppe, AfD: „Umverteilungsorgien“ habe ich gesagt.)

Das haben Sie ja selber hier explizit ausgeführt, wie hoch die Beiträge sind und wer letztendlich was zu zahlen hat. Das ist in größerem Umfang Umverteilung, als wir das in Deutschland tun. Die Tatsache, dass jeder in das System einzahlen muss, der über einer bestimmten Einkommensgrenze liegt, ist nichts anderes als Umverteilung.

Insofern kann ich Ihnen sagen, diese Form von Umverteilung finden wir als SPD nicht schlecht.

Es gibt ein paar Punkte, die ich gerne aufgreifen würde. Wo ich völlig konform bin und mitgehe, ist, dass wir uns das Thema der in der DDR geschiedenen Frauen perspektivisch angucken müssen.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

Das ist, finde ich, auf gut Deutsch gesagt, eine große Sauerei, was da passiert. In Westdeutschland gibt es seit ewigen Zeiten den sogenannten Versorgungsausgleich, der dafür sorgt, dass Eheleute, die geschieden werden, gerecht behandelt werden bei dem Thema Rentenverteilung. Wir haben das so viele Jahre nach der Wende nicht hingekriegt und da würde ich es sehr begrüßen, dass, wenn wir die Bundestagswahl hinter uns haben, man auf Bundesebene eine Lösung dafür findet, sei es eine Fondslösung oder irgendwas anderes, sodass diese Ungerechtigkeit beseitigt wird.

Was ich sehr begrüße, ist, dass wir für Menschen, die eine Erwerbsminderung haben, zu einer besseren Lösung kommen. Die gab es früher in der Rente. Früher gab es die sogenannte Berufsunfähigkeit, es gab die Erwerbsunfähigkeit. Die Zurechnungszeiten bei der Erwerbsunfähigkeitsrente waren deutlich besser als heute bei der Erwerbsminderungsrente. Ich finde, es kann nicht sein, dass jemand, der hart arbeitet, nur, weil er nicht mehr kann, quasi zum Empfänger von Grundsicherungen degradiert wird. Auch das Thema „langjährig Beschäftigte“ muss man lösen. Ich habe im Rahmen einer Telefonaktion der SPD-Landtagsfraktion jemanden am Telefon gehabt, der 48 Jahre gearbeitet hat und letztendlich mit seiner Frau in einer Situation ist, zusätzlich auf Grundsicherungsleistungen zurückgreifen zu müssen. Das macht die Leute wirklich unzufrieden und das finde ich nicht gerecht.

Aber jetzt zum Antrag der LINKEN: Meines Wissens kostet die Rentenangleichung bis zum Jahr 2024 die gesetzliche Rentenversicherung 16 Milliarden Euro – 16 Milliarden Euro, die zusätzlich aufgebracht werden müssen! Die Verbesserung bei der Erwerbsminderungsrente schlägt laut den Zahlen, die ich kenne, mit rund 1,8 Milliarden Euro zu Buche. Wenn man sich den Antrag der LINKEN anguckt, dann sieht man, dass dort überhaupt nicht erwähnt wird, was diese Geschichte kosten soll.

(Torsten Renz, CDU: Nee, das ist einfach nur eine Wunschliste. Alles, was denen einfällt zum Verteilen, wird aufgeschrieben und fertig.)

Es wird vor allen Dingen auch nicht die Frage aufgegriffen, wer denn damit belastet wird. Das belastet jüngere Erwerbstätige in einer Art und Weise, wo einem wirklich nur noch Schnappatmung widerfahren kann.

(Torsten Renz, CDU: Endlich sagt das mal einer, Herr Heydorn! Sehr schön!)

Das ist letztendlich keine realistische Geschichte.

Ich habe den Eindruck, dass die LINKEN selbst den Antrag auch nicht allzu ernst nehmen,

(Torsten Renz, CDU: Das glaube ich auch.)

denn wenn man auf der einen Seite reinschreibt, wir wollen sofort eine Rentenangleichung, auf der anderen Seite aber einen Halbsatz später sagt, die Höherbewertung der Osteinkommen muss quasi so fortgeführt werden,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dann stelle ich mir gerade vor, wie das in unserem vereinten Deutschland durchgesetzt werden soll. Wenn ich mich in Richtung der westlichen Bundesländer orientiere und sage, wir haben eine Gerechtigkeitslücke, die Ostrente ist nach soundso vielen Jahren noch nicht angeglichen, dann kann man sagen, das stimmt. Wenn ich aber im zweiten Satz sage, unsere Höherbewertung bei den Einkommen hätten wir übrigens gerne beibehalten, dann glaube ich nicht, dass ich wirklich auf große Akzeptanz stoße, sondern die Leute werden mich angucken und mich nicht ernst nehmen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Ja.)

Insofern gehe ich davon aus, dass die LINKEN bei der Verfassung ihres Antrages auch davon ausgegangen sind, dass sie damit nicht richtig ernst genommen werden können. Deswegen lehnen wir den auch ab.

(Torsten Renz, CDU: Geht ja um Wählerstimmen im Osten. In Nordrhein-Westfalen kriegen sie ja sowieso nicht so viel.)

Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Torsten Renz, CDU: Sehr zurückhaltend heute mit den LINKEN umgegangen. Zweiter Aufschlag kommt noch.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin für die Fraktion DIE LINKE.

(Torsten Renz, CDU: Geht alles von der Redezeit ab, Torsten.)

Torsten Koplin, DIE LINKE: Ich bin davon ausgegangen, die CDU sagt noch was.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ja, weil es zu Irritationen führt. Ich habe noch hinten gesessen und mich mit meiner Mitarbeiterin verständigt, weil wir uns natürlich Gedanken darüber machen, wie wir das Gesagte hier werten können. Ich bin davon ausgegangen, auch von der CDU noch etwas zu hören, weil – das hatte ich zweimal zitiert – die CDU sich ausgiebig in ihrem Bundestagswahlprogramm zu Fragen der Entwicklung in der Rentenpolitik äußert und da habe ich sozusagen noch an Argumente gedacht.

(Torsten Renz, CDU: Setzen Sie sich doch wieder hin und kommen nachher noch mal wieder!)

Nein, nein.

(Torsten Renz, CDU: Ist kein Problem.)

Vielleicht werden Sie dazu noch etwas sagen,

(Torsten Renz, CDU:
Das ist kein Problem, Herr Koplin.)

denn irgendwie ist das wie ein gebrochenes Wahlversprechen mit Ansage. Sie haben seitens der CDU in einem Satz in Ihrem Bundestagswahlprogramm darauf hingewiesen,

(Torsten Renz, CDU: Das ist ein reines Wahlkampfthema jetzt.)

dass Altersarmut nicht hinnehmbar ist,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dass man etwas dagegen machen muss.

(Torsten Renz, CDU: Es geht um Wahlauseinandersetzung.)

Und alles, was es im Bundestagswahlprogramm der CDU zu lesen gibt, läuft auf eines hinaus: Wir machen weiter so wie bislang, weil der Weg der richtige wäre.

(Torsten Renz, CDU: Darüber lassen wir die Wähler entscheiden.)

Wenn ich jetzt neben eine solche Aussage die erwähnte Studie der Bertelsmann Stiftung lege und die Prognose, die darin enthalten ist, dann passt das nicht zueinander. Sie betreiben eine widersprüchliche Politik. Seitens der CDU unterbreiten Sie Vorschläge und schaffen den Eindruck, als würden Sie die Altersarmut beseitigen,

(Torsten Renz, CDU: Herr Koplin, Sie müssen sich um das Wählerpotenzial links Gedanken machen, das heißt, Sie müssen sich mehr mit der SPD auseinandersetzen!)

aber im Grunde genommen steuern Sie das Schiff genau dorthin.

(Torsten Renz, CDU: Sie müssen sich mehr mit der SPD auseinandersetzen!)

SPD und LINKE sind in diesen Fragen ziemlich dicht beieinander.

(Torsten Renz, CDU: Aber der Wähler wählt nur SPD. Das ist doch Ihr Problem.)

Ich nehme die Argumente von Herrn Heydorn und von Frau Sozialministerin Drese sehr ernst.

(Torsten Renz, CDU: Die wählen doch alle SPD. Sie müssen sich mit denen auseinandersetzen, nicht mit uns!)

Und dass Sie am Ende die Pirouette drehen und sagen, na ja, mit der LINKEN ist das ein Wunschcatalog, der nicht finanzierbar wäre, und das ginge so nicht, das sind aus meiner Sicht vorgeschobene Gründe.

Wenn die SPD wirklich eine große Rentenreform will,

(Torsten Renz, CDU: Jetzt kommen wir zum Thema, genau.)

wenn die SPD wirklich will, dass es anders wird an dieser Stelle, dann muss sie sich andere Partner in der Politik suchen. So ist das.

(Torsten Renz, CDU: Es gibt doch eine Mehrheit im Bundestag, jetzt schon. Jetzt schon gibt es eine Mehrheit.)

Mit Ihnen wird das nicht geschehen, mit Ihnen klappt das nicht.

Was die Finanzen betrifft, gibt Herr Schäuble zweimal im Jahr, im Mai und im November, die Steuerschätzungen bekannt und die Prognosen, die mittlerweile weit ins nächste Jahrzehnt reichen. Das, was an volkswirtschaftlicher Entwicklung prognostiziert ist, ist in dem, was wir hier vorgeschlagen haben, allemal enthalten.

(Heiterkeit bei Minister Harry Glawe)

Ich glaube – Frau Ministerin Drese ist auf die 1.050 Euro Mindestrente eingegangen –, das ist schon ein Gebot der Stunde und das haben mittlerweile auch andere, interessanterweise aus dem neoliberalen Lager, erkannt. Die jüngst gewählte neue Landesregierung in Schleswig-Holstein, CDU und FDP, hat in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten, eine Expertenkommission einzusetzen, die sich mit neuen Modellen der Absicherung generell auseinandersetzt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Da ist die Grundsicherung ein zentraler Punkt. Die kann an Bedingungen geknüpft sein – das ist ein immer grüner Streit –, sie kann aber auch als bedingungsloses Grundeinkommen gelten.

(Torsten Renz, CDU: Jetzt schweifen Sie aber von Ihrem Antrag ganz schön ab.)

Nein, nein, das eine hat mit dem anderen zu tun,

(Torsten Renz, CDU: Sie lassen die Ostrentner nicht aus dem Blick?!)

weil alle Menschen einen Anspruch haben sollten, nicht in Armut leben zu müssen. Das ist der Punkt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Da geht es, Herr Arppe, selbstverständlich um Umverteilung. Sie haben das österreichische Beispiel ausgiebig dargestellt. Auch wir verweisen auf das österreichische Modell. Das ist ein Modell der Umverteilung, etwas anderes ist das nicht. Dass Sie das jetzt ein bisschen garnieren, um unsere Überlegungen verächtlich zu machen als sozialistisches Modell, das hat an der Stelle gar nichts damit zu tun. Auch wenn wir programmatisch in völlig verschiedenen Richtungen unterwegs sind, aber das österreichische Modell ist ein praktikables und es ist eins der Umverteilung.

Ich habe erwartet und habe das zu bedauern – die SPD lädt uns zwar ein, für einen Gerechtigkeitsfonds mit das Wort zu reden und, wie Sie sagten, Bodo Ramelow mit ins Boot zu holen, ich glaube, das wird völlig komplikationslos der Fall sein,

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

da sehe ich überhaupt keinen Dissens –,

(Torsten Renz, CDU: Von dem habe ich noch gar nichts gehört zum Thema Renten.)

ich habe nur erwartet, dass Sie etwas dazu sagen, dass die Dämpfungsfaktoren weg müssen aus der Rentenformel, also der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor oder der Riester-Faktor. Das sind ja zwei Komponenten in der Rentenformel, die für dieses Sinken des Rentenniveaus verantwortlich sind. Wenn wir da eine Veränderung erreichen wollen, die Sie selbst anstreben, dann muss man das schon angehen.

Ich glaube, Sie drücken sich ein Stück weit um das Thema, weil Sie ja immer beteiligt waren.

(Torsten Renz, CDU: So ist es! So ist es!)

Mit Ausnahme von vier Jahren, als es die Regierungsbelegung von CDU und FDP gab, waren Sie immer beteiligt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Sie haben im Grunde genommen mit der Rentenreform vor circa 15 Jahren die ganze Sache aufgegleist, wie Henning Foerster immer so schön sagt. Sie haben das auf den Weg gebracht. Sie müssten sich revidieren. Dazu gehört natürlich eine gehörige Portion politische Größe zu sagen, was wir mal gemacht haben, ist so nicht aufgegangen, wir revidieren uns und wir werden jetzt einen anderen Weg beschreiten. Den Sprung müssten Sie im Grunde genommen noch machen.

Und, Herr Heydorn, ich bin sehr froh darüber, dass Sie den Bezug genommen haben auf die wirklich unhaltbare Situation bei den Erwerbsminderungsrenten. Auch dazu haben wir ja in unserem Antrag in Punkt III entsprechende Vorschläge unterbreitet und in der Begründung auch noch mal ausargumentiert, auf welch niedrigem Niveau Erwerbsminderungsrenten gezahlt werden. Wenn wir gemeinsam erkennen, dass es dort Handlungsbedarf gibt und dass es ein unhaltbarer Zustand ist, dann lassen Sie uns gemeinsam etwas daran verändern. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und habe dennoch die Hoffnung, dass unser Antrag eine Mehrheit in diesem Hause bekommt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Koplin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz für die Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Prinzip haben wir ja hier schon ähnliche Debatten – ich war Zeitzeuge – in 2013 geführt. Das ist jetzt nämlich nichts anderes als reines Wahlkampfgehebe, bezogen auf den Bundestagswahlkampf. Damals – das muss man sagen – sind LINKE und auch SPD mit einem Gerechtigkeitswahlkampf gestartet. „Rentenwahlkampf“ und „Bürgerversicherung“ waren Schwerpunkte bei beiden. Sie wissen, wie das geendet hat: Die CDU hat mit über 40 Prozent grandios gewonnen. Wenn Sie die gleiche Taktik auch dieses Mal an den Tag legen wollen, bitte, dann müssen Sie es tun.

Was sich auch nicht geändert hat, ist die Argumentation. DIE LINKE macht nichts anderes als reine Verteilungspolitik. Sie blenden alle anderen Themen völlig aus und dann machen Sie einen großen Blumenstrauß von „Wünsch dir was“ auf. Sie wollen nur verteilen. Ich glaube, der Wähler wird erkennen, dass das nicht der richtige Weg ist. Was die SPD zu diesem Thema, argumentativ auch noch mal durch die Ministerin vorgetragen, zusätzlich ins Spiel bringt, ist, dass man – ich übersetze das mal etwas vereinfacht – den Arbeitsmarkt mehr regulieren will, dort eingreifen will im Sinne der Verbesserungsmöglichkeiten für Beschäftigte. Dass man aber außer Acht lässt, einen funktionierenden Arbeitsmarkt möglicherweise totzuregulieren, das, denke ich, muss im Wahlkampf weiter ausgefochten werden.

Wenn wir jetzt diesen Antrag konkret nehmen, dann muss ich schon sagen, man sollte sich wahrscheinlich auf das Wesentliche konzentrieren. Was hier alles auf mehreren Seiten niedergeschrieben ist, will ich kurz zusammenfassen. Der erste große Punkt ist im Prinzip – das haben Sie mit einem Satz angedeutet – eine Abrechnung mit Rot-Grün, nämlich, dass die zuständig waren für die Hartz-IV-Gesetzgebung. Das ist der erste große Komplex. Dafür bräuchten wir eigentlich eine eigene Debatte.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Im Punkt I, Ziffer 2 machen Sie eine Ost-West-Neiddebatte auf.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Gut, Sie haben es niedergeschrieben und haben das auch hier entsprechend zum Ausdruck gebracht.

Es geht weiter mit Punkt II. Den haben Sie, glaube ich, gar nicht richtig erwähnt. Die Redner sind auch nicht darauf eingegangen. Herr Arppe hat gesagt, dem einen oder anderen Punkt können wir zustimmen, ohne dass es eine Debatte dazu gab. Und das alles unter der Überschrift „Rentenungerechtigkeit beseitigen“ – das ist die große Überschrift, die wir diskutieren. Der Punkt II befasst sich mit dem Vergabegesetz. „Gute Arbeit“ ist das Schlagwort – keine Ausführungen Ihrerseits.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Dann geht es weiter mit Punkt III. Auf den will ich mich konzentrieren, weil das zumindest ein bisschen Ähnlichkeit mit dem hat, was in der Überschrift steht. Da haben Sie Ihr Parteitageprogramm ansatzweise niedergeschrieben, zusammengefasst in fünf Punkten, die besonders einladend klingen, wenn es darum geht, hier viel zu verteilen.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Das ist also Ihr Rentenkonzept 2015. Ich will Ihnen ehrlich sagen, ich tue Ihnen nicht den Gefallen, die Wunschliste für die Bevölkerung, was Sie so alles verteilen wollen, hier noch mal vorzulesen. Ich möchte nur die Frage in den Raum stellen, ob es gerechtfertigt ist, die Rente losgelöst in dieser Gesellschaft zu diskutieren, losgelöst als reine Sozialpolitik, losgelöst von Wirtschaftspolitik, losgelöst von vielen anderen Faktoren, die kein Vertreter der LINKEN oder der SPD aufgegriffen hat, ob es überhaupt eine Demografie in diesem Lande gibt, die wir

berücksichtigen müssen. Kein Wort davon. Ich glaube, das ist nicht besonders seriös.

Deswegen auch nur in Kurzform noch mal die Gesetzgebung von Hartz IV, 12.12.2006, wo wir uns die Frage stellen müssen – Müntefering hat sich ja damals als Arbeitsminister der Herausforderung gestellt –, wo wir uns die Frage gefallen lassen müssen beziehungsweise Sie, hat sich die Situation geändert. Ein großes Thema, das er aufgeschrieben hat, war „Rückgang der Geburtenzahl“. Das hat sich jetzt entsprechend stabilisiert. Wenn man das aber mit den geburtenstarken Jahrgängen, zum Beispiel aus meiner Zeit, betrachtet und das in Relation setzt, muss man immer noch sagen, die Alterspyramide entwickelt sich demzufolge negativ. Dann hat er den großen Punkt „Verlängerung der Lebenserwartung“ aufgeschrieben. Das wird hier mit keiner Silbe berücksichtigt. Er hat zu Protokoll gebracht, dass sich in den letzten 40 Jahren, bezogen auf 2006, die Rentenbezugsphase damals von 7 Jahren auf 17 Jahre erweitert hat. Diese ganzen Faktoren blenden Sie aus. Sie tun so, als wenn es das alles nicht gibt, und philosophieren nur, was wir noch mehr aus einem vollen Füllhorn ausschütten können. Ich glaube, das ist nicht redlich.

Wenn wir die Gesetzgebung zum Thema Ost-West-Angleichung betrachten, wo sich alle dafür ausgesprochen haben, dass das so in Ordnung ist, dass erstmalig eine Festschreibung gesetzlich erfolgte und eine breite Zustimmung im Bundesrat vorlag – ich habe mir insbesondere die Länder Thüringen und Brandenburg rausgesucht –, dann kann nicht erkennen, dass es irgendwie eine negative Stimme gab, die das verhindern wollte. Es ist zwar kein Einspruchsgesetz gewesen, nichtsdestotrotz hätten Sie ganz locker mit diesen beiden Landesregierungen in den Vermittlungsausschuss gehen und diskutieren können, ob der Zeitplan überhaupt infrage gestellt werden könnte. Nichts ist passiert. Brandenburg, Thüringen haben zugestimmt. Insofern sage ich einfach mal, das, was Sie hier machen, ist nichts anderes als taktisches Manöver und das lassen wir Ihnen einfach nicht durchgehen. Schauen Sie sich das auch noch mal an, was Thüringen zu Protokoll gegeben hat in der Rede! Sie können nichts von dem erkennen, was Herr Koplín versucht, der Öffentlichkeit hier darzulegen.

Und was mich besonders ärgert, ist, dass Sie diesen Sozialstaat Deutschland einfach nur in Grund und Boden reden wollen: wie schlecht alles ist, dass wir uns in Richtung 40 Prozent bewegen, was die Rentenhöhe betrifft, und, und, und. Insofern habe ich mir gestern die Mühe gemacht, denn ich will das ganz persönlich mal darstellen: Meine Oma ist 1911 geboren und ist zu DDR-Zeiten 1972 als 60-jährige Frau in Rente gegangen. Diese meine Oma hat uns, diesem Staat, fünf Kinder geschenkt und hat in dem Staat der DDR gearbeitet. Heute verteufeln Sie hier alles und da will ich Ihnen einfach mal sagen, wie Sie zu der Zeit – Sie nicht persönlich, aber Ihre Ideologie lebt ja weiter –, wie Sie damals Ihr Rentensystem in der DDR gestaltet haben. Wenn wir schätzen sollten, was Ihnen zugestanden hat nach 15 Arbeitsjahren an Rente im Jahre 1972,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

wird sich der eine oder andere sicherlich noch erinnern können, ich sage es trotzdem mal: 210 Mark Rente gab es dort.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Jetzt kommt natürlich der Hammer: Wenn Sie 45 Jahre gearbeitet haben – wie viel Rente stand Ihnen dann zu? 240, also 30 Mark mehr.

(allgemeine Unruhe)

Jetzt habe ich mir die Mühe gemacht und noch mal den Durchschnittsverdienst von 1975 aus der DDR herausgesucht, der, glaube ich – ich habe es mir auch notiert –, bei 755 Mark lag. Herr Koplín, setzen Sie das mal ins Verhältnis zu den Rentenwerten, die ich Ihnen eben gesagt habe!

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Dann werden Sie mathematisch erkennen, dass das Rentenniveau unter 30 Prozent lag.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das können Sie nicht in Vergleich setzen. Das sind zwei verschiedene ökonomische Systeme.)

Meine Oma hat 45 Mark Miete gezahlt. Das habe ich mir alles aufgelistet. Da kann ich mit Ihnen, was soziale Gerechtigkeit betrifft, gerne in die Diskussion gehen.

Da haben Sie also ein Rentenniveau von unter 30 Prozent gehabt. Und wenn Sie sich dann noch mal das Rentengesetz aus der DDR-Zeit raussuchen, was es da als Witwenrente gab – ja, es gab sie, die Witwenrente für einen Mann ab dem 65. Lebensjahr –, auch da habe ich mir mal die Mühe gemacht und geguckt, wie denn damals das Durchschnittsalter der Männer war: 68,6 Jahre. Das heißt, die DDR hat clever kalkuliert: ungefähr vier Jahre Bezugszeit für so einen Rentner und dann möglicherweise vier Jahre auch noch eine Witwenrente, die es vorher in dem Sinne gar nicht gab.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Heute sprechen wir von einer Lebenserwartung bei den Männern im Jahre 2015 von 77 Jahren,

(Tilo Gundlack, SPD: Wenn du so weitermachst, wirst du nicht alt.)

und Sie tun so, als wenn wir auf nichts reagieren müssen und einfach nur die Sozialleistungen weiter nach oben fahren müssen!

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Frauen werden 83 Jahre alt. Ich habe gerade letzte Woche gehört, die neu Geborenen haben – theoretisch zumindest – eine Lebenserwartung von 100 Jahren.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Sie tun hier so: Freibier für alle – immer, immer mehr ausschütten. Ich finde, das ist eine unredliche Diskussion, der sollten Sie sich stellen.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Dann kommen Sie mit Ihrem Spezialbeispiel von Frau Schramm.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Stramm!)

Am Ende weiß ich gar nicht, ob Sie sich damit identifizieren und ob Sie das so nennen wollen. Ich glaube, Frau Kipping hat dieses Beispiel ebenfalls genommen. Ich weiß nicht, ob es auch von Frau Schramm war.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Stramm!)

Aber jetzt nehmen Sie immer den 65-jährigen Rentner oder den 60-jährigen Rentner als Frau aus DDR-Zeiten, 1990 in Rente gegangen, und der lebt jetzt, ähnlich wie meine Oma – die ist 102 Jahre geworden und zufällig habe ich auch den Rentenbescheid aus dem Jahre 2012 noch vor mir liegen –, mit einer Rente, allein schon die Witwenrente, von weit über 800 Euro.

Ich sage Ihnen abschließend, gestatten Sie mir das heute, auch wenn die rote Lampe leuchtet:

(Heiterkeit bei Holger Arppe, AfD)

Dieser Rentner wacht nicht im Jahre 2015/2017 auf und sagt, schade, dass ich nur 94 Prozent habe, sondern der wacht auf und sagt, danke, dass es diese deutsche Einheit gab, dass es sie gibt, dass ich ein Rentenniveau habe, bei dem ich gut leben kann, dass ich an meine Kinder denken muss, dass Sachverstand benötigt wird für Wirtschaft und Sozialpolitik und nicht einseitig und losgelöst. Deshalb sage ich Ihnen, wir lehnen aus voller Überzeugung Ihren Antrag inhaltlich ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Torsten Renz, CDU: Das ist einfach zu kurz gewesen. – Peter Ritter, DIE LINKE: Wertvolle Lebenszeit verschwendet.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Ich schließe die Aussprache.

Die Fraktion der AfD hat beantragt, die Ziffern I, II und III des Antrages einzeln abzustimmen.

Wer der Ziffer I des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/787 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Ziffer I des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/787 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und den Stimmen der Fraktion der AfD, bei Gegenstimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Ich lasse nun über die Ziffer II des Antrages abstimmen. Wer der Ziffer II des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/787 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Ziffer II des Antrages der Fraktion DIE LINKE 7/787 bei gleichem Stimmverhalten wie in der vorhergehenden Abstimmung abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Ziffer III des Antrages. Wer der Ziffer III des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/787 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Ziffer III des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/787 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, einer Zustimmung aus der Fraktion der AfD und Gegen-

stimmen der Fraktion der SPD, der CDU und der AfD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31**: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Ausbildung von „Staatlich anerkannten Erzieherinnen beziehungsweise Erziehern für 0- bis 10-Jährige“ auch an Schulen in freier Trägerschaft ermöglichen, auf Drucksache 7/791.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Ausbildung von „Staatlich anerkannten
Erzieherinnen bzw. Erziehern für 0- bis
10-Jährige“ auch an Schulen in freier
Trägerschaft ermöglichen
– Drucksache 7/791 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert von der Fraktion der CDU.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hätten diesen Antrag vielleicht auch schon am Mittwoch zusammen mit dem KiföG behandeln können, aber die gesonderte Behandlung verdeutlicht auch noch einmal die gewünschte Vielfalt in unserer Bildungslandschaft und die Notwendigkeit, Gesetze anzupassen, wenn sie nicht mehr auf die aktuelle beziehungsweise die künftige Situation passen.

Mit anderen Worten, auch bei der neuen Erzieherausbildung zum Staatlich anerkannten Erzieher für 0- bis 10-Jährige müssen freie Schulen bei der Ausbildung der Fachkräfte berücksichtigt werden. Die Koalitionspartner erachten die Schulen in freier Trägerschaft sowohl im allgemeinbildenden Bereich als auch im Bereich der beruflichen Bildung als eine unabdingbare Ergänzung und Bereicherung des Schulsystems. Das können Sie im Koa-Vertrag unter Ziffer 210 nachlesen. Es ist also mehr als gerecht, dass die freien Schulen, die seit Langem die ihnen übertragenen Aufgaben zuverlässig erfüllen, dies auch weiterhin tun dürfen. Schließlich hat sich das Land an dieser Stelle weitestgehend zurückgezogen.

Die vollzeitschulische Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern in Mecklenburg-Vorpommern findet derzeit überwiegend an Fachschulen statt. Von den rund 1.200 Schülerinnen und Schülern lernen mehr als die Hälfte – 53 Prozent – an den privaten Fachschulen. Ausbildungen zum Staatlich anerkannten Erzieher/zur Staatlich anerkannten Erzieherin an privaten Fachschulen sind in vollem Umfang etabliert, werden stark nachgefragt, sind bundesweit und international anschlussfähig und zudem entsprechen sie durch ihr Profil den europäisch angestrebten Akademisierungstendenzen, die wir auch jetzt sichern möchten.

Auch die Schulen in freier Trägerschaft haben Interesse daran, die praxisintegrierte Erzieherausbildung anzubieten. Das haben sie uns sehr klar gesagt. Auch werden sie dazu beitragen, den bereits am Mittwoch vielfach thematisierten Fachkräftebedarf im frühkindlichen Bereich zu beheben.

Des Weiteren arbeiten Einrichtungen wie zum Beispiel das Pädagogische Kolleg in Rostock konzeptionell besonders eng mit Hochschulen zusammen, um den Übergang zwischen fachschulischer Ausbildung und Studium pädagogisch vorzubereiten und fachlich eng zu begleiten. Ich bin mir sicher, dass sich diese Verzahnung auch

auf die neue dreijährige Erzieherausbildung übertragen lässt und die angehenden Fachkräfte, aber auch die Landschaft der Kindertageseinrichtungen insgesamt hiervon profitieren werden. Auf dieses Know-how und die fachliche Kompetenz zu verzichten, täte der Entwicklung,

(allgemeine Unruhe)

täte der Entwicklung der Erzieherausbildung in Mecklenburg-Vorpommern nicht gut.

Die Koalitionspartner sind daher der festen Überzeugung, dass Schulen in freier Trägerschaft die Möglichkeit erhalten sollen, Entwicklungen des staatlichen Schulsystems auch in diesem Fall übernehmen zu können. Unter Beachtung geltenden Rechts ist deshalb ein Schülerkostensatz zu errechnen und im Rahmen eines Gesetzentwurfes dem Landtag vorzulegen. Damit erhalten die Schulen in freier Trägerschaft die Möglichkeit, den neuen und praxisintegrierten Ausbildungsgang anzubieten und im Rahmen der Finanzhilfe abrechnen zu können.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die Debatte und bitte schon an dieser Stelle um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Thomas Krüger, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Friemann-Jennert.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Frau Birgit Hesse.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Frau Friemann-Jennert! Wenn ich heute hier ans Pult trete, finden Sie meine vollste Zustimmung zum Antrag.

(Andreas Butzki, SPD: Ausnahmsweise! –

Zuruf aus dem Plenum: Heute ja! –

Heiterkeit bei Maika Friemann-Jennert, CDU:

Respekt! – Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Über die Notwendigkeit dieser praxisorientierten Ausbildung haben wir ausführlich am Mittwoch gesprochen. Insofern würde ich es auch nur ganz kurz noch mal zusammenfassen. Die Vorteile dieser ergänzenden Ausbildung zu der vierjährigen Erzieherinnen- und Erzieherausbildung liegen auf der Hand, und zwar: Wir haben den hohen Praxisanteil, wir haben die Spezialisierung auf die Altersgruppe 0 bis 10, wir haben die dreijährige Ausbildung und wir haben eine Ausbildungsvergütung sowie eine teilweise Anrechnung auf die Fachkraft-Kind-Relation.

Und was natürlich wichtig ist, ist, dass wir mit diesem neuen Ausbildungsgang an eine andere Zielgruppe herantreten können, nämlich an sogenannte Seiteneinsteiger, die dann die Möglichkeit haben, gerade wenn sie Familie haben, auch eine Ausbildungsvergütung zu erhalten,

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

und damit entsprechend überhaupt die Möglichkeit schaffen, Seiteneinsteiger mit ins System zu holen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vielleicht ganz kurz: Der Prozess dieser gesamten Ausbildung ist ja sehr früh begonnen worden, im Jahr 2016 bereits. Wir hatten uns damals darauf verständigt zu gucken, lieber Herr Renz, ob wir gegebenenfalls an einem Standort bereits in diesem Schuljahr beginnen können. Wir hatten damals den Standort Rostock auch im Visier, haben sehr intensive Gespräche vor Ort geführt und im Ergebnis diesen Standort gesichert. Ich kann Ihnen heute verkünden, dass wir nunmehr an allen fünf Standorten, wo unsere staatlichen Schulen sind, diesen Ausbildungsgang anbieten können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Andreas Butzki, SPD: Sehr schön! –
Thomas Krüger, SPD: Sehr gut,
Frau Ministerin!)

Wir haben also insgesamt circa 90 Auszubildende gefunden, die wir jetzt auf diese fünf Standorte verteilen. Und das freut mich sehr, dass es uns gelungen ist, dass wirklich diese Auszubildenden jetzt antreten können.

Was, und das haben wir schon gehört, auch wichtig ist, ist, dass wir immer gesagt haben, wir wollen den Evaluierungsprozess sehr zeitnah beginnen. Das heißt, wir haben uns darauf verständigt, eine Lenkungsgruppe einzurichten, um genau die Fragestellungen, die bereits diskutiert worden sind, noch mal genauer zu untersuchen, Stichwort „Mentorentätigkeit“, Stichwort „Praxis/Theorie-Anteil“ und Stichwort „Ausbildungsvergütung“, weil wir uns das auch genau angucken wollen, was denn die einzelnen Träger in der Ausbildung tatsächlich vergüten. Insofern werden wir diese Lenkungsgruppe jetzt einrichten und quasi mit Beginn der Ausbildung stetig evaluieren.

Der nächste wichtige Punkt ist, Frau Friemann-Jennert hat es genannt, unsere Schullandschaft in Mecklenburg-Vorpommern ist so, wie sie beschrieben worden ist, das heißt, auch die freien Schulen bieten Ausbildungsgänge im Bereich Erzieherinnen und Erzieher an. Insofern finde ich es folgerichtig zu sagen, dass wir die Schulen in freier Trägerschaft mit ins System einbeziehen. Aber – und das haben wir auch schon gehört – das geht eben nicht jetzt und sofort, sondern beinhaltet eine Änderung im Schulgesetz beziehungsweise nicht im Schulgesetz, sondern wir müssen die Kostensätze noch mal ermitteln. Das machen wir, das steht so in Paragraph 128 Schulgesetz. Insofern ist es folgerichtig, dass wir jetzt ein Stück weit unsere Hausaufgaben machen müssen und dann die Schulen in freier Trägerschaft den Ausbildungsgang auch anbieten können.

Abschließend möchte ich mich ganz herzlich bei den beiden Fraktionen bedanken, bei der CDU und der SPD,

(Jochen Schulte, SPD: Sehr gut!)

insbesondere den Fraktionsvorsitzenden,

(Thomas Krüger, SPD: Herzlichen Dank!)

die diesen Prozess sehr eng begleitet haben, weswegen wir heute hier stehen können, zum einen das KiföG haben, zum anderen die Ausbildung haben und jetzt auch noch die Einbindung der freien Träger. Insofern ist das Paket für mich hier heute rund und ich möchte mich ausdrücklich bei meiner Kollegin, der Sozialministerin, bedanken, die diesen Weg gemeinsam mit mir gegangen ist, gemeinsam mit den Fraktionen. Deshalb ist nicht nur Mittwoch ein guter Tag gewesen, sondern heute ist auch ein guter Tag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –

Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD die Abgeordnete Frau Weißig.

(Andreas Butzki, SPD: Deckung! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Christel Weißig, AfD: Ich weiß schon.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:
Nicht schießen, bitte!)

Geschätzte Kollegen! Ich kann mich heute kurzfassen, weil wir die wichtigsten

(Torsten Renz, CDU: Sie bleiben dabei?)

Punkte zum Thema KiföG ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja.

(Torsten Renz, CDU: Sie
bleiben bei Ihrer Auffassung?)

... bereits am Mittwoch diskutiert haben.

(Torsten Renz, CDU: Da stand das
gar nicht auf der Tagesordnung.)

Zum aktuellen Antrag: Selbstverständlich unterstützen wir die Schulen in freier Trägerschaft

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und selbstverständlich unterstützen wir die zukunftsorientierten Berufsausbildungen,

(Thomas Krüger, SPD:
Da sind wir uns ja einig.)

zu denen ein großer Praxisteil gehört. Es muss gewährleistet sein, dass auch die an Schulen in freier Trägerschaft erworbenen Abschlüsse die staatliche Anerkennung finden.

(Thomas Krüger, SPD:
Dann können Sie zustimmen?)

Aber der vorliegende Antrag ist lediglich eine Folge Ihres Schnellschusses zur KiföG-Novellierung.

(Manfred Dachner, SPD: Nicht schießen! – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir haben bereits,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

wir haben bereits vorgestern festgestellt, dass Sie mit Ihrem Gesetzentwurf ein Zweiklassensystem von Erziehern produzieren und damit Mecklenburg-Vorpommern zu einem Billiglohnland machen.

(Thomas Krüger, SPD: Bitte?!
Sie haben nicht gelesen. –
Zurufe aus dem Plenum: Oh!)

Werte Kollegen, diesen Weg können und wollen wir nicht mitgehen. Deswegen haben wir Ihren Antrag zum KiföG abgelehnt

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und deswegen müssen wir auch diesen Folgeantrag ablehnen. – Ich danke Ihnen, meine Herrschaften.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Butzki.

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Christian Brade, SPD: Herr Butzki!)

Andreas Butzki, SPD: Bei euch auch? Bei euch auch?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Nee! Nee!)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass die Landtagspräsidentin heute nicht so einen Lachanfall nach meiner Rede bekommt wie gestern.

Also der neue Ausbildungsgang Staatlich anerkannter Erzieher und Erzieherin für 0- bis 10-Jährige ist ein wichtiger Baustein zur Gewinnung von Fachkräften für die Kindereinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben bereits bei der Diskussion zum Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und CDU gehört, wie notwendig diese Ausbildung ist. Auch wenn die Oppositionsvertreter und -vertreterinnen – insbesondere haben wir es ja gerade von Frau Weißig gehört – das Negative dieser Änderung des KiföG betonen, möchte ich aus meiner Sicht noch mal kurz einige Argumente nennen, warum das so wichtig ist.

In der Zeit, als ich mein Diplomlehrerstudium absolvierte, und ein paar Jahre später gab es bei uns eine Kinderkrippenerzieherausbildung an der Medizinischen Fachschule, wir hatten eine Kindergärtner/-innenausbildung an den Kindergärtner/-innenschulen und eine für Horterzieher/-innen. Die Ausbildung war gut, sie war vor allen Dingen praxisorientiert und dreijährig.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Mit dem Angebot der dreijährigen praxisorientierten Erzieher/-innenausbildung wird die vierjährige Ausbildung ja noch bleiben, also die Jugendlichen haben die Wahl. Und

wir nutzen hierbei insbesondere die Erfahrungen unserer dienstälteren Erzieher/-innen, wollen hier neben der theoretischen Ausbildung natürlich wesentlich mehr den Praxisanteil in den Fokus rücken und wir werden mit dieser Ausbildung auch dafür sorgen, dass die Auszubildenden oder Jugendlichen mehr Geld oder überhaupt Geld bekommen, und das wesentlich attraktiver gestalten.

Ich war in letzter Zeit in vielen verschiedenen Kindereinrichtungen, hatte zahlreiche Gespräche mit Jugendlichen und wurde auch von Eltern zu dieser Ausbildung oft angesprochen. Fazit dieser Gespräche: Erstens, die Jugendlichen wollen eine Ausbildung haben, die es ihnen ermöglicht, in der Kita oder im Hort zu arbeiten, nur die wenigsten wollten als Streetworker oder Heimerzieher/-innen wirken. Sie wollen bei ihrer Ausbildung Geld verdienen, im Prinzip wie in den anderen Ausbildungsberufen, und nicht noch Geld für die Ausbildung bezahlen. Sie wollen praxisnah und zielgerichtet ausgebildet werden...

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ausgebeutet, schon richtig.)

und sie wollen eine dreijährige Ausbildung wie die meisten anderen Jugendlichen auch.

(Torsten Renz, CDU: Alles richtig gemacht.)

Richtig.

Auch wenn es vielleicht noch einige offene Fragen bei der Ausbildung gibt – und die Ministerin hat es hier gerade gesagt, es soll auch evaluiert werden –, haben die freien Schulen diese vielen Vorteile dieser Ausbildung erkannt und wollen natürlich diesen Ausbildungsgang anbieten. Und mit diesem Koalitionsantrag möchten wir es auch den Schulen in freier Trägerschaft ermöglichen, diesen praxisorientierten und praxisintegrierten Ausbildungsweg anzubieten. Schulen in freier Trägerschaft sind im allgemeinbildenden und berufsbildenden Bereich eine wünschenswerte Ergänzung und eine Bereicherung unseres Schulsystems in unserem wunderschönen Bundesland.

Unter Beachtung geltenden Rechts können die Schulen in freier Trägerschaft aber erst nach Errechnung des Schülerkostensatzes und im Rahmen eines Gesetzentwurfes diese Ausbildung anbieten. Neben Baden-Württemberg ist Mecklenburg-Vorpommern das einzige Bundesland, das diese duale Ausbildung anbietet. Weitere Bundesländer werden folgen, davon bin ich fest überzeugt und ich habe auch schon einige Gespräche geführt. Interesse besteht in vielen Ländern, denn überall werden gut ausgebildete Kita- und Horterzieher/-innen gebraucht.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass auch die Erfahrungen der Schulen in freier Trägerschaft bei der Erzieher/-innenausbildung genutzt werden, und die notwendigen Schritte einleiten. Stimmen Sie unserem Antrag zu! – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Fraktionen der SPD und CDU fordern in dem

vorliegenden Antrag, dass die Ausbildung zur Staatlich anerkannten Erzieherin und zum Erzieher für 0- bis 10-Jährige auch an Schulen in freier Trägerschaft ermöglicht werden soll.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, als ich den Antrag hier für den Landtag gesehen habe, habe ich mich schon gewundert. Am vorletzten Mittwoch haben wir im Sozialausschuss die Beratungen zum Kindertagesförderungsgesetz abgeschlossen und ich wunderte mich, dass Frau Friemann-Jennert immer von den Schulen in freier Trägerschaft erzählte, denn bis dahin lag kein Antrag, den wir im Sozialausschuss im Rahmen der KiföG-Beratungen hätten thematisieren können, vor. Er ist dann erstmals hier für heute in den Landtag eingebracht worden. Meines Erachtens hätte er, wie gesagt, im Zusammenhang mit den Änderungen zum Kindertagesförderungsgesetz erfolgen müssen, soll doch danach der neue Ausbildungsgang PiA auch an Schulen in freier Trägerschaft ermöglicht sein. Dafür muss das Schulgesetz angepasst werden.

Für mich ist dieses Handeln, dieser Vorgang insgesamt ein weiterer Beleg für das unüberlegte und übereilte Handeln. Hätten Sie das KiföG gründlich vorbereitet, hätten Sie diese Änderung in einem Mantelgesetz mit einbezogen und gleich auf den Weg bringen können.

(Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

So verschieben Sie die Ausbildung an Schulen in freier Trägerschaft um ein Jahr, denn das Ausbildungsjahr wird demnächst beginnen und die Regelung ist noch nicht in Kraft. So wichtig scheinen Ihnen die freien Schulen dann doch nicht zu sein, denn bereits in der Einbringung hatte Frau Friemann-Jennert auf dieses Thema hingewiesen, aber eine Änderung erfolgte nicht. Ich kann Ihnen nur sagen, wir lehnen diesen Antrag an, ab.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Wir lehnen die Einführung der praxisintegrierten Ausbildung PiA unter den gegebenen Bedingungen ab, egal ob sie nun in staatlicher oder in freier Trägerschaft angeboten wird oder beides.

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Warum, das hatte ich bereits am Mittwoch lang und breit ausgeführt. Nur noch mal in aller Kürze die drei Argumente:

Erstens, Sie führen halbwegs einen neuen Ausbildungsgang ein

(Andreas Butzki, SPD:
Nein, das stimmt nicht.)

und schaffen so Auszubildende erster und zweiter Klasse.

(Rainer Albrecht, SPD: Das ist nicht wahr! –
Andreas Butzki, SPD: Das stimmt
überhaupt nicht!)

Nur die jungen Menschen erhalten ein Ausbildungsentgelt,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

die den Ausbildungsgang zum Staatlich anerkannten Erzieher für 0- bis 10-Jährige absolvieren.

(Andreas Butzki, SPD: Wir greifen auf die
guten Erfahrungen von früher zurück.)

Wir sagen, steigern Sie die Attraktivität der Ausbildung zum Staatlich anerkannten Erzieher insgesamt! Schaffen Sie das Schulgeld für die Ausbildung zum Staatlich anerkannten Erzieher ab und führen Sie das Ausbildungsentgelt für alle Auszubildenden zum Staatlich anerkannten Erzieher ein! Denn nicht nur in den Kindertagesstätten ist der Fachkräftemangel schon längst angekommen, sondern auch in den übrigen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe, wie Sie am Mittwoch richtigerweise alle bemerkt haben. Deshalb handeln Sie strategisch und verantwortungsvoll, indem Sie die Attraktivität der Ausbildung zum Staatlich anerkannten Erzieher insgesamt stärken!

Zweitens, unser Argument gegen die neue Ausbildung,

(allgemeine Unruhe –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

lassen Sie die Auszubildenden bei diesem Ausbildungsgang allein, denn anstatt – wie es in der Pflege gang und gäbe ist – dass diesen Auszubildenden Mentoren in den Kitas für mindestens zwei Stunden pro Woche zur Seite stehen, lässt das Gesetz dies völlig offen, wie diese Mentoren eingesetzt und ausgebildet werden sollen. Nicht jeder kann aus dem Bauch heraus Auszubildende betreuen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Bernhardt, gestatten Sie eine Zwischenfrage ...

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Nö.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... des Abgeordneten Renz?

(allgemeine Heiterkeit)

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Erzieherinnen und Erzieher sollen neben ihrer Zeit für die mittelbare und unmittelbare Arbeit am Kind auch noch Auszubildende als Regelaufgabe betreuen. Das wird nicht aufgehen. Geben Sie hier vor, welche Zeit die Mentoren haben sollen, dann kann es auch in den Leistungs- und Entgeltverhandlungen eingebracht werden.

Drittes Argument, warum wir diese neue Ausbildung ablehnen: Sie locken aus unserer Sicht junge Menschen in eine Ausbildung, indem Sie hierfür ein Ausbildungsentgelt zahlen – wie gesagt, in den anderen Ausbildungsgängen ist das nicht der Fall –,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

und lassen sie dann während der Ausbildung alleine. Und dann ist noch nicht einmal klar, wie viel dieser Beruf am Ende wert ist und wie er bezahlt wird, wie Sie die notwendige Weiterbildung für den Bereich der 0- bis 27-Jährigen bewerkstelligen und finanzieren sollen, und ohne die Gewissheit zu haben für die jungen Auszubildenden, dass ihr Abschluss einmal bundesweit anerkannt wird. Das alles wollen Sie erst noch klären und prüfen. Das halten wir für nicht verantwortungsvoll.

(Andreas Butzki, SPD: Sachsen macht das in der Lehrerbildung so.)

Wir lehnen den neuen Ausbildungsgang, wie gesagt, ab, egal an welcher Schulform er stattfindet. Das alles ist aus unserer Sicht weder im Sinne einer guten Qualität in den Kitas noch für unsere Kinder und für die jungen Menschen, die den neuen Ausbildungsgang wählen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Manfred Dachner, SPD: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Elementarer Bestandteil der intensiven Verhandlungen und Beratungen zur Novellierung des KiföG Mecklenburg-Vorpommern, welcher wir bereits am Mittwoch hier im Landtag zugestimmt haben, war für unsere Fraktion die Berücksichtigung der Schulen in freier Trägerschaft bei der neuen Erzieherausbildung zum Staatlich anerkannten Erzieher/zur Staatlich anerkannten Erzieherin für 0- bis 10-Jährige.

Und, Frau Bernhardt, wenn Sie die Dokumente nicht lesen und die Presse ignorieren, kommen natürlich solche unqualifizierten Reden zustande.

(Andreas Butzki, SPD: Das war die gleiche von Mittwoch.)

Mit diesem Antrag, um deren Zustimmung ich Sie bitte, fordern wir die Landesregierung auf, schnellstmöglich einen Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes vorzulegen, der es freien Schulen ermöglicht, den neuen Bildungsgang anzubieten. Diese Forderung hat für mich in den vergangenen Wochen eine Schlüsselrolle eingenommen, weshalb ich es ausdrücklich begrüße, diesen Antrag gesondert von der KiföG-Novellierung zu behandeln.

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Freie Schulen bilden eine sinnvolle und wünschenswerte Ergänzung des existierenden beruflichen Ausbildungssystems. Ich wiederhole mich ja auch gern. Schon heute leisten sie einen nicht zu unterschätzenden Beitrag bei der klassischen Erzieherausbildung in diesem Land. Dieses Potenzial sollte auch bei den neu auszubildenden Fachkräften genutzt werden.

Die vollzeitschulische Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern in Mecklenburg-Vorpommern findet derzeit überwiegend an Fachschulen statt. Von den rund 1.200 Schülerinnen und Schülern lernen mehr als die Hälfte an den privaten Fachschulen. Das hatte ich in der Einbringung schon erwähnt. Dafür gibt es berechtigte Gründe. Ausbildungen zu Staatlich anerkannten Erziehern an privaten Fachschulen sind in vollem Umfang etabliert, werden stark nachgefragt, sind bundesweit und international anschlussfähig und zudem entsprechen sie durch ihr Profil den europäisch angestrebten Akademisierungstendenzen. Des Weiteren arbeiten Einrichtungen wie zum Beispiel das Pädagogische

Kolleg – auch das hatte ich vorhin schon gesagt – konzeptionell besonders eng mit den Hochschulen zusammen, um den Übergang zwischen fachschulischer Ausbildung und Studium pädagogisch vorzubereiten und fachlich eng zu begleiten.

Ich bin mir sicher, dass sich diese Verzahnung auch auf die neue dreijährige Erzieherausbildung übertragen lässt und die angehenden Fachkräfte, aber auch die Landschaft der Kindertageseinrichtungen insgesamt hiervon profitieren werden. Auf dieses Know-how und diese fachliche Kompetenz zu verzichten, täte der Entwicklung der Erzieherausbildung in Mecklenburg-Vorpommern nicht gut. Auch ist nicht ersichtlich, dass freie Schulen in unangemessener Konkurrenz zu staatlichen Schulen geraten und somit zu einer Belastung des hiesigen Schul- und Ausbildungssystems werden könnten. Diese Gefahr besteht ganz sicher nicht und die Sorge kann ich Ihnen auch nehmen. Im Gegenteil, der Anteil der Schülerinnen und Schüler an freien beruflichen Schulen insgesamt beträgt bei uns derzeit rund 11,9 Prozent.

Im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer liegt Mecklenburg-Vorpommern damit auf dem letzten Platz. Und zum Vergleich vielleicht: Sachsen hat einen Prozentanteil von 28,2, Thüringen 18,1, Berlin 17,6, Sachsen-Anhalt 15,4 und Brandenburg 13,8. Die absolute Zahl der Schülerinnen und Schüler an privaten beruflichen Schulen ist in unserem Bundesland im Zeitraum zwischen 2010 und 2016 sogar um rund 8 Prozent gesunken. Ziel muss es daher unbedingt sein, spätestens bis zum Schuljahr 2018/2019 den Schulen in freier Trägerschaft zu ermöglichen, sich an der neuen Ausbildung zu beteiligen. Die Landesregierung plant die Einführung 2019/2020 aus Gründen der Rechtssicherheit.

Dieser Schritt scheint auch mehr als notwendig zu sein. Es wurde von den freien Schulen befürchtet, dass die klassische Erzieherausbildung durch die dual ausgerichtete dreijährige und vergütete Ausbildung für 0- bis 10-Jährige mittelfristig abgelöst wird. Dies hat schon jetzt eine sinkende Bewerberzahl in den bisherigen Erzieher- und Sozialassistentenausbildungen in den Einrichtungen der freien Schulen zur Folge. Ohne Zweifel würde eine Lücke bei den freien Schulen entstehen, welche die freigemeinnützigen Träger aus eigenen Bemühungen kaum kompensieren können. Auch würden wir ohne die Berücksichtigung der freien Schulen bei der PiA-Ausbildung die gesetzgeberischen Ziele, die Absolventenzahlen insgesamt zu erhöhen, verfehlen angesichts der Erfahrungen mit der klassischen Erzieherausbildung.

Aus unserer Sicht ist es daher nicht ersichtlich, weshalb nicht auch bei der neuen quasi dualen Ausbildung die Schulen eine Rolle spielen sollten, wie zunächst im Entwurf beabsichtigt. Es ist unbestritten, dass auch Schulen in freier Trägerschaft Interesse daran haben, die praxisintegrierte Erzieherausbildung anzubieten, und damit dazu beitragen werden, den bereits am Mittwoch vielfach thematisierten Fachkräftebedarf im frühkindlichen Bereich zu beheben.

(Thomas Krüger, SPD: Und das ist auch gut so.)

Das ist auch gut so.

Darüber hinaus würde eine ausbleibende Beteiligung der freien Schulen ebenso Auswirkungen auf die Absolven-

tenzahlen im Bereich der Heilerziehungspflege haben, die wir mit diesem Antrag verhindern. Ein großer Anteil der Auszubildenden entscheidet sich regelmäßig erst im Laufe der Ausbildung zum Sozialassistenten dafür, eine Ausbildung zum Heilerzieher zu wählen, von denen immerhin rund 30 Prozent an freien Schulen in Mecklenburg-Vorpommern unterrichtet werden.

Neben diesen inhaltlichen Erwägungen verlangt die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, eine Diskriminierung bestimmter Schularten zu unterbinden. Einen Ausschluss der verfassungsrechtlich und schulgeseztlich geschützten Schulen in freier Trägerschaft bei der neuen Erzieherausbildung würde somit dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes entgegenstehen. Berufsbildende Ersatzschulen sind nämlich Ersatzschulen im vollen Sinne des Artikels 7 Absatz 4 des Grundgesetzes und genießen daher den vollumfänglichen Schutz. Unser Ansinnen folgt daher auch einem verfassungsgemäßen politischen Handlungsansatz.

Somit wird dieser Antrag aus guten Gründen dazu beitragen, ein vielfältiges, öffentliches Schulwesen aus staatlichen und freien Schulen weiterhin auch bei der Erzieherausbildung in unserem Bundesland zu ermöglichen. Wir leben in einer pluralen, demokratischen und offenen Gesellschaft. Es ist für mich selbstverständlich, dass unsere Schul- und Bildungslandschaft eine ebenso ausgeprägte Vielfältigkeit abbildet. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Renz.

(Torsten Renz, CDU:
Wie lange habe ich noch?)

Drei Minuten.

Torsten Renz, CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Liebe Frau Bernhardt!

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja!)

Ich möchte Sie auffordern, nach mir doch noch mal ans Mikro zu treten und sich zu dem zu positionieren, was ich jetzt sage.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ich kann Sie zwar nicht zwingen, aber ich möchte Sie politisch einfach bitten.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ich glaube nicht, dass ich auf Ihre Fragen antworte.)

Ich habe in der Anhörung Herrn Bockhahn, Ihren Parteikollegen, der, glaube ich, politisch nicht ganz unbedeutend bei Ihnen ist, gefragt, nachdem er dargestellt hat, was das für eine Katastrophe mit der Erzieherausbildung hier in Mecklenburg-Vorpommern ist, dass es a) keine Vergütung gibt und b) noch Schulgeld gezahlt werden muss.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Habe ich auch gesagt.)

Daraufhin habe ich ihn gefragt, wenn wir a) eine Vergütung zahlen und b) das Schulgeld abschaffen, ob wir dann, was Reformen im Bereich der Erzieherausbildung betrifft, nichts zu tun brauchen, ob das die Lösung des Problems wäre, und wir machen dann so weiter, Erzieherausbildung von 0 bis 27 unter den Bedingungen, wie ich sie eben skizziert habe. Daraufhin hat Ihr werter Parteikollege langatmig geantwortet mit dem Resultat, er hat sich nicht positioniert.

Deswegen möchte ich Sie jetzt noch mal bitten, nach der Diskussion, nach dem Gesetzgebungsverfahren, das wir hier auf den Weg gebracht haben, ob Ihre politische Position der LINKEN in diesem Lande im Jahre 2017 die ist, dass wir weiterhin eine klassische Erzieherausbildung machen von 0 bis 27 und keine duale Ausbildung auf den Weg bringen, keine differenzierte Ausbildung, wie von Vorrednern dargestellt, bezogen auf DDR-Zeiten zum Beispiel, wo es die Krippenerzieherausbildung war. Wir machen jetzt eine Erzieherausbildung von 0 bis 10. Ich möchte gerne wissen – auch mit Blick auf die Zukunft, damit Sie dann in mehreren Jahren sich positionieren können zu dem, was Sie heute hier gesagt haben –: Welche Philosophie, welchen Plan hat DIE LINKE in diesem Land,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das habe ich im März vorgetragen, Herr Renz. Insofern muss ich nicht noch mal darauf eingehen.)

um dem Erziehermangel entgegenzuwirken?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Wenn Sie unsere Anträge nicht kennen,
dann kann ich nichts dafür.)

Welche Zukunftsperspektiven entwickeln Sie strategisch in der Erzieherausbildung in Mecklenburg-Vorpommern?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das haben wir bereits behandelt.
Da müssen Sie mal aufpassen!)

Das würde mich interessieren und ich wäre Ihnen wirklich zu Dank verpflichtet, wenn Sie Ihre politische Position hier darlegen. – Danke schön.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das können Sie noch mal nachlesen! –
Karsten Kolbe, DIE LINKE: Das können
Sie dann noch mal nachlesen!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/791. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der ...

(Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind in der Abstimmung.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE –
allgemeine Unruhe und Heiterkeit –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, welche Ordnungsmaßnahmen hier zu ergreifen sind, entscheide immer noch ich. Ich weise diesen doch hörbaren Zwischenruf von Frau Bernhardt als unparlamentarisch zurück und bitte, solche Zwischenrufe oder Bemerkungen zukünftig zu unterlassen. Und jetzt sind wir immer noch in der Abstimmung.

Ich rufe auf den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/791 und frage noch mal, wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/791 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Gegenstimmen der Fraktionen der AfD und DIE LINKE, bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der AfD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 32**: Aussprache gemäß Paragraf 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Schluss mit dem ‚Schönrechnen‘“

(Torsten Renz, CDU: Schluss mit Lustig!)

„– unbequeme Fakten zur Energiewende müssen auf den Tisch“.

**Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT
zum Thema
Schluss mit dem „Schönrechnen“ – unbequeme
Fakten zur Energiewende müssen auf den Tisch**

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD Herr Borschke.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Dorsch kommt. –
Thomas Krüger, SPD: Jetzt gehts um
Klimawandel. – Peter Ritter, DIE LINKE:
Den gibts doch gar nicht.)

Ralf Borschke, AfD: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die Zeit läuft, Herr Borschke.)

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrter Herr Minister Pegel! In Ihrer Presseerklärung vom 07.06.2017 lobten Sie, dass sich die Einspeisung erneuerbarer Energien in Stromnetze in Mecklenburg-Vorpommern erheblich verbessert habe und die Übertragungsnetze kaum überlastet waren. Abregelungen in den Übertragungsnetzen sind in unserem Lande demnach kein Problem.

Hier gilt es, einiges klarzustellen. Schon mal darüber nachgedacht, dass für die Verbesserung in 2016, die übrigens dem bundesweiten Trend entspricht, unter anderem auch die allgemeine Wetterlage verantwortlich ist? Der Hintergrund für die reduzierten Eingriffe in das Übertragungsnetz ist nämlich unter anderem die geringe Wind- und Solarausbeute im letzten Jahr. Wenn der

Wind nicht so üppig weht oder die Sonne nicht so übermäßig viel scheint, muss auch nicht ganz so viel abgeregelt werden, weil eben nicht so viele prägnante Einspeisespitzen zu verzeichnen sind.

(Thomas Krüger, SPD:
Das haben Sie gut erkannt.)

Auch wenn die Übertragungsnetzbetreiber ihre Konzepte und Maßnahmen optimiert haben, blieben die Netz- und Systemsicherheitsmaßnahmen im Jahr 2016 insgesamt auf einem hohen Niveau. Wenn man sich den von Ihnen zitierten Bericht der Bundesnetzagentur nämlich mal genauer anschaut, findet man auch diese Aussagen. Sie unternehmen hier ernsthaft den Versuch, die Energiewende schönzurechnen und als Erfolgsgeschichte zu verkaufen.

(Thomas Krüger, SPD: Das tun wir.)

Gleichzeitig rechtfertigen Sie damit für unser Land den weiteren Ausbau der Windkraftanlagen, so jedenfalls Ihre Worte, und sagen, wir sind auf dem richtigen Weg. Anscheinend hoffen Sie, dass die meisten unserer Bürger nicht so ganz genau wissen, worum es geht. Und ich muss sagen, ich fühle mich da selbst ...

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Herr Krüger, Sie rauben mir meine Redezeit. Hören Sie zu! Dann können Sie sich nachher äußern,

(Thomas Krüger, SPD:
Melden Sie doch mehr an vorher! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

wenn Sie hier ans Pult kommen, und loslegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ganz einfache Sache, Ruhe, Herr Krüger, und zuhören!

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Ich frage mich jedenfalls, ich fühle mich erinnert an die DDR, da war schon einmal einer, der hat gesagt: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

(Heiterkeit bei Jürgen Strohschein, AfD)

Da denke ich: Mensch, hast du jetzt das Zentraleorgan der SED aufgeschlagen oder die „Ostsee-Zeitung“, oder was?! Also wirklich!

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, richtig. Den Spruch kennen wir auch.

Weiterhin stellen Sie in Ihrer Pressemitteilung fest, Zitat: „Im Jahr 2016 entfielen auf Mecklenburg-Vorpommern nur 0,6 Prozent aller Einspeisemanagement-Maßnahmen in Deutschland. Im Jahr 2015 hatte der Wert bei 1,3 Prozent gelegen.“ Das klingt natürlich toll, zumal auf Brandenburg mit 67,7 Prozent der höchste Wert aller Bundesländer fiel.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Dass Mecklenburg-Vorpommern trotz des geringen Anteils von 0,6 Prozent immer noch auf Platz vier von 16 Bundesländern steht und alle nachfolgenden Länder gar keine Abregelungen zu verzeichnen haben, das verschweigen Sie großzügig. Dass mit diesen Abregelungen auch Entschädigungszahlungen in Höhe von knapp 97.500 Euro verbunden sind, habe ich auch nicht gelesen in Ihrer Mitteilung. Das liegt sicherlich daran, dass diese Entschädigungszahlungen auf die Netzentgelte umgelegt werden und vom Endverbraucher über die Stromrechnung gezahlt werden müssen.

(Thomas Krüger, SPD:
Hat es die VEG auch gegeben?)

Da zahlen unsere Bürger derzeit gemeinsam mit den Bundesländern Brandenburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen fleißig Entschädigungen. Wahrscheinlich verkaufen Sie das dem Bürger dann noch als Dankeschön, weil wir hier oben im Norden das Privileg der Windenergienutzung haben.

(Tilo Gundlack, SPD: Und Dorsche!)

Fraglich ist außerdem, warum Sie nur die Abregelung der Anlagen, die direkt an das Übertragungsnetz angeschlossen sind, dargestellt haben. Diese machen lediglich 4 Prozent der gesamten Abregelungsmaßnahmen aus. Was ist dann mit den anderen 96 Prozent?

Bei den Abregelungen, die direkt in den Verteilernetzen vorgenommen wurden, lag Mecklenburg-Vorpommern laut Tabelle 12 des Berichts der Bundesnetzagentur mit einem Ausfall von knapp 317 Gigawattstunden auf Platz zwei im regionalen Vergleich. Diese Maßnahmen zur Einspeiseregulation in den Verteilernetzen haben im vergangenen Jahr in Mecklenburg-Vorpommern sogar um knapp 3 Prozent zugenommen. Auch hier stehen den Anlagenbetreibern Entschädigungen zu. Nach Schätzung der Bundesnetzagentur liegen diese für Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2016 bei knapp 30 Millionen Euro. Bezahlen muss auch dieses Mal wieder der Verbraucher über seine Stromrechnung.

Es kommt noch besser. Die Eingriffe in den Verteilernetzen sind zu fast 90 Prozent auf eine Verursachung im Übertragungsnetz zurückzuführen. Betrachtet man hier die Energieträger genauer, stellt man fest, dass knapp 94 Prozent der Ausfallarbeiten durch die Erzeugung von Windenergie an Land, also onshore, verursacht werden. Auch hier gab es eine Steigerung um 6,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, frei nach dem Motto: „Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt“.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, jetzt hätten wir alle lachen sollen, ne?)

Ja, offensichtlich ist der Landesregierung mittlerweile fast jedes Mittel recht, um die Energiewende als Erfolg zu verkaufen und den zunehmenden Widerstand

(Thomas Krüger, SPD: Ist ja auch eine Folge.)

der Bürger gegen den hemmungslosen Ausbau der Windkraft zu brechen.

(Tilo Gundlack, SPD: Jo!)

Ja, machen Sie nur weiter so mit dem Schönrechnen, und das Murmeltier wird Sie auch immer wieder begrüßen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Noch so ein Gag. –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Abschließend möchte ich hier noch einmal auf Greenpeace verweisen, die in einer Studie im Mai 2017 zu der Einsicht kamen, ein sogenannter Blackout ist möglich,

(Tilo Gundlack, SPD: Wenn Sie so weiterreden, kriegen Sie auch gleich einen.)

nämlich bei einer länger andauernden Dunkelflaute.

Interessant ist dabei auch folgendes Zitat: „Neben der zeitlichen spielt ebenso die geografische Dimension eine entscheidende Rolle: Die Analyse der Wetterdaten der genannten zweiwöchigen kalten Dunkelflaute zeigte, dass ein europäischer Ausgleichseffekt über die mit Grenzkuppelkapazitäten verbundenen Stromsysteme bei stabiler und homogener Großwetterlage nur sehr bedingt existiert. Darüber hinaus wurde ermittelt, von welcher Erzeugungstechnologie und aus welchem Nachbarland die Stromimporte während der kalten Dunkelflaute kommen.“

(Tilo Gundlack, SPD: Was ist denn eine kalte Dunkelflaute?)

„die die Versorgungssicherheit gemäß eines dem ‚Strom 2030‘-Diskussionsprozess folgenden Szenarios absichern. Erdgas-, Wasser- und Kernkraftwerke und Strom aus den Niederlanden, Frankreich und Österreich sind dominierend. Bei einem zusätzlich angenommenen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung reichen die berücksichtigten Zubauten an Grenzkuppelkapazitäten nicht aus, um die Versorgungssicherheit während der kalten Dunkelflaute zu gewährleisten.“

(Tilo Gundlack, SPD: Das wird aber schön abgelesen alles.)

„Dazu werden langfristige Flexibilitätsoptionen benötigt.“

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Können Sie das mal mit Ihren
Worten erklären, was Sie da reden?)

Damit, meine Damen und Herren, ist eigentlich alles gesagt.

(Tilo Gundlack, SPD: Nee,
Sie haben gar nichts gesagt.)

Holen Sie sich den Bericht, Herr Ritter, dann können Sie es nachlesen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Eigentlich ist
alles gesagt. – Tilo Gundlack, SPD:
Sie können es doch den Bürgern mal
erklären. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr da Cunha.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

„Schluss mit dem ‚Schönrechnen‘ – unbequeme Fakten zur Energiewende müssen auf den Tisch“ lautet der Titel der Aussprache, die die AfD-Fraktion beantragt hat.

Werte Kolleginnen und Kollegen der AfD, im Namen der SPD sage ich herzlichen Dank für dieses wichtige Thema, wobei, an dieser Stelle dürfte der Konsens zwischen unseren beiden Parteien auch schon fast sein Ende erreicht haben. Sie haben bereits hinreichend in zurückliegenden Sitzungen und nachdrücklich auch in dieser Woche wieder klargemacht, dass Sie die Energiewende für überflüssig halten und sie als Verteilung von unten nach oben einschätzen. Das sehen wir nicht so. Für uns ist klar, der Wechsel weg von den fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren ist für uns in Mecklenburg-Vorpommern, ist für uns in Deutschland, in Europa und in der Welt alternativlos und ist gerade keine Frage der Ideologie, sondern in erster Linie eine Frage der Folgekosten, die auf uns zukommen, wenn wir einfach so weitermachen wie bisher. Und glauben Sie nicht, dass diese Folgekosten erst die Generation der Enkel betreffen wird. Jede und jeder Einzelne von Ihnen, wie Sie hier sitzen, würde das, was kommt, wenn wir nichts machen, noch am eigenen Leib erleben.

Wir als SPD-Fraktion haben hier im Landtag immer deutlich gemacht, dass wir bei den Transformationskosten des Energiesystems eine gerechte Verteilung auf alle Verbraucher benötigen. Insofern ist es gut, dass die Kolleginnen und Kollegen der SPD im Bundestag beispielsweise das Netzentgeltmodernisierungsgesetz oder kurz das NEMoG doch noch gegen die Bedenken der CDU/CSU

(Marc Reinhardt, CDU: Ja!)

auf die Spur gebracht haben, denn es ist vor allem ein erster, aber sehr wichtiger Schritt, um die bestehenden Ungerechtigkeiten bei den Netzentgelten abzubauen. Und ja, wir müssen auch kritisch hinterfragen, ob die ganzen Rabatte und die Ausnahmen für die deutsche Industrie bei den Kosten von Energie gerechtfertigt sind, denn jeder Industrierabatt bedeutet in der heutigen Mechanik der Kostenverteilung, dass bei den Verbrauchern eben jene Kosten hängenbleiben.

Jeder Industrierabatt bedeutet außerdem, dass wir den zwingend notwendigen Druck, das eigene Handeln umzustellen, von der Industrie nehmen. Und jeder Industrierabatt für große Unternehmen benachteiligt all die kleinen und mittelständischen Unternehmen gerade bei uns im Land.

Doch kommen wir zurück zum eigentlichen Thema – unbequeme Fakten zur Energiewende. Nehmen wir mal an, Sie stellen fest, Ihnen geht es körperlich in letzter Zeit nicht so gut, und Sie gehen zu 100 Ärzten und lassen sich untersuchen. 99 dieser Ärzte erzählen Ihnen, Sie haben Diabetes, Sie müssen sofort aufhören, fett gebratenen Schinken zu essen und fettige, süße Krapfen. Niemand würde allen Ernstes behaupten, das ist eine Verschwörung, man will mir den Schinken und die Krapfen wegnehmen. Die 99 Ärzte lügen. Jeder, aber auch wirklich jeder vernünftige Mensch würde sagen, okay, ich muss jetzt wohl mal handeln, sofort.

Einige haben es bestimmt gemerkt, ich habe mich gerade frei bei Barack Obama bedient, ganz einfach, weil dieser Vergleich zur Diskussion über den Klimawandel

und damit dem Hauptgrund, warum wir die Energiewende angehen, ein verdammt treffender Vergleich ist. 99 Prozent der Wissenschaftler, die sich mit Klimafragen auseinandersetzen, sagen uns, die Erde wird signifikant wärmer. Wir bekommen ernsthaft Probleme, wir müssen jetzt etwas tun und unbequeme Fakten aus der Energiewende auf den Tisch legen.

Eine Atmosphäre, die um ein Grad wärmer wird, nimmt sieben Prozent mehr Wasser auf. Wir haben die Bilder des überfluteten Berlins vor anderthalb Wochen noch vor Augen, von Dörfern in der Uckermark, die zwar nicht an einem Fluss liegen, und in denen trotzdem tagelang das Wasser kniehoch stand. Wetterphänomene wie Starkregen nehmen heute bereits deutlich zu. Diese Wetterphänomene sorgen für Schäden, die jeder Hausbesitzer an den inzwischen nahezu jährlich steigenden Beiträgen für die Wohngebäudeversicherung ablesen kann.

Die Münchener Rückversicherung, die heute Munich Re heißt, hat kürzlich Daten zu schadensrelevanten Naturereignissen veröffentlicht. Seit 1980 hat sich die Zahl dieser schadensrelevanten Wetterereignisse weltweit verdreifacht. Verdreifacht!

In der letzten Woche und am Wochenende hat es die japanische Insel Kyūshū erwischt. Starkregen – der dort stärkste je gemessene seit Beginn der Wetteraufzeichnungen – hat mindestens 18 Menschenleben gefordert, mindestens 27 Personen sind immer noch vermisst. Die Schäden sind noch lange nicht bezifferbar. Wir reden nicht von Erdbeben oder Vulkanausbrüchen, die eine ganze Region verwüsten. Wir reden von Regen! In Deutschland sind vor allem schwere Gewitter auf dem Vormarsch, die allein im vorigen Jahr Schäden in Höhe von 3 Milliarden Euro verursacht haben. Schluss mit dem Schönrechnen! Wenn wir bei der Energiewende weltweit versagen, dann werden diese Kosten weiter deutlich steigen.

2013 waren wir schon einmal – nur in Deutschland! – bei 6 Milliarden Euro, dem Doppelten aus dem letzten Jahr, 6 Milliarden Euro für Schäden allein durch schweres Gewitter. Auch das sind Kosten der Energiewende, Kosten, die deutlich steigen werden, wenn wir weiterhin im Klein-Klein tatenlos verharren.

In Hamburg ist gerade der G20-Gipfel zu Ende gegangen. Abseits der alles überschattenden Krawalle hat der Gipfel auch zu Entscheidungen geführt. Zumindest ein positiver Lichtblick ist, dass sich dieser US-Präsident nicht mit seiner Agenda durchsetzen konnte und dass die Ziele von Paris immer noch verfolgt werden.

Ich möchte kurz aus dem beschlossenen Hamburger Aktionsplan zu Klima und Energie für Wachstum zitieren. Dort heißt es, Zitat: „Erneuerbare Energiequellen und andere saubere Energietechnologien spielen eine maßgebliche Rolle beim Übergang der G20-Volkswirtschaften zu nachhaltigen Energiesystemen mit geringem CO₂-Ausstoß, was wiederum zahlreiche weitere Vorteile birgt, darunter die Schaffung von Arbeitsplätzen, weniger Luftverschmutzung und bessere Energieversorgungssicherheit.“ Zitatende. Und nein, die Beschlüsse aus Hamburg sind kein großer Schritt gewesen. Sie sind leider nur der kleinste gemeinsame Nenner, der auf internationaler Ebene möglich ist. Dieses Tempo wird aber nicht ausreichen, um die Ziele von Paris zu erreichen.

Im Vorfeld des Gipfels hat sich eine Gruppe von Wissenschaftlern, unter anderem das renommierte Potsdamer Institut für Klimaforschung, mit einem eindringlichen Appell an die Gipfelteilnehmer gewandt, jetzt endlich die Handbremse zu lösen und die Verhinderung einer Klimakatastrophe ernsthaft anzugehen. „Mission 2020“ nennt sich diese Gruppe, weil wir bis 2020 weltweit endlich anfangen müssen, dem pyromanen Zeitalter der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas nachhaltig Adieu zu sagen. Bis 2020, so die Forderung, müssen wir beim Thema Klimaschutz endlich in die Gänge kommen, müssen wir unsere Anstrengungen deutlich verstärken, um die im Pariser Klimaabkommen festgelegten Ziele von maximal zwei Grad Temperaturanstieg zur vorindustriellen Zeit überhaupt noch einhalten zu können. Dass dieses Ziel gehalten werden soll, das haben selbst die G20-Staaten in Hamburg beschlossen, nur eben ohne die nötige Konsequenz in den Handlungen.

Ich rufe noch einmal in Erinnerung: Selbst eine Erhöhung der Atmosphärentemperatur nur um zwei Grad führt zu einem 15 Prozent höheren Wasseranteil, der wiederum irgendwo abregnen muss. Die Forderungen von „Mission 2020“ sind ambitioniert, aber sie sind allesamt machbar: keine neuen Kohlekraftwerke ab 2020, alte Kraftwerke kontinuierlich vom Netz, insgesamt raus aus der Kohle, Wälder wieder aufforsten, unsere Äcker nachhaltig bewirtschaften und Bodenerosion stoppen, was bei uns im Land zum Beispiel bedeutet, wieder mehr Hecken zu pflanzen, den Lkw-Verkehr deutlich schadstoffärmer zu gestalten, ÖPNV attraktiver zu machen, Schluss mit dem Billigfleischsirrinn und der Maßlosigkeit der Industrienationen.

(Holger Arppe, AfD: Da werden sich die Hartz-IV-Empfänger aber freuen.)

Der Anteil an Elektrofahrzeugen bei den Autoverkäufen weltweit müsste bis 2020 auf 15 bis 20 Prozent steigen. Norwegen hat da klare Ziele, wann der letzte Verbrennungsmotor verkauft werden soll, und verkauft heute schon fast 40 Prozent Elektroautos. Volvo stellt in Schweden nach 2019 kein einziges Fahrzeug mehr mit reinem Verbrennungsmotor her. Frankreich setzt dem Verbrennungsmotor 2040 ein Ende, China will die Elektrifizierung des Verkehrs jetzt. Tesla hat endlich die Produktion des Models 3 begonnen, für das weltweit bereits über 400.000 Vorbestellungen eingegangen sind.

15 Prozent Elektrofahrzeuge sind machbar. Die Welt macht sich bereits auf den Weg. Und wenn die deutsche Automobilindustrie nicht endlich anfängt, brauchbare, markttaugliche Ergebnisse zu liefern, dann werden wir in Deutschland Zehntausende Industriejobs in Gefahr bringen, sodass diese einfach wegbrechen.

Ich darf an dieser Stelle übrigens die Deutsche Post loben, den vermeintlich schwerfälligen Beamtenkoloss, der trotzdem das Rückgrat der New Economy, zumindest des Versandhandels ist. Die Deutsche Post ist gerade mit Nachdruck dabei, ihre Fahrzeugflotte zu elektrifizieren. Und weil der Markt in Deutschland keine vernünftigen Angebote bereit hat, stellt man die Fahrzeuge einfach selbst her, und das auch noch sehr kostengünstig. Das, werte Kolleginnen und Kollegen, nenne ich gutes und vorausschauendes Unternehmertum!

Sprechen wir von den Kosten der Energiewende. Die Forschungsgruppe „Mission 2020“ taxiert die jährlich notwendigen Finanzinvestitionen,

(Holger Arppe, AfD:
Eher „Mission: Impossible“.)

wollen wir den Klimawandel auf ein für uns Menschen erträgliches Niveau begrenzen, auf über 1 Billion US-Dollar. 1 Billion US-Dollar! Das klingt erst mal nach verdammt viel Geld, und das ist es auch. Das ist knapp das 110-Fache unseres Landeshaushaltes. Zum Glück müssen wir es nicht allein stemmen.

Jetzt setzen wir aber einmal daneben, dass die Welt allein im vorigen Jahr 1,6 Billionen US-Dollar für Waffen ausgegeben hat. Wer erzählt, wir können nicht 60 Prozent der weltweiten Militärausgaben aufbringen, um den Klimawandel zu begrenzen, der hat wahrscheinlich den Twitter Account des US-Präsidenten als Hauptnachrichtenquelle. Und wenn ein Donald Trump fordert, dass wir in Deutschland 30 Milliarden Euro jedes Jahr mehr für die Bundeswehr ausgeben sollen, dann kann ich meinem Parteivorsitzenden Martin Schulz nur zustimmen: 2 Milliarden reichen auch aus. Nehmen wir lieber die anderen 28 Milliarden Euro Differenz, um die Energiewende in Deutschland sozial gerecht voranzubringen, um das Klima unseres Planeten in einem für die Menschen günstigen Rahmen zu halten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hörte sich gestern alles ein bisschen anders an.)

Unbequeme Fakten auf den Tisch, gern doch: Von den Ländern weltweit, die über ein gut ausgebautes Autobahnnetz verfügen, ist Deutschland das einzige Land, das kein generelles Tempolimit auf Autobahnen hat. Wir werden es wohl auch nicht erleben, zumindest nicht in diesem Bundestagswahlkampf, dass irgendeine Partei in diesem Landtag ein Tempolimit fordert, denn das wäre in Deutschland politischer Selbstmord.

(Holger Arppe, AfD: Die GRÜNEN wieder.)

Ich muss zugeben, ich fahre auch gern knapp über 130. Aber lassen wir die persönlichen Befindlichkeiten bezüglich schnellen Autofahrens einfach mal beiseite. Wenn auf deutschen Autobahnen jeder Autofahrer völlig freiwillig, also ohne Tempolimit trotzdem nur noch 130 Kilometer pro Stunde fahren würde, dann würden vier Dinge eintreten:

Erstens. Wir würden alle viel entspannter am Ziel unserer Reise ankommen.

Zweitens. Der Spritverbrauch für Autofahrten würde deutlich sinken und damit natürlich auch die CO₂-Emissionen.

Drittens. ÖPNV-Angebote würden plötzlich auch zeitlich deutlich attraktiver.

Viertens. Der wichtigste Punkt aber wäre, der Bedarf an großen Oberklassefahrzeugen mit großen Motoren, mit denen man bequem sehr schnell fahren kann, würde deutlich sinken.

Mit 130 Kilometern pro Stunde kommt man auch mit einem kleinen Fahrzeug mit einem kleinen Motor und geringem Verbrauch bequem an sein Ziel.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr da Cunha, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Professor Dr. Weber?

Philipp da Cunha, SPD: Natürlich.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön.

Dr. Ralph Weber, AfD: Herr da Cunha, vor 30.000 Jahren hatten wir eine Wärmeperiode, da war es um knapp vier Grad wärmer als heute. Können Sie mir beantworten, was die Neandertaler alles verbrannt haben, damit das damals so warm geworden ist?

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Na Holz! Holz!)

Philipp da Cunha, SPD: Unter anderem Holz.

Dr. Ralph Weber, AfD: Das ist also für Sie ...

Darf ich nachfragen?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Herrn Professor Dr. Weber? (Zustimmung)

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Bitte schön, Herr Professor.

Dr. Ralph Weber, AfD: Das ist also für Sie kein Argument gegen einen menschengemachten Klimawandel und das Argument dafür, dass der Klimawandel ein Naturprodukt ist?

(Zuruf von Susann Wippermann, SPD)

Philipp da Cunha, SPD: Ich habe es vorhin ausgeführt: Das ist ein Prozent der Wissenschaftler, die dann sagen, es war genau diese Wärmeperiode. Aber wahrscheinlich haben Sie gerade davon gelesen, es tut mir leid.

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Egbert Liskow, CDU)

Ich kann Ihnen gern auch etwas von den 99 Prozent geben.

(Jochen Schulte, SPD: Mach weiter!)

Kommen wir zurück zum eigentlichen Thema.

Wenn wir übrigens nicht anfangen, den Effizienzgewinn bei den Verbrennungsmotoren umzusetzen – Motoren wurden in den letzten Jahrzehnten immer effizienter, aber der Spritverbrauch der Fahrzeuge ist so gut wie gar nicht gesunken, da die Autos immer größer und schwerer werden, immer mehr Zusatzangebote enthalten, mit denen man gut Geld verdienen kann, aber nicht die Umwelt schont –, wenn die deutschen Automobilbauer die Energiewende nicht schnellstmöglich auf die Straße bringen, sprich auch im Massenmarkt bezahlbare Elektrofahrzeuge anbieten, dann gefährdet das mittelfristig Zehntausende gut bezahlte Industriearbeitsplätze in unserem Land. Dass dies zu massiven Folgekosten für unsere Wirtschaft und unsere Sozialsysteme führen würde, muss ich wohl gar nicht betonen. Und das ist nur im Bereich Verkehr.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ja, bei der gerechten Verteilung der Transformationskosten der Energiewende

müssen wir am Ball bleiben. Das ist doch kein Geheimnis, das haben wir auch nie bestritten und nie schönge-redet. Nur wenn wir die Energiewende gerecht gestalten, wird diese auch die Akzeptanz der Bevölkerung finden. Insbesondere bei der Frage der volatilen Einspeiser, also bei Sonne und Wind, liegen die aktuellen Herausforderungen zudem in der Speicherung der Energie. Ja, wenn ich Überschusswindstrom in Wasserstoff umwandle und ihn dann in einer Brennstoffzelle für einen Pkw nutze, dann ist der rechnerische Wirkungsgrad nicht sonderlich hoch, aber auch nicht wirklich schlecht. Und seien wir einmal ehrlich: Die ersten Dampfmaschinen hatten deutlich schlechtere Wirkungsgrade und wurden trotzdem gebaut und frenetisch gefeiert.

Statt darüber zu lamentieren, dass die Wirkungsgrade bei Erneuerbaren so schlecht sind, sollte man lieber zwei Dinge im Hinterkopf behalten:

Erstens. Sonne und Wind müssen nicht extra erzeugt werden, sondern sind, wenn sie da sind, einfach da, und zwar im übergroßen Umfang, man muss sie nur nutzen.

Zweitens. Unsere Anstrengungen müssen wir da hineinlegen, die Effizienz der Speicherung und Nutzung der erneuerbaren Energien noch deutlicher zu verbessern.

Ich komme zum Schluss.

Die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens werden wir in Deutschland allein nicht lösen können, aber ich gehe davon aus, wenn wir weitere Anstrengungen an der Stelle unternehmen, kommen wir Schritt für Schritt zum Ziel und bekommen es auch hin, die Energiewende sozial gerecht und für alle bezahlbar zu machen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Windlobby.)

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die AfD-Fraktion macht weiter mit ihrem Feldzug gegen die Energiewende und gegen die erneuerbaren Energien. Sie steht ...

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Enrico Komning, AfD)

Sie steht ...

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Klatschen Sie ruhig weiter!

Sie steht für die Rückkehr zur Atomenergie

(Enrico Komning, AfD: Oh!
Wo haben Sie das denn her?)

und nach Aussagen von Herrn Strohschein sogar auch für ein Endlager in Mecklenburg-Vorpommern. Das nenne ich tatsächlich Interessenvertretung für Wählerinnen und Wähler.

(Jürgen Strohschein, AfD: Eine Lüge!)

Ja, ich habe gehört, dass Sie inzwischen zurückrudern,

(Jürgen Strohschein, AfD:
Das habe ich so nie gesagt.)

aber es glaubt Ihnen keiner so recht.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Es wird immer deutlicher, welche Energiepolitik Sie wollen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ihr Name ist Programm: AfD – Atomenergie für Deutschland.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Das lehnt DIE LINKE rigoros und konsequent ab. Sie werfen allen immer vor – auch heute wieder mit diesem Antrag oder mit dieser Aussprache –, wir würden bei der Energiewende etwas schönrechnen, etwas verschleiern und unehrlich sein.

(Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

Aber was machen Sie denn eigentlich? Haben Sie sich denn mal die Mühe gemacht, hinter die Kulissen der Atomwirtschaft zu schauen?

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Ja!)

Haben Sie sich mal gefragt, welche Wahnsinnsfolgen die Nutzung des Atomstroms hat?

(Dirk Lerche, AfD: Die Entwicklung ist weitergegangen.)

Von 60 Jahren Atomstrom haben 30.000 Generationen etwas. Bis 2010 beliefen sich die Kosten allein für die Nutzung der Kernenergie auf über 300 Milliarden Euro. Wie gesagt, bis 2010. Der größte Batzen kommt ja erst noch, da wir und unsere nachfolgenden Generationen die Lasten der Nutzung der Kernenergie noch Hunderte von Jahren zu tragen haben. Allein die Endlagersuche verschlingt Milliarden. Der Bau wird weitere Milliarden verschlingen und erst recht der Betrieb eines Endlagers wird die Kosten explodieren lassen. Aber was solls, nach uns die Sintflut! Sollen sich doch die nach uns Kommenden damit herumplagen!

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD,
und Holger Arppe, AfD)

Auch durch die Verstromung der Kohle kamen und kommen auf die Bevölkerung sehr hohe dreistellige Milliardenbeträge zu.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Den Kohlepfennig gibt es zwar nicht mehr, aber die Renaturierung der Mondlandschaften und die Entschädigung der Bewohner, die dem Kohlebagger weichen müssen, kosten Unsummen. Das alles verschweigen Sie in der Debatte. Und dann erst die Folgen des Klimawandels!

(Zuruf von Holger Arppe, AfD)

Aber darauf will ich nicht so sehr eingehen. Erstens hat es Herr Kollege da Cunha gemacht und zweitens gibt es den ja für Sie gar nicht.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Da kann man natürlich auch diese Kosten in den Skat drücken.

(Ralf Borschke, AfD: Da haben
Sie wieder nicht zugehört!)

Übrigens, um die Frage von Herrn Professor Weber zu beantworten: Natürlich ist am Klimawandel auch ein natürlicher Anteil.

(Dr. Ralph Weber, AfD: 99,999 Prozent.)

Es geht aber heute um die Geschwindigkeit, mit der er vorangeht, und dessen Folgen, die wir nicht mehr beherrschen können, und das ist menschengemacht.

(Der Abgeordnete Jürgen Strohschein
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Dr. ...

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ich beantworte keine Fragen.

Ja, meine Damen und Herren, die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben, das wissen wir sehr wohl und verschließen davor auch nicht die Augen. Auch hier werden wir über hohe Milliardenbeträge sprechen. Doch reden wir dabei von Investitionen in erneuerbare Energien, die nicht endlich sind.

(Der Abgeordnete Thomas de Jesus Fernandes
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Wir reden von sauberer Energie ohne Endlagerprobleme, ...

(Martina Tegtmeier, SPD:
Sie beantwortet keine Fragen.)

Ich beantworte keine Fragen.

... ohne massive Verschmutzung der Umwelt, ohne das Wegbaggern von ganzen Landstrichen. Meine Fraktion steht hinter dem Ziel der Energiewende. Es gibt dazu keine Alternative. Aber wir wollen einen anderen Weg, einen sozialeren Weg einschlagen. Uns geht es um den ökologischen Umbau des Energiesystems und uns geht es auch um den sozialen Umbau. Die Kosten für den ökologischen Umbau müssen endlich gerecht verteilt werden. Dazu gehören die Abschaffung der unberechtigten Privilegien der Industrie, die Senkung der Stromsteuer beziehungsweise der Umbau zu einer CO₂-Steuer. Die sollen zahlen, die die schädlichen Emissionen verursachen. Wir wollen die solidarische Angleichung der Netzentgelte auf allen Spannungsebenen

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

und ein soziales Tarifsysteem, welches Anreize zum Stromsparen gibt.

Übrigens, Herr Minister, dass die solidarische Wälzung der Übertragungsnetzentgelte nun bis Ende 2022 erreicht sein soll, das ist für mich eigentlich kein gutes Ergebnis. Was soll das unseren Bewohnern noch bringen?

Und außerdem, Herr da Cunha, daran waren auch Ihre Ministerpräsidentenkollegen – allen voran Frau Kraft – beteiligt, dass das erst jetzt was geworden ist.

(Vincent Kokert, CDU:
Das stimmt natürlich. –
Egbert Liskow, CDU: Und die
Brandenburger auch.)

Ja, natürlich, die Brandenburger auch. Alle Kohleländer waren daran interessiert, das nicht zu machen.

(Torsten Renz, CDU:
Was sagt uns das jetzt, wenn auch
die Brandenburger beteiligt waren? –
Zurufe von Jochen Schulte, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Dass wir keine Kohle haben, das war eine gute Antwort, Herr Schulte.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Dann lassen Sie uns wenigstens ernsthaft die Probleme der Verteilnetze angehen. Sie haben ja unseren Vorschlag, eine Landesnetzgesellschaft zu gründen, abgebügelt, aber genauso, wie der Bund die Wälzung regeln kann – noch mal sei betont, deutlich anders als jetzt angedacht –, genauso kann dies das Land tun, nämlich auf gesetzlicher Grundlage.

Meine Damen und Herren, am Ende noch ein Wort an den Energieminister: Herr Pegel, man kann Ihnen ja nicht vorwerfen, dass Sie mit Ihrer Pressemitteilung vom 7. Juni 2017 zur Einspeisung der erneuerbaren Energien gelogen hätten, doch Sie haben in der Tat wichtige Fakten weggelassen, und das ist ein Fehler.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Unverzeihlich!)

Genau dieses Verhalten bringt die Menschen dazu, Politik abzulehnen oder nicht mehr ernst zu nehmen. Warum sind Sie nicht offensiv damit umgegangen, dass wir nach wie vor erhebliche Mengen an erneuerbarem Strom auf Deutsch gesagt wegschmeißen? Es gibt doch Lösungsmöglichkeiten, wie das Problem in den kommenden Jahren behoben werden kann. Mit Ihrer Pressemitteilung brechen Sie genau solche Debatten vom Zaun, wie sie die AfD hier angezettelt hat.

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

Sie haben die Verantwortung, offen und ehrlich Probleme und Herausforderungen transparent zu kommunizieren. Mit solchen Aktionen erweisen Sie der Energiewende einen Bärendienst und kippen Wasser auf die Mühlen der Gegner der Energiewende.

(Holger Arppe, AfD: Herr Pegel
war mir schon immer sympathisch.)

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Franz-Robert Liskow.

Franz-Robert Liskow, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen! Ich kann für meine Fraktion in Anspruch nehmen, dass wir uns immer für einen moderaten Ausbau der erneuerbaren Energien und eine konsequente Beachtung des energiepolitischen Dreiecks eingesetzt haben. Die Ausrichtung der Energiepolitik muss unseres Erachtens die im Energiewirtschaftsgesetz festgeschriebenen Prämissen Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Sozialverträglichkeit berücksichtigen. Deshalb setzen wir uns nach wie vor dafür ein, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Modernisierung der Netzinfrastruktur gleichermaßen vorangetrieben werden.

Klar ist, dass sich die Strompreise in Deutschland seit der Jahrtausendwende gerade für private Haushalte mehr als verdoppelt haben. Derzeit zahlen wir deutschen Verbraucher die zweithöchsten Energiepreise in Europa. Die EEG-Umlage beträgt 6,88 Cent. Hinzu kommen zusätzliche Kosten für die Netzentgelte in Höhe von 7,48 Cent. Diese Netzentgelte werden sich für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes durch die von der Bundeskanzlerin herbeigeführten Entscheidung in Zukunft reduzieren.

Und, lieber Herr Kollege da Cunha, ich möchte Frau Schwenke ungern zustimmen, aber es war doch wohl so, dass hauptsächlich Frau Kraft und die SPD-geführten Bundesländer in Westdeutschland dafür gesorgt haben, dass es diese Einigung nicht schon viel früher gegeben hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich persönlich bin sehr froh, dass dieser Kompromiss ein erster Schritt ist, um unsere Bürger zu entlasten, auch wenn die Stromkosten nach wie vor bei uns am höchsten sind. Doch von einer Schönrechnerei kann hier nicht die Rede sein. Jeder von Ihnen kann auf seiner Stromrechnung sehen, woraus sich die Strompreise zusammensetzen. Deshalb ist von einem Schönrechnen der Energiewende nicht mehr zu reden. Die Kosten steigen und gerade für sozial Schwache und für energieintensive Unternehmen werden sie zur Belastung.

Klar ist aber auch, dass sich nach dem Reaktorunglück von Fukushima die Gesellschaft einen Ausstieg aus der Kernenergie und einen Umstieg in die erneuerbare Energiepolitik wünschte. Inwieweit die Befürworter der Energiewende die damit einhergehenden Herausforderungen seinerzeit überblickt haben, vermag ich heute nicht zu beurteilen. Das hilft uns hier auch nicht weiter. Die Bundesregierung verfolgt mit der Umsetzung der Energiewende einen gesamtgesellschaftlichen Beschluss und hat hierfür eine demokratische Legitimation.

Dass mit der Umsetzung dieser Maßnahmen erhebliche Herausforderungen sowohl für den privaten Haushalt als auch für die Wirtschaft verbunden sind, ist selbstverständlich. Umso wichtiger ist es, den Preisanstieg dort, wo es möglich ist, zu mindern. Mit den Novellen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2014 und 2016 hat die Bundesregierung gegen erhebliche Widerstände der Umweltverbände und der Erneuerbare-Energien-Branche Maßnahmen zur Reduzierung des Preisanstieges aufgenommen.

Dass mit der Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern zahlreiche Arbeitsplätze entstanden sind und entstehen, ist dennoch ausdrücklich zu begrüßen. Meine Fraktion hat nie verhehlt, dass aufgrund der erhöhten Strompreise ebenso eine Gefährdung von Arbeitsplätzen sowohl im Handwerk als auch in energieintensiven Industrien zu verzeichnen ist. Hier einen moderaten Ausgleich aller Interessen zu finden, war immer Ziel unserer Energiepolitik. Dieses Ziel werden wir auch in Zukunft nicht aus den Augen verlieren und uns für einen moderaten Umbau der Energieproduktion mit gleichzeitigem Ausbau der Netzinfrastruktur und einer wirtschaftlichen Entwicklung der Speichertechnologien einsetzen.

Schöngerechnet hat sich meine Fraktion die Energiewende bisher nicht und wird das auch in Zukunft nicht tun. Nur wenn der Endverbraucher und somit der Wähler weiß, welche Kosten und Herausforderungen mit den einzelnen Maßnahmen der Politik einhergehen, kann er eine demokratische Entscheidung an der Wahlurne treffen. Hierfür werden wir auch in Zukunft stehen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Holm.

Leif-Erik Holm, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich rechnen Sie diese Energiewende schön. Wenn es Ihr Ziel ist, das Weltklima zu retten, dann erreichen Sie dieses Ziel mit dieser Energiewende schon mal nicht, denn der CO₂-Ausstoß steigt und liegt weit über dem Limit.

(Jörg Heydorn, SPD: Sie sollten besser Radio machen!)

Die neue McKinsey-Langzeitstudie,

(Jörg Heydorn, SPD: Radio machen sollten Sie! Vielleicht verstehen Sie davon ein bisschen was! –
Dr. Ralph Weber, AfD: Immerhin versteht er von irgendwas was, anders als Sie!)

die neue McKinsey-Studie verrät Ihnen auch, dass dieses Projekt extrem teuer ist und teurer wird. Die Kosten steigen munter weiter und die Zahl der Ökostromjobs sinkt. Schauen Sie sich diese verheerenden Zahlen an! In elf der gemessenen Kriterien haben sie sich zum Schlechten entwickelt und es ist auch nicht absehbar, sagen die Forscher, dass die Energiewende sich irgendwann selbst trägt. Nur die massiven Subventionen halten dieses Nonsensprojekt des Jahrhunderts am Leben, das muss man feststellen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Von wegen Jobmotor! Die Zahl der Beschäftigten im Bereich der erneuerbaren Energien geht seit vier Jahren in Folge zurück. Ja, wir haben ein paar Arbeitsplätze hier bei uns im Land geschaffen, aber wie sicher sind die?! Das ist die Frage: Wie sicher sind die angesichts der desaströsen Ergebnisse dieser Energiewende?

Die Kosten sind immens. Die Umlage ist zum Jahreswechsel wieder gestiegen, um 8 Prozent diesmal, Tendenz weiter steigend, sagen die Forscher. Das Preis-

niveau für Strom liegt um fast 50 Prozent über dem europäischen Durchschnitt. Wir in Mecklenburg-Vorpommern liegen noch mal drüber. Wir haben bekanntermaßen die höchsten Strompreise, auch dank der Netzentgelte hier bei uns im Land.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Schauen Sie sich die Gesamtkosten dieser Energiewende an! Die steigen bis 2025 auf 77 Milliarden Euro,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Richtig, Herr Holm!)

und nicht kumuliert, sondern jährlich. Jährlich 77 Milliarden!

(Der Abgeordnete Philipp da Cunha bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich habe leider keine Zeit. Geht leider nicht.

Das ist mit 77 Milliarden, mit denen wir rechnen müssen bis 2025, ein Viertel des heutigen jährlichen Bundeshaushaltes. Das muss man sich vorstellen! Wir retten weder das Weltklima, noch können wir bisher tatsächlich auf Kernkraftwerke verzichten, im Zweifel kaufen wir den Atomstrom aus dem Ausland dazu. Das ist natürlich bigott, das so zu tun. Die Ziele werden allesamt nicht erreicht und die Bürger müssen immer tiefer in die Tasche greifen, um Merkels Schnellschuss ohne Sinn und Verstand zu bezahlen. Sie rennen hier,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Vincent Kokert, CDU: Na, na, na! –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Sie rennen hier entweder einer ideologischen Wunschvorstellung nach oder niemand von Ihnen will zugeben, dass diese Energiewende ein großer Fehler war. Wir als AfD sagen: Diese Energiewende ist gescheitert, das EEG muss weg!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat jetzt der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ist das Murretier ein bisschen im Wahlkampfmodus, wie wir gerade feststellen konnten. Ich habe auf jeden Fall eine Aufgabe für meine Sommerferien. Ich werde bei YouTube mal schauen, ob Murretiere eigentlich Geräusche machen,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE –
Holger Arppe, AfD: Die pfeifen. –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

und werde vermutlich in meinem Sommerurlaub mit den Kindern üben.

Das fanden wir auch deshalb erforderlich, weil ich glaube, dass man diese Aussprachenreihe noch sinnvoll fortsetzen kann, meine Damen und Herren. Ich könnte mir beim nächsten Mal eine Aussprache vorstellen unter

der Überschrift „Schluss mit dem Schönreden: Was Sie schon immer mal über die Kosten und wahren Folgen von Atomkraft und deren Endlagerung in Deutschland wissen wollten“. Oder beim übernächsten Mal: „Schluss mit dem Schönhoffen: Was der Klimawandel mit seinen menschlichen Einflüssen tatsächlich für eine Küstenregion wie Mecklenburg-Vorpommern bewirkt“.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Einen breiten Strand.)

Ich fände, das wären zwei schöne Themen, um auch mal zu gucken, ob all das, was Sie ein Stück weit als Feindobjekt ausgemacht haben, nicht ein ganzes Stück weit bei weitsichtiger Politik im ureigensten Interesse gerade dieses Bundeslandes ist.

Ich würde an der Stelle, das erlauben Sie mir, Frau Vizepräsidentin, auch noch ein bisschen widersprechen. Ihr Hinweis, dass die AfD-Fraktion das allererste Mal auf das Thema Energiewende gekommen sei, weil ich eine Pressemitteilung gemacht habe mit den Kolleginnen und Kollegen, scheint mir in meiner Erinnerung – zumindest der letzten fünf oder sechs Landtagssitzungen dieses Hohen Hauses –,

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

freundlich formuliert, auf dünnem Eis argumentativ. Ich will gleichwohl eingestehen, dass wir beim nächsten Mal unsere Pressemitteilung gern noch mal genauer angucken. Nur glücklich bin ich damit nicht, weil sie in der Tat ganz viele Diskussionen ausgelöst hat. Aber vorzutragen, die AfD hat das erste Mal das Thema entdeckt,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Nee, diese Debatte.)

das fände ich angesichts der Sitzungen bisher nicht überzeugend.

Meine Damen und Herren, wenn wir die Aussprache angucken, haben Sie mich deshalb überrascht, weil ich mich schon darauf gefreut habe, welchen Antrag Sie diesmal machen, um das Thema hochzuziehen. Dass die AfD sich nicht mal mehr die Mühe macht, Anträge zu formulieren, sondern sagt, komm, das ist bloß Arbeit, wir machen jetzt nur noch Aussprachen, nehme ich zur Kenntnis.

Zweitens. Ich nehme zur Kenntnis ...

(Der Abgeordnete Jürgen Strohschein
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Lassen Sie mich zum Ende kommen und dann hinterher gerne, also wenn ich dann noch Redezeit habe, gerne. Ich will bloß vermeiden, dass wir hier den Rahmen sprengen.

(Torsten Renz, CDU: Der Minister
hat unendlich Redezeit.)

Ja, aber das hat immer Folgen für das restliche Parlament. Das habe ich gelernt in der Geschäftsordnung.

(Torsten Renz, CDU: Sehr gut.)

Beinahe ...

(Vincent Kokert, CDU:
Dann redet das Murmeltier wieder. –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Das andere Murmeltier.

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

Meine Damen und Herren, die Diskussionen der letzten neun Monate haben gezeigt, Ihnen ist beinahe jedes Mittel recht, um zu sagen, die Energiewende muss bekämpft werden. Das kann man politisch alles tun. Ihr letzter Beitrag war total offen. So offen hätte ich mir die Diskussion auch in den letzten neun Monaten gewünscht. Dann werden Sie aber auch aushalten müssen – und das war Herrn Borschkes Hinweis –, ich würde immer sagen, es sei eine Erfolgsgeschichte. Ja, davon bin ich auch überzeugt und das Glückliche ist, ich bin nicht ganz allein in diesem Hohen Hause damit.

Es ist eine Erfolgsgeschichte, die ich weiter fortsetzen will mit weiterhin geordnetem, ruhigem Ausbau, wenn Sie unsere Zahlen angucken. Ja, ich bin überzeugt, es ist eine Erfolgsgeschichte, weil ich davon ausgehe, dass wir den Atomausstieg schaffen wollen und schaffen können und dass es sinnvoll ist. Ich erinnere nur noch mal an die hin und wieder gegebenen Hinweise, was alleine die Endlagerung an Kosten für mich und die Generation, die zum Beispiel jetzt im Zuschauerraum sitzt, bedeutet, die alle in Ihren Strompreisen in den 60ern nicht dringesteckt haben, die Sie immer noch argumentativ vor sich hertragen, die aber gleich in Milliardenbeträgen sind, wo ich die Kommastellen zählen muss, ob man wirklich bei der richtigen Milliardensumme ist. Die werden dabei gerne von Ihnen unterschlagen.

Ich glaube ebenfalls, dass es eine Riesenerfolgsgeschichte ist, weil wir in der Tat beim Klimawandel, bei dem Teil, der menschenhandgemacht ist, der Geschwindigkeitsdynamik, die der Mensch verursacht hat, dass wir an der Stelle dringend handeln müssen und ein Stück weit auch was erreichen können.

Und, meine Damen und Herren, ich bin ebenso bei den Arbeitsplätzen durchaus davon überzeugt, dass wir eine Erfolgsgeschichte haben. Ich nehme zur Kenntnis, Herr Holm, dass Sie sagen, als Fraktionsvorsitzender der AfD, als Berliner Weltökonom sind mir 14.000 bis 15.000 gut bezahlte Dauerarbeitsplätze in diesem Land nichts wert. Das nehme ich zur Kenntnis. Ich kann Ihnen sagen, industriepolitisch ist dieses Land Anfang der 90er schwer auf den Rücken gefallen und wir brauchen jeden Gewerbe- und Industriearbeitsplatz in diesem Lande, der neu entsteht, vor allen Dingen in Zukunftsbranchen. Die Durchschnittseinkünfte liegen bei circa 34.000 Euro. Wenn Sie schauen, wie hoch die Durchschnittseinkünfte landesweit sind, dann wissen wir, dass wir damit ein deutlich besseres Niveau anbieten können, als das bisher leider in vielen anderen Branchen erreicht ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht in Diskussionen leider oft ums Diskreditieren der Energiewende, es geht um sehr prinzipielle ideologische Streitigkeiten. Das kann man so führen. Ich würde lieber das Problem lösen.

(Leif-Erik Holm, AfD: Gehen Sie
doch mal auf die Argumente ein!)

Ganz ruhig! Ich komme schon noch zu Ihnen, Herr Holm. Bleiben Sie ruhig dabei! Hören Sie mir gern weiter zu, genau, wie ich es bei Ihnen ja auch getan habe. Ganz entspannt höre ich Ihnen gerne zu.

Es geht Ihnen vor allem ums Diskreditieren, es geht Ihnen darum, Probleme zu beschreiben, und da sind wir einfach auf unterschiedlichen Kontinenten unterwegs. Ich nehme Probleme gern zur Kenntnis, aber ich schreibe mir dann lieber ins Stammbuch, sie lösen zu wollen, als sie zu bedauern und zu bejammern. Ich würde gerne weniger schwarzmalen, sondern mehr Gesellschaft entwickeln, weil ich überzeugt davon bin, dass es nach vorne gehen muss und dass Dinge, die vielleicht suboptimal laufen – und die haben Sie bei jedem Prozess, den Sie anstoßen –, identifiziert und dann gelöst werden müssen, aber nicht permanent wie eine Monstranz vor sich hergetragen werden sollen.

Meine Damen und Herren, ich würde jetzt gerne konkretere Punkte aufgreifen, deswegen habe ich mir ausnahmsweise auch erlaubt, mich hinten dranzuhängen wie ein Bahnwagen.

Erstens. Die Kritik von Herrn Borschke war, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern an den Abregelungen im Übertragungsnetz einen Anteil von 0,6 Prozent. Da sagen Sie, das ist immerhin Platz vier, das zeige, was für eine Riesensauerei das ist. Wenn bei 100 Prozent – gehen wir mal davon aus, dass das die grundmathematische Übung dahinter ist – 0,6 Prozent auf uns entfallen und das Platz vier ist, dann zeigt das eher, dass die Plätze fünf bis ... vermutlich 0,0 Prozent haben und dass das hochgetunte Problem von Ihnen erkennbar eher in einigen ganz wenigen Stellen in dieser Republik ein großes ist, aber an vielen anderen Stellen gar keines. Also die Behauptung, all das funktioniert überhaupt nicht, trägt zumindest diese Zahl gerade nicht.

Zweitens. Herr Holm, der CO₂-Ausstoß steigt, in der Tat. Da würde ich mich sehr freuen, wenn wir uns nicht auf Polemik beschränken, sondern miteinander mal gucken, wo sind die Ursachen dafür. Die Ursachen sind, dass erneuerbarer Strom, dass der Strom aus Solar, aus Wind, aus Biomasse an unserer Strombörse in Leipzig den Preis zu einem der günstigsten in ganz Europa – wohl gemerkt nur beim Einkauf der Großabnehmer – gemacht hat, den Sie finden, und er damit im europäischen Wettbewerb, weil der Kohlestrom bei uns preislich mithält, der lässt sich mit nach unten ziehen, auf einmal wettbewerbsfähig wird und wir mit unserem Kohlestrom günstiger sind als der Atomstrom in den Nachbarländern. Dann kaufen in Größenordnungen Nachbarländer – das sehen Sie im Übrigen auch an den Zahlen der Grenzkuppelstellen, die gehen über die letzten Jahre in der Dynamik nach oben – wie wild Kohlestrom ein und wir hauen uns massiv Kohlekraftwerkstrom in die Netze.

Wir werden eher überlegen müssen, wie man ein Stück rausgeht aus der Kohlestromerzeugung, ein Weg, der nicht ganz einfach ist, das will ich auch deutlich sagen. Da würde ich ein hocheffizientes Kraftwerk wie Rostock entgegen aller bisherigen Agitation nicht auf Platz eins der Abschaltliste sehen, aber damit werden wir die CO₂-Bilanz insgesamt verbessern. Wir erzeugen heute viel, viel größere Strommengen, aber leider mit einem positiven Effekt für die Auslandsnachfrage auf unseren Kohlestrom, der dazu führt, dass die CO₂-Bilanz sich leider nicht positiv verändert. Wenn es gelänge, den Koh-

lestrom, den wir in Deutschland nicht brauchen, rauszunehmen aus dem System, würden wir auch eine deutlich positive CO₂-Bilanz sehen.

Drittens, die Kosten. Ich würde von Ihnen gern mal ein lautes Bekenntnis dazu hören, von Ihnen als Fraktionsvorsitzender hier vorne für die Partei, dass Sie sagen, unsere Alternative – und das Leben auf dieser Welt besteht immer aus Alternativen, rechts gehen, links gehen, geradeaus oder zurück, man setzt sich ja selten an eine Kreuzung und sagt, ich bewege mich nicht mehr –, wenn ich eine Alternative brauche, würde ich gerne hören, welche ist es. Ich habe vernommen, dass Atomstrom für Sie durchaus eine Variante ist. Auch da sage ich, das kann man politisch alles diskutieren, das muss in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung dazugehören. Aber da muss man den Arsch in der Hose haben, das auch zu sagen. Dann wird man sich fragen müssen, warum ist die Behauptung, das sei alles viel billiger als erneuerbare Energien, zumindest mit den Zahlen, die wir in den Nachbarländern beobachten, nicht vereinbar.

Da gibt es einen einzigen Atomkraftwerksneubau, Kernkraftwerksneubau, der in Europa momentan ernsthaft diskutiert wird, der ist in Großbritannien. Die dortige Regierung hat sich – die alte im Übrigen noch – von der EU-Kommission eine Subventionierung, eine Preissicherung des dortigen Abnahmepreises gewähren lassen. Die steigen erstens ein mit über 10 Cent pro Kilowattstunde, zweitens einer Dynamisierung, um die Inflation jedes Jahr – das steht in unserem EEG im Übrigen nicht drin –, jedes Jahr Inflationsausgleich, und das ganze 35 Jahre lang und nicht 20 Jahre lang wie unser EEG. Ich brauche also schon mehr im Grundpreis. Wenn Sie auf unsere Subventionen für das EEG schauen, liegen wir deutlich unter 10 Cent. Wir brauchen 35 Jahre statt 20 und wir brauchen Inflationsausgleich anders als hier. So viel billiger ist Atomstrom! Und dann, meine Damen und Herren, ist das kleinere Problem hinten, die Endlagerung, noch mit keinem Cent enthalten. Die Milliardenbeträge schlagen Sie dann bitte als Steuerzahler obendrauf!

Vierter Punkt, das ist der Hauptpunkt, der Herrn Borschke umgetrieben hat, den will ich gerne noch aufgreifen. Bis zu drei Prozent Abregelung sind in etwa das, was wir momentan im Lande, wenn wir Übertragungsnetze und die Verteilnetze zusammenrechnen, haben. Die beiden Netzstudien, die im Übrigen mit Professor Weber jemand gemacht hat, der nicht permanent zu Windstrom jubelt – Universität Rostock, gemeinsam mit unseren Stadtwerken, unseren Verteilnetzinhabern –, haben wir als Haus vor meinen Zeiten in den letzten zehn Jahren anfertigen lassen. Beide Netzstudien sollten gucken, wo haben wir Netzengpässe oder könnten welche kriegen, wo müssen wir frühzeitig reagieren.

Aber sie haben auch etwas anderes getan, sie haben Politik beraten. Folgender Hinweis findet sich bundesweit in allen Studien wieder: Wegen der hohen Volatilität – der Spitzenlast, die sie mit Wind und Sonne zuweilen erreichen – macht es Sinn, die letzten drei Prozent lieber abzuregeln, als für diese für den Extremfall des meisten Stroms im Netz noch Netze zu bauen. Die Kolleginnen und Kollegen in Rostock haben uns mit den Netzstudien gesagt, die letzten drei Prozent müsst ihr im Zweifel lieber kostenpflichtig abregeln, ihr spart damit über 20 Prozent Ausbaurkosten im Netz, weil ihr für ganz wenige Minuten im Jahr einen riesigen zusätzlichen Investitionsaufbau im Netz hättet. Deshalb wurde vorletztes

Jahr im EEG die Abregelungsbefugnis für die letzten drei Prozent bei Anlagen hineingeschrieben.

Auch bei uns macht es Sinn, nicht bis zur letzten Kilowattstunde zu transportieren. Der Transportkostenaufwand ist um ein Vielfaches höher als der Abregelungsaufwand. Wir sind also weiter in dem Beritt, indem wir volkswirtschaftlich noch sinnvoll handeln, trotzdem würde ich mir manche Netzengpässe gerne abgebaut vorstellen.

Meine Damen und Herren, deshalb werden wir auch weiterhin mit den Verteilnetzbetreibern schauen, was da machbar ist. Die Verteilnetzbetreiber – wenn Sie sie mal in den Energieausschuss einladen zum Beispiel – werden Ihnen berichten, wie sie sehr genau sagen können, an welchen wenigen neuralgischen Stellen hier im Lande es ein Problem ist und wie sie damit umgehen. Die WEMAG beispielsweise kann für zwei ihrer Problemfälle, die sich noch in der Bilanz 2016 sehr negativ ausgewirkt haben, deutlich machen, dass sie zum Jahreswechsel beziehungsweise in diesem Jahr ganz massive Veränderungen herbeigeführt hat. Wir werden also schon 2017 im WEMAG-Netz eine deutlich positive Veränderung erleben.

Die letzte Frage, die Sie jetzt an mich richten, ist, zu sagen: Warum hast du bloß die ÜNB-Zahlen, die von 50 Hertz, dieses Übertragungsnetzbetreibers aufgespickt? Weil ich ständig Diskussionen führe in diesem Land und überall, dass wir den erneuerbaren Strom gar nicht in andere Bundesländer bekämen. Die Aufgabe dieses In-undere-Bundesländer-Transportierens ist die ausschließliche des Übertragungsnetzes. Wenn wir dort eine deutliche Verbesserung haben, wenn wir mit 0,6 Prozent Abregelung in Deutschland in unseren Stromautobahnen dabei sind, dann ist gerade die Behauptung, die Stromautobahnen bekämen nichts transportiert, falsch. Dass der Wert so weit runter ist, hat im Übrigen was mit der Thüringer Strombrücke zu tun. Es gibt da eine Maßnahme, die ergriffen worden ist und zeigt, dass so etwas wirkt, aber das war der Hintergrund.

Umgetrieben hat mich gedanklich das Übertragungsnetz, weil immer die Kritik an den Stromautobahnen war. Ich nehme zur Kenntnis, dass ich beim nächsten Mal gerne das zweite Thema dranhänge.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das bezweifle ich.)

Es war im Nachhinein unklug, dafür könnte ich mir selber in den Mors beißen, aber das hilft mir im Nachgang nichts. Beim nächsten Mal machen wir eine zweite Seite. Die Stromautobahnen sind aber das ÜNB-Netz, das Übertragungsnetz, und an der Stelle, glaube ich, ist der Beweis deutlich angetreten: Es ist weiterhin hochgradig leistungsfähig.

Ich hoffe, ich konnte neben ein bisschen politischer Zuspitzung vor allen Dingen auch Fakten beitragen. – Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Minister, Sie hatten noch eine ...

(Zuruf von Minister Christian Pegel)

Aber bevor ich diese Frage zulasse, möchte ich den dezenten Hinweis geben, dass nicht jeder lockere Spruch auch parlamentsgeeignet ist.

Minister Christian Pegel: Gerne.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter Strohschein, Sie haben jetzt das Wort.

Jürgen Strohschein, AfD: Herr Minister, was halten Sie vom Dual Fluid Reaktor?

Minister Christian Pegel: Noch mal!

Jürgen Strohschein, AfD: Vom Dual Fluid Reaktor!

Minister Christian Pegel: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich weiß, dass der momentan überall als die Lösung der Lösungen gepriesen wird. Die Idee, die vielen dabei vorschwebt, ist, dass daraus keine Abfälle entstünden, und genau das ist ein Irrtum.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Perpetuum mobile.)

Erstens. Wir sind noch bei keiner Situation, wo ein Entwicklungsstand erreicht ist, der überhaupt eine industrielle Einsatzfähigkeit zuließe.

Zweitens. Sie werden weiterhin Uran spalten, Sie haben also eine Grundgefährdung, die Sie nicht ausschließen können.

Drittens. Die Idee, ich werde damit allen Abfall los, ist falsch. Da gibt es im Übrigen ganz wunderbare Angebote im Netz. Die Endlagersuchgesetzkommission hat diese Frage umfangreich behandelt. Die war zusammengesetzt auch aus Wissenschaftlern, die ganz klar pro Atomenergie/Kernkraft sind, die zum Teil aus dieser Wissenschaft und Forschung genau dieses speziellen Bereiches kamen, und die haben in dieser Runde wiederholt gesagt, nein, natürlich bleiben Abfälle. Sie reduzieren allerdings die Abfälle auf circa 30 Prozent des bisherigen Niveaus, haben dann aber Abfälle, die zumindest – freundlich formuliert – nicht unproblematischer in der Lagerung sind.

Jürgen Strohschein, AfD: Darf ich noch eine?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere ...

Minister Christian Pegel: Ja.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... Nachfrage des Abgeordneten Strohschein?

Bitte schön, Herr Strohschein.

Jürgen Strohschein, AfD: Herr Minister, es wird kein Uran gespalten, es wird Thorium gespalten. Damit ist ein Super-GAU natürlich unmöglich und waffenfähiges Uran können Sie auch nicht herstellen.

Minister Christian Pegel: Der Vorteil ist, dass Sie in der Tat waffenfähiges Uran nicht herstellen können.

Jürgen Strohschein, AfD: Die Frage ist ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Stopp!

Jürgen Stroschein, AfD: Die Frage ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Stopp! Das geht jetzt nicht in Frage-Antwort, sondern eher dialogisch. War das jetzt eine weitere Frage oder wollten Sie ...

Jürgen Stroschein, AfD: Ja, ich wollte auf eine Frage ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also gibt es jetzt eine neue Frage und wenn die Frage abgeschlossen ist, antwortet der Minister.

Jürgen Stroschein, AfD: Wie stehen Sie zu den billigeren Kosten dieses Reaktors?

Minister Christian Pegel: Die billigeren Kosten dieses Reaktors halte ich für eine Mär, und zwar erstens, weil die Kosten selbst immer noch in einem schweren Bereich sind. Ich würde sehr empfehlen, noch mal zu schauen, was da momentan vorgetragen wird, auch in den Fachmedien.

Zweitens. Die Kosten der Endlagerung werden Sie damit nicht umgehen.

Jürgen Stroschein, AfD: Danke. Ich würde mich gern mit Ihnen mal privat darüber unterhalten.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Keine Kommentare! Alles kann hinterher geklärt werden, aber nicht im Rahmen dieser Debatte.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 35**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Erhalt der Bahnstrecke von Stralsund nach Barth und gleichzeitige Wiederbelebung der Darß-Bahn für eine bessere Anbindung und mehr Fahrgäste, Drucksache 7/781. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/850 vor.

Antrag der Fraktion der AfD
Erhalt der Bahnstrecke von Stralsund nach Barth und gleichzeitige Wiederbelebung der Darß-Bahn für eine bessere Anbindung und mehr Fahrgäste
– Drucksache 7/781 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 7/850 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Borschke.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ralf Borschke, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die 45 Kilometer lange Halbinsel Fischland-Darß-Zingst an der Ostseeküste liegt zwischen Rostock und Stralsund und liegt zum einen Teil in Mecklenburg und zum anderen Teil in Vorpommern.

(Zuruf aus dem Plenum: Das stimmt. Richtig.)

Diese Landzunge zwischen Meer und Bodden gehört zu den schönsten und abwechslungsreichsten Landschaften unseres Landes und zählt deshalb auch zum National-

park Vorpommersche Boddenlandschaft. Es übernachten hier jedes Jahr zahlreiche Gäste. Der Zulauf ist durchaus vergleichbar mit den Urlauberzahlen auf den Inseln Rügen und Usedom. Während Rügen und Usedom aber über eine gute Verkehrsinfrastruktur verfügen, trifft das auf die Halbinsel Fischland-Darß-Zingst eher nicht zu. Allein die unzureichenden Anbindungen an das überregionale Straßennetz sind sowohl für Urlauber, die mit dem Pkw anreisen, als auch für die Einheimischen eine Herausforderung. Selbst wenn man die Stadt Barth als das Tor zur Halbinsel Fischland-Darß-Zingst endlich mit dem Auto erreicht hat, ist diese Herausforderung noch lange nicht gemeistert. In den Sommermonaten quälen Sie sich danach in einer nicht enden wollenden Autoschlange über die Halbinsel bis zum Urlaubsziel. Während die Urlauber entspannt zum Strand fahren wollen, müssen sich die Einheimischen Gedanken machen, wie sie zur Ausbildung oder zum Arbeitsplatz, zum Einkaufen in die nächstgrößere Stadt oder zum Arzt kommen.

Bisher ging das über die Anbindung von Stralsund über Velgast nach Barth einigermaßen vernünftig. Doch nun läuft der Verkehrsvertrag der UBB zum Ende des Jahres 2017 aus und bisher ist keine erneute Ausschreibung der Strecke seitens des Landes beziehungsweise der Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH vorgesehen. Das heißt nach heutigem Stand, der planmäßige Personenverkehr zwischen Velgast und Barth soll nach dem Auslaufen des Vertrages eingestellt werden. Aufgabe einer Landesregierung ist es doch aber auch, durch die Schaffung einer leistungsstarken Infrastruktur die Grundlagen für eine wirtschaftliche Entwicklung zu legen. Hätten unsere Vorfahren dies nicht berücksichtigt, würden wir heute noch mit Pfeil und Bogen in den Wäldern jagen – und Energie mit Windmühlen erzeugen, hätte ich beinahe gesagt. Hätten unsere Vorfahren dies nicht berücksichtigt!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und Dorsch angeln.)

Unsere Bürger sind da mittlerweile sehr viel fortschrittlicher und durchaus an einer Bahnanbindung ihrer Halbinsel an den Rest der Welt interessiert, denn Tatsache ist, dass eine Mehrheit der Bevölkerung im Landkreis die Strecke erhalten möchte. Die Menschen engagieren sich vor Ort und versuchen, mittels Petitionen ihre Region zu unterstützen, damit die Strecke nach Barth weiterhin Bestandteil des Schienenpersonennahverkehrs bleibt, denn ihr Weg zur Arbeit oder zur Ausbildung wird mit der Streichung der Bahnanbindung eine tägliche Herausforderung. Ältere Menschen kommen nicht mehr so ohne Weiteres in den nächsten Ort und zu ihrer ärztlichen Versorgung, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Mobilität wäre zukünftig doch erheblich eingeschränkt.

Da bekommt man den Eindruck, die Bedürfnisse der Bevölkerung wurden bei der bisherigen Entscheidungsfindung zum zukünftigen Wegfall der Bahnanbindung Velgast–Barth schlichtweg ignoriert. Die Wünsche der Bürger dürfen wir jedoch nicht ignorieren. Eine starke, vernetzte Infrastruktur ist Grundlage für eine gute regionale Wirtschaftslage und einen florierenden Tourismus. Nimmt man einen Pfeiler heraus, bricht das ganze Kartenhaus zusammen.

Darüber hinaus wünschen sich viele die Wiederinbetriebnahme der viel diskutierten Darß-Bahn. Für eine noch bessere Anbindung der Region und für ein noch attraktiveres Verkehrsangebot an die Touristen gaben auch hier

mehr als 10.000 Bürger ihre Unterschrift. Unser Minister Pegel hat sich mehrfach für diese Bahnstrecke und deren erneute Inbetriebnahme ausgesprochen. Der leider missglückte Antrag zur Aufnahme des Projektes in den Bundesverkehrswegeplan sowie die entsprechenden Planfeststellungsverfahren unterstreichen diese Aussage des Ministers. Unterstützen wir also die sachkundige Arbeit unseres Ministers und lassen Sie uns ein Zeichen setzen: Jawohl, die Entwicklung der Darß-Bahn, der Darß-Region liegt uns am Herzen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Zum Änderungsantrag der LINKEN möchte ich kurz sagen, es gibt einen neuen Verkehrsvertrag für das Teilnetz Usedom, der ist gültig bis 2030, vertraglich offen ist lediglich die Strecke Barth. Daher enthalten wir uns da der Stimme.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst: Ja, an der Stelle sind wir uns vermutlich in diesem Hohen Hause weitgehend einig, die Darß-Bahn findet weitgehende Unterstützung. Das finden Sie bei uns im Koalitionsvertrag auch wieder, wobei da vor allen Dingen eine Ziffer enthalten ist, die noch einmal das Bemühen der Koalitionsfraktionen, der Landesregierung vorsieht, sich beim Bund für die Finanzierung der Investitionskosten, die mit deutlich über 40 Millionen Euro nicht unerheblich sein werden, starkzumachen.

Ich würde aber an einer Stelle ein bisschen Wasser in Ihren Wein schütten, damit wir sozusagen über den Teil diskutieren, mit dem wir tatsächlich auch rechnen könnten, wenn es gelänge, die Darß-Bahn zu reaktivieren. Sie haben vorhin über 45 Kilometer Länge der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst gesprochen. Wir würden mit einer reaktivierten Darß-Bahn lediglich bis Prerow kommen, also eine ernsthaft vorpommersch-mecklenburgische Gesamtstrecke ist damit nicht verbunden, sondern wir hätten einen deutlich kleineren Beritt.

Meine Damen und Herren, uns als Landesregierung, als Koalitionsfraktionen ist allerdings wichtig, dass wir die Verantwortung neben dieser Strecke und neben dieser Tourismusregion auch für alle anderen Strecken, die es im Land bereits gibt, tragen und auch für die anderen Tourismusregionen. Da die Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr und für den Schienenpersonennahverkehr, die Regionalisierungsmittel, bemessen sind, ist das am Ende ein in sich geschlossener Topf und wenn ich rechts mehr tun will, muss ich überlegen, wo es links herkommt. Wir können uns zurzeit nicht vorstellen, irgendeiner Strecke zu sagen, wir streichen euch, um an anderer Stelle einen Zug in Gang zu setzen. Deshalb würde ich Sie gerne einmal mitnehmen auf die Reise, welchen finanziellen Rahmen wir eigentlich vor Augen haben, dass wir ein bisschen das enge Korsett, in dem

wir uns da bewegen, gemeinsam kennen und auch wissen, woran wir uns orientieren, wenn wir sagen, wir würden gern etwas Neues tun.

Die Verträge, um das vielleicht mal in den Hinterkopf zu nehmen, die wir für Bahnverkehre schließen, laufen 12 bis 15 Jahre. Das ist auch sinnvoll. Wenn du eine Eisenbahn anschaffst, um für das Land zu fahren, musst du eine Sicherheit haben, eine gewisse Zeit für eine Refinanzierung dieser sehr teuren Bahnmaterialien hinzubekommen. Wir haben also einen sehr langen Bremsweg. Wenn ich in vier Jahren merke, das Geld reicht nicht, dann kann ich die meisten Verträge nicht mal eben auf null schalten, sondern wir sind 10, 12, 15 Jahre weiter in der Bezahlpflicht und dann habe ich Schwierigkeiten, die ich nicht gelöst bekomme. Deswegen müssen wir immer in sehr weitsichtiger Vorgehensweise schauen, was für ein finanzieller Rahmen uns in der Zukunft überhaupt zur Verfügung steht.

Um den Rahmen mal zu spannen: In den Jahren 2016 bis 2031, in der neuen Regionalisierungsmittelperiode, werden wir in Summe etwas über 50 Millionen Euro weniger haben, als wir gehabt hätten, wenn die alte Rechtslage fortgegolten hätte. Also die Bäume wachsen entgegen allen Erwartungen nicht in den Himmel, sondern es wird ein bisschen weniger sein, und etwas über 50 Millionen sind ein bisschen viel weniger, als wir in der Vergangenheit ausgeben konnten.

Ich würde gerne einen Hinweis geben auf das, was da insgesamt im Pott ist. Insgesamt ist im Pott seit 2016 ein Betrag von 8,2 Milliarden Euro jährlich, den die Bundesregierung jedes Jahr um 1,8 Prozent dynamisiert, steigert, um Kostensteigerungen damit abzufangen. Die Länder haben in den vergangenen Jahren Kostensteigerungen von circa 2,5 Prozent gehabt. Das fängt vermutlich das, was wir an Kostensteigerungen haben, nicht auf, aber ich schaue mir die nächsten Jahre gern an.

Wir kommen vorher, in der alten Rechtslage, aus einer Gesamtsumme von 7,3 Milliarden Euro und einer jährlichen Dynamisierung von 1,5 Prozentpunkten. Das zeigt, das, was da jetzt existiert, ist deutlich besser als das frühere – auch das will ich wirklich lobend erwähnen, da ist in der letzten Bundestagslegislaturperiode eine tolle Entscheidung getroffen worden, darauf können wir miteinander auch ein Stück weit stolz sein –, gleichwohl müssen wir wissen, dass der Anteil am Kuchen für die ostdeutschen Bundesländer über die nächsten Jahre abgeschmolzen wird. Obwohl also mehr Geld im Pott ist, fast 1 Milliarde Euro, ist am Ende das, was in den ostdeutschen Bundesländern über die Jahre ankommt, sukzessive weniger, weil früher sehr hohe Prozentsätze aus den Aufbau-Ost-Jahren jetzt auf ein deutlich geringeres Maß bis 2031 zurückgeführt werden.

Das passiert aber nicht in der Weise, dass wir von vier Prozent auf zwei Prozent fallen, sondern in kleinen Stufen jedes Jahr ein bisschen, und diejenigen, die mehr kriegen sollen, werden in kleinen Stufen jedes Jahr ein bisschen mehr bekommen. Das erklärt im Übrigen auch, warum die vermutlich gleich wieder zitierten Rücklagen des Landes zum Teil entstanden sind. Nach der alten Regelung, um ein Beispiel zu nennen, hätten wir 2016 249 Millionen Euro von der Bundesregierung bekommen. Nach der neuen Regelung haben wir im Jahr 2016, weil die Abschmelzung auf den Zielwert eben noch nicht angefangen worden ist, 290 Millionen bekommen. Wir

haben also alleine 40 Millionen Euro mehr, als wir noch vor anderthalb Jahren zu hoffen gewagt hätten, erhalten. Dieses Geld unter der Überschrift „Dann lass es uns doch ausgeben“ zu verbraten, ist aber nicht das Ziel des Verkehrsministeriums. Wir würden dieses Geld gerne bewusst zurücklegen, denn durch das Abschmelzen wissen wir, dass ab 2023 weniger zur Verfügung steht, als nach der alten Rechtslage gestanden hätte, und das wird sich dann über die Jahre deutlich nach unten aufschaukeln. Noch mal: Insgesamt haben wir in 15 Jahren mehr als 50 Millionen Euro weniger, als wir nach der alten Regelung gehabt hätten. Wir haben nur vorne in den ersten zwei, drei Jahren solide mehr, und das legen wir auf die hohe Kante, um hintenheraus die Lücken schließen zu können, die vorhersehbar entstehen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, warum hacke ich so auf der bisherigen Regelung herum? Weil wir nach dem alten Rechtsregime unsere Bestellstrategie ausgerichtet hatten, und das, was wir bisher hatten, war in etwa damit bezahlbar. Wenn wir jetzt künftig weniger haben als bisher – und minus 50 Millionen zeigt, was ein bisschen weniger ist –, dann müssen wir zumindest schauen, wie wir dieses Finanzierungsniveau künftig abbilden können. Ich will auch sagen, es hätte natürlich viel schlimmer kommen können. Es gab Zeiten, da haben wir Sorge gehabt, wir verlieren nicht nur knapp 50 Millionen Euro in 15 Jahren, sondern wir verlieren über 600 Millionen Euro. Da bin ich dankbar für die politischen Kompromisse, die uns nicht ganz so tief fallen lassen, gleichwohl, minus 50 Millionen ist nicht das, was neue Spielräume eröffnet.

Wir werden 2031 nach dem neuen Verteilungsmaßstab circa 280 Millionen Euro bekommen. Wenn wir die Verkehrsverträge, die wir heute haben und von denen ich annehme, alle sagen, das, was wir momentan haben, sollten wir auch behalten, wenn wir die mit den durchschnittlichen Kostensteigerungen der letzten Jahre von circa zweieinhalb Prozent hochrechnen bis 2031, werden wir 2031 alleine 277 Millionen Euro nur für den bestellten Bahnverkehr im Land, die roten Blitze, bezahlen. 280 Millionen Einnahmen, 277 Millionen Ausgaben. Da werden jetzt viele von Ihnen sagen, wunderbar, es sind 3 Millionen übrig, daraus können wir die Darß-Bahn machen. Der Haken ist, wenn ich die Verkehrsverträge bezahlt habe, kommt hinten noch mal ein solider weiterer Satz von Ausgaben.

Mal in das Jahr 2016 geguckt, in eine Kleine Anfrage der LINKEN von vor wenigen Wochen: Alleine für den Schienenersatzverkehr haben wir 2016 4 Millionen Euro bezahlt. Die Verwaltung durch die VMV kostet uns knapp 2 Millionen. Investitionen sind es jedes Jahr zwischen 7 und 10 Millionen. Die Verbundförderung, also zum Beispiel der Warnow-Verbund, kostet uns jährlich Zuschüsse von über 3 Millionen. Da ist noch ein Sack voll weiterer Beträge, das zeigt aber, wenn ich 277 Millionen allein für die Verkehrsverträge brauche, 280 Millionen Einnahmen habe und noch eine solide Zahl von circa 30 Millionen an weiteren Ausgaben obendrauf kommt, haben wir schon jetzt 2031 ein Problem. Deswegen können wir nicht mit leichter Hand sagen, wir bestellen mal mehr dazu, denn dieses Problem erhöhen wir dann lediglich.

Meine Damen und Herren, das ist der Rahmen, in dem wir uns in der Argumentation bewegen sollten. Wir wer-

den deshalb in den nächsten Monaten schauen, ob wir noch einmal konsolidiert mit den Finanzen trotzdem uns erlauben können, die Darß-Bahn zu bestellen. Ich bin weiterhin guter Hoffnung, aber das ist keine leichte Übung und nichts, was wir im Vorbeigehen machen. Ich möchte aber vermeiden, dass eine neue Darß-Bahn einen bisher vorhandenen Verkehr verdrängt und wir auf einmal links etwas zumachen, um rechts etwas zu eröffnen.

Zusätzlich zu diesen Betriebskosten kämen im Übrigen Investitionskosten von deutlich über 40 Millionen Euro, die man auch noch mal fest im Blick haben muss und sich einen Kopf machen muss, wie wir die denn finanzieren. Nur wenn beides finanziell gelingt, macht es Sinn, dass wir die Darß-Bahn den Menschen versprechen. Bis dahin halte ich es für gewagt zu sagen, das kriegen wir alles irgendwie hin.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Ich spreche von der Darß-Bahn. Ich glaube, dass die Darß-Bahn das sinnvolle Ziel sein muss, wenn man an der Stelle etwas machen möchte.

Ich komme jetzt aber gerne auf das zurück, was Sie umtreibt, dass Sie sagen, wir haben doch da so ein Teilstück. Ja, wir haben ein Teilstück zwischen Velgast und Barth. Das ist, wenn Sie die Nutzerzahlen anschauen – und daraus mache ich auch keinen bösen Vorwurf, die Nachfrage ist da bemessen –, vergleichbar mit Busverkehren in anderen Teilen des Landes. Wenn Sie im Bahnverkehr mehr als das Fünffache pro gefahrenem Kilometer bezahlen, dann zeigt sich, dass die Bahn da sinnvoll ist, wo sehr viele Menschen fahren, und der Bus da, wo weniger Menschen fahren. Und ich werbe auch dafür, dass wir aufhören, zwischen Bus und Bahn zu trennen. Wir werden den Menschen im Land Mobilität ermöglichen müssen und dann sollten wir stets das geeignete Verkehrsmittel einsetzen, das jeweils seine spezifischen Vorteile ausfahren kann.

Wenn die Darß-Bahn als Ganzes nicht käme, Frau Abgeordnete, Frau Vizepräsidentin, ist der Teil davor wirtschaftlich nicht sinnvoll abbildbar in dem System, das wir bisher fahren. Sie macht nur Sinn, wenn die Verlängerung käme, weil mit den touristischen Strömen ich mir tatsächlich erhoffen würde, dass wir auch einen ganzen Sack voll mehr Menschen in das erste Teilstück bekommen, die dann auf die Insel fahren.

Ich würde umgekehrt für Folgendes werben: Auch mit einem Bus erreiche ich Ärzte und Einkaufsstätten. Ich brauche keine Eisenbahn, um einen Bus zu erreichen. Wenn dem so wäre, dann wären 99 Prozent des Bundeslandes – na ja, nicht ganz, 94, 93 – schlecht an Ärzte angeschlossen, weil wir an vielen Stellen überhaupt keine Eisenbahn haben, sondern nur Busverkehr, weil gar keine Schienen liegen. Ich glaube, dass wir achtgeben müssen, dass wir nicht so tun, als ob alle Landesteile ohne Bahnschienen per se verloren seien. Dem ist mitnichten so.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass immer viele sagen, warum hacken Sie so auf den Zuschüssen rum, das ist doch nie wirtschaftlich. Nein, keine Bahnstrecke in diesem Land kommt ohne Zuschüsse aus. Aber wir sollten schon gucken, dass wir volkswirtschaftlich sinnvoll verfahren und ob wir nicht Bahnstrecken in erster Linie

aufrechterhalten, wo wir mit dem Geld, das wir einsetzen, auch relativ viele Menschen transportieren, aber da, wo wir gleichermaßen gut mit einem Bus klarkämen, im Zweifel das Verkehrsmittel wechseln.

Genau die Diskussion führen wir auf diesem Teilstück, aber, noch mal, nur dann, wenn der hintere Teil nicht reaktiviert würde. Wenn wir den perspektivisch reaktivieren, muss man natürlich das erste Stück offen halten, weil das die notwendige Durchfahrtstrecke ist, und dann werden wir auch auf dem ersten Teilstück Nutzerzahlen erleben, die weit über das Jetzige hinausgehen. Zurzeit kriegen wir das nicht hin, weil leider der Busverkehr sich nie auf unsere Abfahrtszeiten eingestellt hat und Sie deshalb reihenweise Busse finden, die circa acht bis zwölf Minuten vor dem Zug abfahren und umgekehrt später kommen, sodass wir leider keine Verzahnung hingekriegt haben. Das hat auf der Insel spezifische Zusammenhänge mit Schullinien und solchen Dingen, damit will ich Sie nicht quälen, aber bisher haben wir kein vertaktetes System. Deswegen ist für Gäste, die nach Zingst oder Prerow wollen, die Verbindung leider unattraktiv, weil Sie auch dann im Regelfall mehr als anderthalb Stunden Wartezeit auf die nächste Busverbindung haben. Mit einem durchgängigen Verkehr wäre das in der Tat anders.

Meine Damen und Herren, die Strecke Velgast–Barth macht also nur Sinn, wenn der hintere Teil kommt, und ob der hintere Teil kommt, wird sich erst demnächst in der zweiten Jahreshälfte festmachen lassen, weil die Investitionskosten hoch sind und weil Sie pro Jahr mehrere Millionen Euro Betriebskostenzuschuss trotz besserer Nutzung, die wir uns erhoffen, brauchen werden. Ich bin als Minister nur bereit, so etwas den Menschen zu versprechen, wenn ich hinterher auch weiß, wir kriegen das gestemmt. Deswegen bitte ich um Nachsicht, die Seriosität einer solchen Aussage hindert mich zurzeit zu sagen, wir kriegen es hin. Ich kämpfe gemeinsam mit den verschiedenen Beteiligten der Landesregierung und in diesem Parlament gerne dafür, aber es ist momentan auf keinen Fall gesichert. Die Zahlen, die mir da im Wege stehen, habe ich Ihnen genannt.

Ich will noch, obwohl Sie es noch nicht eingebracht haben, kurz vorwegnehmen einen Hinweis der LINKEN. Sie haben noch angeregt, das UBB-Netz auf Usedom anzusprechen. Wir lassen in der Tat – das ist der gleiche Verkehrsvertrag, mit dem wir auch hier bei dem anderen Punkt diskutieren –, wir lassen in der Tat künftig in Züssow umsteigen. Das ist im Übrigen nichts Neues in Züssow. Wer nach Berlin will, steigt getaktet in Züssow um, deswegen hat die UBB den Bahnsteig so aufgebaut, dass der ausfahrende Zug und der einfahrende Zug sich gegenüberstehen. Das ist ein ziemlich optimiertes System.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Ich werbe sehr dafür, dass wir Umstiege nicht als Bähn begreifen, sondern dass wir das als den Schlüssel des Schweizer Systems im Übrigen, für den hohen Erfolg der Schweizer Bahn begreifen, dass ich hoch vertaktete Zugsysteme habe, wo ich aber schnelle Streckenverläufe habe, die mit geregelten Umsteigepunkten das System sehr durchlässig und sehr effizient machen.

Der Vortrag ist ja oft auch, das mache die Fahrgastzahlen deutlich kleiner. Die Hauptfahrgastzahl der UBB liegt

auf der Insel Usedom. Wenn Sie den echten Durchfahrteil über Züssow ansehen, ist der sehr bemessen. Dafür werbe ich deutlich, wir werden an der Stelle ein hoch vertaktetes System haben. Das ist im Übrigen auch ökologisch und ökonomisch sinnvoller. Warum? Weil Sie ab Züssow unter Fahrdraht fahren, unter Oberleitung. Strombetriebene Züge sind einfach pro Kilometer günstiger als dieselbetriebene. Das ist schlicht die ökonomische Realität. Wir versuchen, an der Stelle, ...

Ich habe noch anderthalb Minuten, Herr Kollege Butzki, seien Sie unbesorgt.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

... wir versuchen, an der Stelle möglichst ökonomisch sinnvoll vorzugehen, unter anderem auch, weil ich gerne für den Darß das Geld raussparen würde aus dem System, damit wir es machen können. Und wenn ich zwischen Züssow und Stralsund mit Strom billiger fahren kann mit einem vernünftigen Umstiegssystem, dann, glaube ich, lohnt es sich, diesen Weg zu gehen.

Zweitens, mit Strom fahren ist auch ökologischer als mit Diesel. Von daher ist der Umstieg vor dem Hintergrund nicht von der Hand zu weisen und ich hoffe im Übrigen, dass wir in Stralsund einige Umstiegsprobleme geklärt kriegen, wenn wir in Richtung Züssow eine andere, dann elektrobetriebene Zugverbindung dranhängen. Ich werbe sehr dafür, dass es nicht der Untergang des Tourismus ist.

(Minister Harry Glawe: Das darf auch nicht sein. Das geht gar nicht.)

Zumindest zeigen die Fahrgäste aus Berlin, die alle in Züssow umsteigen müssen, dass es eben sehr wohl geht. Und ich will zu guter Letzt deutlich sagen, auch eine Darßbahn würde in Velgast in ähnlicher Weise mit Umstiegen angebunden werden, weil ich nämlich dann sowohl Richtung Stralsund als auch Richtung Rostock – der zurzeit völlig unterbelichtete Ast dieser Bahnstrecke – sinnvolle Passagierzusammenhänge hinbekomme. Das ist also ein System, das wir auch an anderen Stellen verfolgen wollen würden.

Jetzt danke ich Ihnen 30 Sekunden vorm Ende meiner Redezeit ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und hoffe, Herr Butzki ist zufrieden mit mir. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Torsten Renz, CDU:
Stoppt ihr die Zeit mit dem Handy, oder was?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Eifler.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD –
Minister Harry Glawe: Das ist sein Wahlkreis. –
Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag von der AfD zu dem Thema Darß-Bahn beziehungsweise Bahn-

Verbindung Velgast–Barth hat mich schon ein Stück weit verwundert,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

aber in einem Punkt, Herr Borschke, gebe ich Ihnen recht: Sie haben meinen Wahlkreis als einen landschaftlich wunderschönen bezeichnet. Das ist sehr wohl so.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Torsten Renz, CDU: Sehr gut.)

Er liegt zwischen dem Saaler Bodden und der Hansestadt Stralsund. Das Fischland Darß, der Zingst, ganz deutlich zu erwähnen, ziehen in der Tat Jahr für Jahr Tausende Touristen und Urlauber tagtäglich und auch länger an, nicht nur in der Sommerzeit, auch in der Zeit im Herbst, wenn die Kraniche fliegen. Und da ist Mobilität ein ganz wichtiges Thema.

Aber Sie haben das Thema neu entdeckt für sich, weil die Frage der Bahnverbindung zwischen Barth und Velgast nicht erst seit heute oder seit gestern auf der Tagesordnung steht. Ich kann mich entsinnen, ich bin jetzt sechs Jahre im Landtag, und diese Zeit befassen wir uns mit dieser Bahn, mit der Mobilität der vielen fleißigen Menschen, die täglich zur Arbeit fahren, der Jugendlichen, die zur Ausbildung fahren, weil das außerordentlich wichtig ist, Infrastruktur zu erhalten, vorzuhalten. Das ist ein wichtiger Aspekt in der Mobilität der Menschen, die in dieser Region leben. Nicht ohne Grund sind die Menschen da besorgt.

Die Sorgen haben wir aufgegriffen, sehr wohl habe ich die in meinem Wahlkreis aufgegriffen und viele, viele Gespräche mit diesen Menschen geführt, um Lösungen herbeizuführen. Ich habe allerdings nicht nur Gespräche im Wahlkreis geführt, ich habe mich in der Fraktion der SPD mit Herrn Schulte viel darüber unterhalten, mit dem Minister haben wir darüber sehr ausführlich gesprochen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es ist einfach ein Thema, das uns seit Langem hier im Hause bewegt, es ist also nicht neu, und das ist eigentlich die Verwunderung, die mich zu dem Antrag etwas umtreibt.

Aber die Sorgen der Menschen: Sie haben also Kenntnis davon erlangt, dass diese Bahnverbindung Velgast–Barth infrage gestellt sein kann. Der Minister hat es hier ausführlich gesagt, wir reden über die Ausstattung mit Regionalisierungsmitteln. Da gibt es also eine vollkommen neue Situation, und wenn wir bis 2030 über 50 Millionen Euro weniger reden, dann können wir nicht so tun, als ob das an uns vorbeigeht. Aber unsere Aufgabe ist, Lösungen dafür zu finden und nicht einfach nur abzubestellen und zu sagen, es geht eben nicht mehr, wir können es nicht finanzieren. Und daran arbeiten wir ja. Da bin ich auch ganz zuversichtlich, dass das eintreten wird.

Zu den Sorgen der Menschen: Ich habe ganz großen Respekt, wie die Menschen in der Region sachlich und vernünftig damit umgegangen sind in der Bürgerinitiative „Keine Bahn ist keine Lösung“. Wenn man heute durch Barth oder Velgast geht, findet man an vielen Geschäften – das ist mit der Solidarität verbunden – diese Plakate. Es sind kleine Buttons gedruckt worden. Ich hätte gern einen mitgebracht, aber ich weiß, dass es ja

nicht gestattet ist, hier im Haus Symbole zu zeigen von hier vorn aus, deshalb spreche ich das in aller Deutlichkeit an. Das Thema ist in der Region außerordentlich stark verortet, weil es die Menschen unmittelbar betrifft. Aus dem Grund gehe ich auch mit Leidenschaft, das hören Sie ja, an das Thema heran.

Bei den vielen Treffen der Bürgerinitiative, Herr Borschke, habe ich von der AfD niemanden gesehen.

(Zuruf aus dem Plenum: Nie!)

Es hat Podiumsdiskussionen gegeben im Theater. Da war der Landrat da, da war der Bürgermeister des Ostseeheilbades Zingst da, ...

(Torsten Renz, CDU: War die AfD vertreten?)

Die AfD war nicht vertreten.

... der Minister war da, ich war zugegen. Bei den Treffen, die die Bürgerinitiative auf den Bahnhöfen zwischen Velgast und Barth organisiert hat, hat Kollege Patrick Dahlemann als Parlamentarischer Staatssekretär zu den Menschen gesprochen. Wir sind vor Ort gewesen, haben die Sorgen und die Nöte aufgegriffen, konnten natürlich nichts versprechen,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

aber es ist angekommen, dass man die Sorgen und Nöte der Menschen nicht ignoriert. Wir haben das aufgegriffen und wir arbeiten daran, um dauerhafte Lösungen zu finden.

(Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

Bei dem Thema bin ich auch ganz zuversichtlich – der Minister hat das ja relativ offengelassen –, dass es demnächst dazu eine Entscheidung geben wird.

Zu der Darß-Bahn, da weiß ich auch, Herr Schulte, wenn wir uns in die Augen gucken, dass Sie sehr kritisch,

(Jochen Schulte, SPD: Da muss ich
aber die Brille vorher abnehmen.)

sehr kritisch dazu stehen.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Das ist ja auch richtig, man muss solche Dinge nicht durch die rosarote Brille sehen, sondern genau auf die Wirtschaftlichkeit und die Nachhaltigkeit schauen.

(Jochen Schulte, SPD:
Die ist nicht vorhanden.)

Der Betreiber – ich habe vor wenigen Tagen mit dem Geschäftsführer der UBB gesprochen – arbeitet auch sehr intensiv an dem Thema. Ein Planfeststellungsverfahren ist bereits abgeschlossen, nämlich für die Strecke bis Pruchten. Das zweite Planfeststellungsverfahren, Herr Borschke, befindet sich zurzeit im Verfahren, da finden die Anhörungen statt und die Auswertungen. Und das dritte Planfeststellungsverfahren für die Strecke zwischen Zingst und Prerow ist in Vorbereitung. Also der Streckenbetreiber arbeitet intensiv an diesem Thema

(Heiterkeit und Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

und wir begleiten das natürlich, weil das nachhaltig für die Region von außerordentlicher Bedeutung ist. Das ist meine persönliche Einschätzung. Im Vergleich zu der UBB und zu dem Betrieb auf der Insel Usedom weiß ich aus Erfahrung, als die Strecke in Betrieb genommen worden ist durch die UBB, gab es viele Skeptiker, die zweifelten, dass die Strecke auf Dauer betrieben wird. Heute fährt der Zug von Wolgast und von Züssow bis nach Swinemünde und es gibt keine wirtschaftlichen Probleme. Man muss diesen Dingen, die man auf den Weg bringt, Zeit lassen, sich zu entwickeln, und ich bin ganz fest davon überzeugt und bin sehr positiv dazu eingestellt, dass auch die Darß-Bahn ein Erfolg wird. Wir müssen nur Geduld haben und konsequent und ausführlich daran arbeiten.

Ich weiß, die Landesregierung ist an der Stelle richtig aufgestellt und die Koalitionsfraktionen haben das nicht ohne Grund unter Punkt 116 im Koalitionsvertrag geschrieben. Also auch die Koalitionsfraktionen stehen dazu, für die Region um das Fischland Darß, diesen wunderschönen Wahlkreis zwischen Stralsund und dem Saaler Bodden.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Andreas Butzki, SPD: Schönen Urlaub!)

Ich freue mich auch, das sage ich noch, ich wünsche Ihnen allen eine schöne Ferienzeit. Es war heute meine letzte Rede hier in diesem Haus und ich ...

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Im Haus oder im Raum?)

Hier in diesem Raum. In diesem Raum, Entschuldigung,

(Christian Brade, SPD:
Wir haben uns schon gefreut. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

das nur zur Richtigstellung, damit es keine falschen Schlüsse gibt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Nein, dass es keine falschen Schlüsse gibt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Also ganz klar in diesem Raum, in dem Plenarsaal. Hier durfte ich sechs Jahre mich mit einbringen und ich freue mich auf die Zeit im September, dann im neuen Plenarsaal,

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Genau.)

und bis dahin wünsche ich Ihnen eine schöne Sommerzeit. – Vielen Dank, dass Sie zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

(Torsten Renz, CDU:
Auch die letzte Rede? –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag der AfD greift ein heißes Thema auf, welches die Region stark bewegt und das, füge ich aber gleich hinzu,

(Zuruf von Holger Arppe, AfD –
Heiterkeit bei Franz-Robert Liskow, CDU)

mittlerweile symptomatisch für die Bahnpolitik der Landesregierung ist. Wir stellen uns die Frage, wie viel Bahn braucht das Land und wie viel Bahn wollen, besser noch müssen wir uns leisten. In der offiziellen Landespolitik läuft es allerdings auf die Frage hinaus, wie viel Bahn gibt der Haushalt, so, wie er gestrickt ist, her. Minister Pegel betätigt sich als sogenannter solider norddeutscher Kaufmann, was im Klartext heißt, weniger Bahn und mehr Bus, und das in Verantwortung der Kreise. Wir wissen, dass ein Streckenkilometer auf der Schiene fünfmal teurer ist als ein Buskilometer – übrigens ein unfairer Wettbewerb, der auch beendet werden muss, aber das ist ein anderes Thema.

Um es noch mal deutlich zu sagen, Herr Minister, ich gebe Ihnen nicht alleine die Schuld an der Misere, in der wir mit der Bahnpolitik stecken. Die Deutsche Bahn und damit auch der Bund haben einen großen Anteil daran. Aber aus unserer Sicht – und das werde ich gleich noch nachweisen – gibt es Anlass zu Optimismus und auch zu einem anderen Herangehen an diese Fragen.

Die Linksfraktion verlangt seit Langem, nicht erst seit dieser Wahlperiode, die Bahnangebote auszuweiten, statt sie weiter auszudünnen oder gar abzubestellen. Für mehr Bahn sind notfalls auch ergänzende Landesmittel einzusetzen. Lange Zeit stand nicht fest, wie hoch die Regionalisierungsmittel bis 2031 für Mecklenburg-Vorpommern ausfallen. Deshalb konnte jeder auslaufende Verkehrsvertrag das Ende des Bahnbetriebs bedeuten. Tatsächlich traf es das Teilstück der Südbahn Parchim-Malchow. Die Stilllegung war ein Fehler, das meinen wir auch, gemeinsam mit der CDU.

Nun steht seit Monaten der auf das Land entfallende Anteil der Bundesmittel fest, damit besteht langjährige Planungssicherheit. Dennoch bleibt das Ministerium bisher die Erfüllung der wiederholten Forderung der Linksfraktion, endlich seine Bestellstrategie offenzulegen, schuldig. Stattdessen Hinhaltenaktik, der Verweis auf Gutachten, die abzuwarten sind, und auf angeblich weniger Mittel. So wie in den Antworten auf mehrere Kleine Anfragen von mir war auch die im März im Energieausschuss erfolgte Berichterstattung mehr oder weniger von Ausflüchten geprägt und blieb ziemlich vage. Ein solches Herangehen führte und führt zu enormer Unsicherheit bei den Fahrgästen, den betroffenen Kommunen und Regionen. Ich halte das nicht für eine verantwortliche Politik.

Glücklicherweise ist bis auf Weiteres wenigstens der Weiterbetrieb der Kleinseebahn Neustrelitz-Mirow gesichert und auch das Teilstück der Südbahn Malchow-Waren wird weiter befahren. Allerdings schiebt das Land dafür die Verantwortung auf den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ab.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die hat er aber gerne übernommen.)

Dabei spart das Land sicher eine beträchtliche Summe Geld,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das haben
wir aber gerne übernommen. Gibt zwar
kein Geld, aber wir machen es trotzdem.)

denn die Summe, die das Land dem Kreis an Fördermit-
teln ausreicht,

(Andreas Butzki, SPD: Landtagswahlkampf. –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

dürfte erheblich geringer sein, als es für den bisherigen
auslaufenden Verkehrsvertrag ausgeben muss.

Die verkehrspolitischen Entscheidungen zum Schienen-
personennahverkehr und der immer wieder geäußerte
Sparzwang sind – aus meiner Sicht zumindest – unehr-
lich. Entgegen den Behauptungen werden die Mittel für
den SPNV nicht weniger. Die Antwort auf meine Kleine
Anfrage weist Ausgabenreste für die Regionalisierungs-
mittel in Höhe von fast 133 Millionen Euro aus. Seit Jah-
ren wird Geld zurückgelegt

(Jochen Schulte, SPD: Das ist auch
gut so, Frau Kollegin Schwenke.)

und steht zusätzlich bis 2031 bereit.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Und weil ein Sondervermögen eingerichtet wird, bleiben
die Ausgabenreste auch zweckgebunden für den Schie-
nenpersonennahverkehr erhalten. Auch die Einigung auf
eine Wiedereinsetzungsgarantie für Bahnfahrzeuge nach
Auslaufen eines Verkehrsvertrages wirkt langfristig preis-
mindernd. Zudem ist davon auszugehen, dass die Halb-
rierung der Trassenpreise auch für den Personenverkehr
kommen wird und kommen muss.

Gespannt sein dürfen wir auf den Ausgang einer Klage
Sachsen-Anhalts gegen die Deutsche Bahn wegen zu-
sätzlicher Regionalfaktoren bei den Trassenpreisen.
Bekommt Sachsen-Anhalt recht, muss auch Mecklen-
burg-Vorpommern die über ein Jahrzehnt zu viel gezahl-
ten Trassenpreise von der Deutschen Bahn zwingend
zurückfordern. All das spricht für eine optimistische Her-
angehensweise in Bezug auf die Verkehrsverträge für
den Schienenpersonennahverkehr. Mehr Bahn ist mög-
lich und auch finanzierbar.

Aber nun will ich zum AfD-Antrag reden. Minister Pegel
betonte vor Ort, dass erst im Spätsommer die Grundlagen
vorliegen, um abwägen zu können, ob sich das Land die
Darß-Bahn leisten kann. Nur, wenn die Darß-Bahn tat-
sächlich kommt, mache es nach Auffassung des Ministers
überhaupt Sinn, die Strecke Barth–Velgast weiter zu be-
dienen.

Nebenbei bemerkt habe ich immer schon ein mulmiges
Gefühl, wenn Sie von Gutachten reden, Herr Minister, die
erst erstellt werden müssen. Meistens sind es eher
„Schlechtachten“.

(Heiterkeit und Zuruf von Jochen Schulte, SPD –
Heiterkeit bei Christiane Berg, CDU)

Aber, Herr Minister, das hätte auch längst geklärt werden
müssen, nicht erst kurz vor Ultimo. Die Bürgerinitiative
„Keine Bahn ist keine Lösung“ kämpft verzweifelt für den
Erhalt. Das Anliegen des Antrags der AfD ist also völlig
verständlich, der Antrag selbst ist allerdings aus unserer
Sicht nicht zustimmungsfähig.

Der bereits in der Überschrift geforderte Streckenerhalt
Stralsund–Barth und die „gleichzeitige Wiederbelebung
der Darß-Bahn“ sind objektiv gar nicht möglich. Erst ein
Teilabschnitt zwischen Barth und Bresewitz ist planfest-
gestellt, noch dazu hat das Land Klärungsbedarf und
geklagt. Ein weiterer Teilabschnitt zwischen Bresewitz
und Zingst ist mitten in der Planfeststellung, die Beteili-
gung dafür wurde in der vergangenen Woche abge-
schlossen. Und für den Teilabschnitt Zingst–Prerow steht
ein Planfeststellungsverfahren noch aus. Selbst wenn
irgendwann Baurecht besteht, dürfte die Umsetzung ein
ziemlicher Kraftakt werden – der Minister hat schon da-
rauf hingewiesen –, denn im Bundesverkehrswegeplan
ist das Vorhaben nicht enthalten. Das Land muss die
Mittel auftreiben, umschichten, wie auch immer, vor allem
aber muss der politische Wille dazu da sein.

Unsere Fraktion setzt große Hoffnung in die Darß-Bahn
und geht langfristig von einem Erfolg aus. Die UBB auf
Usedom und auch der Molli haben bewiesen, dass
Schienenpersonennahverkehr und Tourismus sehr wohl
miteinander verbunden werden können. Die Synergieef-
fekte sind da, Vorteile haben alle. Berufspendler und
Gäste profitieren von einem guten Angebot, die Straße
könnte entlastet werden und die Umwelt dadurch auch.

(Jochen Schulte, SPD: Und
dann keine Busverkehre mehr.)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch der An-
tragstext geht so nicht. Die Landesregierung darf nicht
nur aufgefordert werden, sich einzusetzen für den Erhalt
beziehungsweise die Wiederbelebung, nein, das Land
hat es selbst in der Hand, den Bahnbetrieb wiederherzu-
stellen. Das Land ist Aufgabenträger für den Schienen-
personennahverkehr.

Auch geht es nicht darum, die Bahnstrecke von Stralsund
nach Barth zu erhalten, die Strecke Barth–Velgast–
Stralsund wird als Bahnstrecke weiter gewidmet sein,
auch wenn der Bahnbetrieb eingestellt wurde. Es geht
schlichtweg um den Weiterbetrieb, die Bestellung der
Linie. Und richtig macht es nur Sinn, wenn auch die Di-
rektverbindung Stralsund–Usedom erhalten bleibt. Die
Touristiker laufen Sturm angesichts der Pläne, dass
künftig Züssow Endstation sein soll für das Usedom-Netz
und dort alle umsteigen müssen, die rauf oder runter von
der Insel wollen.

Das Land begründet die Abbestellung – der Minister hat
es heute ebenso getan – auch mit der Umweltbelastung
durch die Dieselfahrzeuge der UBB. Ich frage allerdings,
ob es denn besser wäre für die Umwelt, wenn alle, die
die Oberzentren Greifswald und Stralsund erreichen
wollen, als Touristen lieber mit dem Auto, möglichst mit
Dieselmotor, fahren.

Ein richtiges Problem im Antrag sehen wir in der Formu-
lierung, die Darß-Bahn „in ihrem ursprünglichen Verlauf“
zu erhalten beziehungsweise die Voraussetzungen für
den Betrieb der Darß-Bahn zu schaffen. Die alte Trasse
ist heute teilweise überbaut beziehungsweise anderweitig

genutzt. Auch gibt es im aktuell laufenden Planfeststellungsverfahren Trassenvarianten für Zingst. Das halten wir für richtig. Die Darß-Bahn wird daher in Teilen nicht auf der alten Trasse laufen können.

Meine Fraktion hat deshalb einen Änderungsantrag vorgelegt, für den ich um Zustimmung werbe. Auch eine Überweisung in den Energieausschuss würden wir befürworten. Den Antrag der AfD, sollte er in der vorliegenden Form zur Abstimmung kommen, lehnen wir ab. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Dahlemann.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Patrick Dahlemann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Beste kommt bekanntlich zum Schluss. Das gilt jedoch nicht für den Antrag der AfD-Fraktion. Dieser könnte eher wie folgt kommentiert werden: Wer nicht kommt zur rechten Zeit, der muss sehen, was übrigbleibt.

(Holger Arppe, AfD: Der wird Staatssekretär.)

Apropos Zeit: Zweifelsohne ist das eine komplexe Thematik, die man wohl kaum in 15 Minuten Redezeit zusammenfassen kann. Ich will Sie alle beruhigen, deshalb bin ich unserem Verkehrsminister Christian Pegel sehr dankbar,

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

dass er die wesentlichsten Fakten in einer nüchternen Darstellung eben runtergebrochen hat.

Dankbar bin ich auch der Bürgerinitiative „Keine Bahn ist keine Lösung“. Hunderte Menschen demonstrieren seit Monaten für etwas, für die Bahnverbindung, und bringen sich mit realistischen Vorschlägen in diese doch schwierige Debatte ein.

Des Weiteren möchte ich den Lokalmatadoren – und ich gucke mal zwei an, einerseits Frau Wippermann und andererseits meinen Kollegen Herrn Eifler – herzlich danken, die beide in durchaus offenen Diskussionen das Pro, aber auch das Kontra einer Darß-Bahn miteinander besprechen und abwägen. Die Beschlüsse der kommunalen Gremien, nicht nur des Kreistages, sondern auch der vielen Stadt- und Gemeindevertretungen, untermauern dies. Mit dem Barther Bürgermeister Stefan Kerth sind wir fast täglich dazu in Kontakt. In Barth habe ich mich auch auf dem 762. Stadtgeburtstag deutlich zur Darß-Bahn geäußert und gerne verweise ich an dieser Stelle auf die mit Ministerpräsident SELLERING und Verkehrsminister Pegel eng abgestimmte Pressemitteilung vom 21. April.

63 Tage später entdecken Sie, Herr Borschke, und Ihre Fraktion das Thema für sich, und da muss ich Ihnen sagen, da ist ja jede Draisine schneller als Sie. Tatsächlich kann ich Ihnen sagen, dieser Antrag ist im Gegensatz zu anderen Äußerungen Ihrer Fraktionskollegen kein Schnellschuss, sondern im wahrsten Sinne des Wortes ein Rohrkrepierer.

(Heiterkeit bei Enrico Komning, AfD: Der war gut.)

Grundlage ist natürlich, und deshalb können wir uns so sicher dazu äußern, Textziffer 116, Herr Komning, im Koalitionsvertrag: „Die Koalitionspartner werden sich auf Bundesebene für die Infrastrukturfinanzierung der Darß-Bahn“ durch den Bund „einsetzen.“

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Das, meine Damen und Herren, ist etwas, wo wir sagen können, das knüpft auch an Ideen, an gute Erfahrungen an, gute Erfahrungen mit der Usedomer Bäderbahn, und – lassen Sie mich an dieser Stelle als Abgeordneter darauf hinweisen – als ursprüngliche Idee einer Diskussion des SPD-Regierungsprogramms zur Vorpommern-S-Bahn, also ein Stück weit auch Kindchen des Ministerpräsidenten Erwin Sellering. Sowohl Ministerpräsident Sellering als auch unsere neue Ministerpräsidentin Manuela Schwesig haben sich in ihrer Regierungserklärung zu drei bis vier Großprojekten im Landesteil Vorpommern geäußert.

Ich will Ihnen aber auch sehr deutlich sagen, wir können und wollen dieser Debatte nicht vorgreifen. Diese Frage wird in enger Beteiligung mit Menschen vor Ort diskutiert und es wäre zum heutigen Zeitpunkt völlig unseriös und im Übrigen auch halbwahr, etwas zusagen zu können. Auf offene Fragen ist der Minister dabei bereits eingegangen. Unter den weiteren Fragen, die dabei entstanden sind, sind zum Beispiel eine engere Abstimmung des Bus- und Bahnverkehrs oder die Bahnhofssituation in Velgast. Auch die stellt uns vor offene Fragen, die in diesem Zusammenhang beantwortet werden müssen.

Meine Damen und Herren, wir fordern und setzen uns dafür ein im Koalitionsvertrag, dass wir hier eine stärkere Unterstützung der Bundesebene brauchen. Und ich sage Ihnen, hier setzen wir nicht nur auf die guten Kontakte der noch örtlichen CDU-Bundestagsabgeordneten, sondern hier setzen wir auch auf die Touristiker, ...

(Marc Reinhardt, CDU: Warum noch?)

Gut zugehört.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

... sondern hier setzen wir auch auf die Touristiker,

(Zuruf von Enrico Komning, AfD)

denn die sind mit Abstand die größten Profiteure einer solchen Infrastrukturmaßnahme. Zweifelsohne will man auf dem Darß Geld verdienen, meine Damen und Herren.

Sicher ist uns auch der Wirtschaftsminister Harry Glawe eng an der Seite bei dem Thema. Wir haben uns dazu schon verständigt. Und, lieber Harry, du hast ja bekanntlich ein Herz für Vorpommern, wie wir kürzlich wieder lesen konnten.

(Heiterkeit bei Marc Reinhardt, CDU)

Sehr geehrter Herr Borschke, der Zug Darß-Bahn ist für Sie bereits abgefahren. Minister Pegel persönlich engagiert sich hierfür.

(Zuruf von Holger Arppe, AfD)

Sie versuchen heute, als Trittrettfahrer auf die Darß-Bahn aufzuspringen, und beklagen mit einem Zwischenruf, dass die Bürgerinitiative Sie nicht zu den Veranstaltungen eingeladen hat. Ich sage Ihnen: Hinterfragen Sie doch mal kritisch, warum auf Ihre Hilfe vor Ort in Vorpommern keiner angewiesen ist! Das ist doch wohl eine klare Aussage derer, die sich dafür jeden Tag ehrenamtlich engagieren.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Meine Damen und Herren, wir lehnen den Antrag der AfD-Fraktion sehr entschlossen ab.

Und, liebe Frau Schwenke, ein Stichwort noch: Das, was Sie am Ende als Änderungsantrag eingebracht haben, hat ja mit dem, was da ursprünglich auf dem Papier steht, kaum noch etwas zu tun. Deshalb lehnen wir auch diesen Änderungsantrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Reuken für die Fraktion der AfD.

Stephan J. Reuken, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Liebe Mecklenburger! Liebe Vorpommern! Die Bürgerinitiative ist in der Aussprache jetzt schon mehrfach angesprochen worden. Die Bürgerinitiative, das sind Menschen, die darauf hoffen, dass es eine positive Entscheidung des Energieministers gibt. Zusagen und Befürwortungen gab es in der Vergangenheit dafür scheinbar genug. Woher hätten die Menschen sonst die Hoffnung, dass hier noch etwas zu retten ist und die Halbinsel Fischland-Darß-Zingst auch zukünftig mit der Bahn erreichbar sein wird?

Minister Pegel ist grundsätzlich für die Darß-Bahn. Sie haben versucht, das Projekt auch in den Bundesverkehrswegeplan zu integrieren, und es gibt bereits Planfeststellungsverfahren, auch das haben wir schon gehört, und Beschlüsse. Das bedeutet, die Vermutung liegt nahe, Sie meinen es tatsächlich ernst.

Die Fortführung der Strecke Velgast–Barth sehen Sie allerdings aufgrund niedriger Fahrgastzahlen sehr kritisch. Was Sie dabei außer Acht gelassen haben, finden wir, ist die Anbindung an die Fernbahnstrecke Lübeck–Stralsund, denn gerade diese Bahnverbindung mit ihren langen Wartezeiten macht die Strecke unattraktiv.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD:
Welche Fernverbindung Lübeck–Stralsund gibt es denn in diesem Land?)

Der Vertrag mit der Usedomer Bäderbahn,

(Jochen Schulte, SPD: Ist da etwas an mir vorbeigegangen? Den Zug würde ich doch nutzen.)

die die Strecke Stralsund–Velgast–Barth derzeit noch bedient, läuft zum Ende des Jahres aus. Die DB Regio hat ihren Verkehrsvertrag nach europaweiter Ausschreibung als zukünftiges Eisenbahnverkehrsunternehmen für die Strecke bereits erhalten. Doch die Teilstrecke von Velgast nach Barth ist nicht Bestandteil dieses Vertrages. Und genau hier scheint etwas schiefgelaufen zu sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Obwohl: Die VMV Verkehrsgesellschaft schreibt ja nicht zum ersten Mal eine Strecke im Schienenpersonennahverkehr aus. Man darf also eigentlich davon ausgehen, dass sie durchaus in der Lage ist, eine ordnungsgemäße Ausschreibung durchzuführen. Wo ist dann das Problem? Schließlich wollen doch alle die Darß-Bahn! Aber ohne Streckenanbindung von Barth nach Velgast macht eine Wiederbelebung wohl eher wenig bis gar keinen Sinn.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Entweder haben Sie hier eine gute Strategie in petto, deren Ergebnis ein intelligentes und modernes Verkehrskonzept für die gesamte Region Fischland-Darß-Zingst sein wird, oder Sie versuchen, den Bürgern etwas vorzumachen und die Menschen glauben zu lassen, dass Sie sich für die Darß-Bahn zwar einsetzen, aber schlussendlich leider rein gar nichts für sie tun können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir hoffen allerdings, dass es eine gute Strategie gibt. Die Halbinsel braucht eine moderne Verkehrsinfrastruktur. Sicher muss man die kluge Vernetzung verschiedener Verkehrsträger zulassen, aber im Vordergrund sollte eine gute und bequeme Anbindung gewährleistet sein, die Mobilitäts- und Logistikanforderungen der Wirtschaft bedient und gleichzeitig Ressourcen schont.

Nimmt man die Bahnverbindung weg und versucht, ein Mobilitätsangebot zu stricken, das den Busverkehr und andere Alternativen in den Vordergrund rückt, wird das zu einer deutlichen Fehlentwicklung im ÖPNV führen. Stellen Sie sich nur mal vor, Busse oder alternative Bedienungsformen müssen sich in den Sommermonaten in die Blechlawine zur Halbinsel Fischland-Darß-Zingst einreihen und sich durch den Verkehr auf der Halbinsel quälen! Damit wäre das Verkehrsproblem auf der Straße nicht gelöst, sondern verstärkt. Von der CO₂-Bilanz will ich hier gar nicht erst anfangen, da können Sie sich bei Gelegenheit noch mal mit dem Kollegen Borschke unterhalten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Susann Wippermann, SPD)

Wie wir auch schon in der Begründung unseres Antrages ausgeführt haben, die gesamte Strecke hat eine Erschließungsfunktion von Rügen auf den Darß und ist für die Mobilität der Bevölkerung, insbesondere in Vorpommern, unverzichtbar. Nur durch eine durchgängige und vor allem zeitlich effektive Bahnverbindung ist eine bessere Auslastung der Strecke mit Fahrgästen überhaupt möglich. Die Strecke ist natürlich auch für den Tourismus sehr, sehr wichtig. Keine Frage!

„Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge“, so lautet Paragraph 1 des Regionalisierungsgesetzes. Die Regionalisierungsmittel des Bundes sind insbesondere für die Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs zu verwenden. Dabei ist es durchaus löblich, dass das Verkehrsministerium vorausschauend plant und die zukünftige Entwicklung der Regionalisierungsmittel im Auge hat sowie entsprechende Experten für die Vergabe der

Mittel mit einbezieht. Im Sinne der vernünftigen Verwendung der Steuergelder befürworten wir dies ganz ausdrücklich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Nach unseren Informationen sollen die derzeitigen Untersuchungen die landesweite Situation betrachten und den verfügbaren Kostenrahmen entsprechend berechnen. Im Spätsommer sollen die ersten Ergebnisse vorliegen, auf deren Grundlage die Entscheidung getroffen werden soll. Im Sinne einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung der Darß-Region mit Verkehrsleistungen unterstützen wir sehr gerne den Entscheidungsprozess auf Basis dieses Gutachtens. Lassen Sie uns gemeinsam darüber beraten und eine bestmögliche Lösung für die Region herbeiführen!

Zu guter Letzt bleibt mir noch zu sagen, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche Ihnen allen eine erholsame Sommerpause und uns allen einen fairen und vor allem gewaltfreien Wahlkampf. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/781 zur Beratung an den Energieausschuss zu überweisen.

Kann ich davon ausgehen, dass wir den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/850 im Falle der Überweisung des Antrages auch überweisen? –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.)

Dazu sehe ich keinen Widerspruch.

Dann frage ich jetzt: Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der AfD und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/781.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/850 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Vielen Dank. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/850 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und einer Gegenstimme aus der Fraktion der AfD und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/781 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/781 bei Zustimmung der Fraktion der AfD, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. In wenigen Minuten werde ich voraussichtlich die letzte Sitzung des Landtages in diesem Plenarsaal schließen.

Am 26. Oktober 1990 fand die konstituierende Sitzung des ersten frei gewählten Landtages hier an diesem Ort statt. Von diesem Tag an fanden alle Landtagssitzungen – bis auf drei, auf die ich noch zu sprechen komme – in diesem Plenarsaal statt. 1990 bestand die Aufgabe zunächst darin, die 66 Abgeordneten, deren Mitarbeiter und die Landtagsverwaltung unterzubringen. Innerhalb von nur vier Wochen konnten den vier Landtagsfraktionen insgesamt 53 Büroräume zur Nutzung übergeben werden. Zeitgleich wurden der Plenarsaal, die Lobby und zwei Beratungsräume hergerichtet.

Seither fanden in diesem Plenarsaal 636 Landtagssitzungen statt, in denen die Parlamentarier 4.863 Stunden über die verschiedensten Themen berieten. Diese Zahlen sind umso beeindruckender, wenn man weiß, dass neben der intensiven Nutzung des Plenarsaals als Tagungsraum auch immer wieder daran gebaut worden ist. So musste die 109. Sitzung des Landtages am 28. September 1994 in der 1. Wahlperiode im ehemaligen Festsaal stattfinden, weil der Plenarsaal umgebaut worden ist. Zu Beginn dieser Wahlperiode haben wir, wie Sie sich erinnern können, zweimal im Theater getagt. In unserem, bald werden wir wohl sagen, „alten“ Plenarsaal haben wir insgesamt achtmal einen Ministerpräsidenten und einmal, nämlich in der vergangenen Woche, eine Ministerpräsidentin gewählt und vereidigt.

Aber unser Plenarsaal war in all den Jahren nicht nur Stätte der politischen Willensbildung, sondern stand auch immer den Bürgerinnen und Bürgern offen. So kamen über 250.000 Besucher aus den Wahlkreisen, aber auch aus dem gesamten Bundesgebiet und aus dem Ausland zu uns. Davon verfolgten über 100.000 Besucher zumindest einen Teil der Plenarsitzung live mit. Zudem war der Plenarsaal bei solchen Veranstaltungen wie „Jugend im Landtag“, „Jugend fragt nach“ oder dem Altenparlament der Mittelpunkt der Beratungen.

Im Jahr 2012 wurde der Landtag Bauherr für die Baumaßnahme Grundsanierung Schlossgartenflügel und Neubau Plenarsaal. Der Neubau Plenarsaal ist nunmehr fast abgeschlossen und ab September sollen dort unsere Landtagssitzungen stattfinden.

Wie das häufig so ist, bei einem Abschied hat man ein weinendes und ein lachendes Auge. Mit diesem Plenarsaal verbinden viele von uns schöne, ergreifende, manchmal auch traurige Erinnerungen. Aber mit dem neuen Plenarsaal steht uns ab September ein moderner, funktioneller Tagungsraum zur Verfügung, in dem sich die Arbeitsbedingungen für uns alle deutlich verbessern werden. Damit das alles gelingen kann, werden wir bereits im August mit dem Rückbau dieses Saales, in dem wir uns jetzt befinden, beginnen. Bis dahin haben viele Bauarbeiter noch eine Menge zu tun, während wir uns in die Sommerpause verabschieden und Ihnen nach einem arbeitsreichen ersten Halbjahr erholsame Tage und Wochen wünschen, in denen die Politik dann vielleicht nicht immer die wichtigste Rolle spielt.

Ich wünsche Ihnen eine erholsame Sommerpause und berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 27. September 2017, 10.00 Uhr ein. Ich mache noch

darauf aufmerksam, dass wir nach der gegenwärtigen Planung – und ich glaube, das kann ich jetzt mit gutem Gewissen sagen – die feierliche Inbetriebnahme am 26. September 2017 um 11.00 Uhr vornehmen werden.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, AfD, CDU und DIE LINKE)

Schluss: 13.08 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Elisabeth Aßmann, Sebastian Ehlers, Dr. Gunter Jess, Burkhard Lenz, Ralf Mucha, Simone Oldenburg und Erwin Sellering.